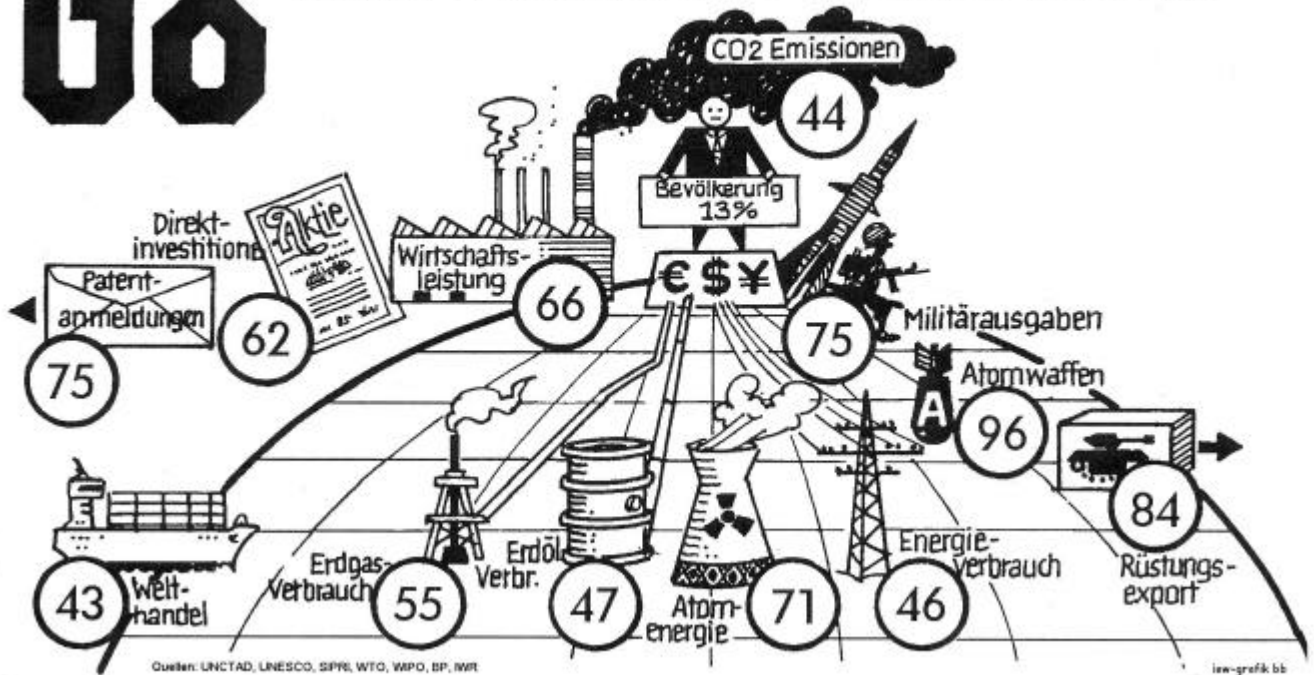


# Sand im Getriebe 59

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version: [www.attac.de/rundbriefe](http://www.attac.de/rundbriefe) html-Version: <http://sandingetriebe.attac.at>, mail an die Redaktion: [sig@attac.de](mailto:sig@attac.de)

## 68 Welt-Anteile in Prozent (2005)



## Gipfel der strukturellen und militärischen Gewalt

G8		
Sabine Leidig	Gipfel der strukturellen und militärischen Gewalt	3
Conrad Schuhler	Zunehmende Zerklüftung in Arm und Reich	4
Peter Wahl	Imperialer Multilateralismus in der Krise	7
Nicola Bullard	Gegenwind aus dem Süden	8
Roland Süß	Handelspolitik der G8 und Afrikas Märkte	10
David Cronin	Miese Buchhaltertricks	12
Anna Blume, Stefan Kaufmann	Mein Öl, mein Zink, mein Gold - mein Markt	13
Jürgen Wagner	Tornadoeinsatz in Afghanistan	15
Hans Georg	Bundeswehrynachwuchs	17
ICNP	NEIN zur israelischen Besatzung!	18

Ernährung oder Agrosprit		
Fidel Castro	Eine verhängnisvolle Idee	19
Noam Chomsky	Die Armen werden ausgehungert	21
George Monbiot	Moratorium für Biokraftstoffe	22
Timo Kaphengst	Biokraftstoffe	23
Wendepunkt in Frankreich		
Attac Fr	Erklärung	25
Serge Halimi	Sarkozys Demagogie	26
Auszüge aus Reden von Sarkozy		28
Audrey Barral	Die «Volksbildung» bei attac	29
Attac Fr	Das Programm von Sarkozy	30
Ein rechtes Frankreich?		31
Die Normale	Programm in Juni	31
Aufruf: Kriege beenden statt Kriege vorbereiten		32

## Vorwort

Inmitten einer Welt in Turbulenzen spielt sich vor unseren Augen ein Schauspiel ab. Da treffen sich die Führer der reichsten und mächtigsten Staaten der Welt und versuchen, ihre zerfallende Allianz zusammen zu halten. G1 hat den Irak-Krieg verloren und sieht sich überall auf der Welt einer Flut von antihegemonialen Strömungen gegenüber. Die G7 - untereinander heftig zerstritten – klagen bitterlich darüber, dass sich Russland nicht mehr herumkommandieren lässt. Im Rest der Welt bilden sich neue, auch widerständige Pole und Modelle. Die ökonomischen Gewichte verschieben sich, politischen Allianzen werden neu ausgehandelt. Die „Altermondialisten“, unsere Bewegungen für eine andere Globalisierung, sind dabei, die neoliberale Ideologie des „der Markt soll's richten“ zu delegitimieren. Die imperiale Rechtfertigung militärischer Gewalt wird brüchig, aus allen Himmelsrichtungen erschallt der Ruf: **„Kriege beenden statt Kriege vorbereiten“**.

Die Welt ist in Aufruhr. *„Es scheint, dass die Epoche nach dem Kalten Krieg sehr kurz gewesen ist. Nicht einmal zwei Jahrzehnte nach dem das Ende der Geschichte verkündet wurde, erleben wir eine enorme Beschleunigung der Geschichte. Ein tiefer historischer Einschnitt kündigt sich an. Ein halbes Jahrtausend hat der Westen – zuerst Spanien und Portugal, dann England und zuletzt die USA - die Welt beherrscht. Diese Position wird nun durch die Newcomer ernsthaft in Frage gestellt.“* (Peter Wahl).

Die G8 sind längst keine heimliche Weltregierung mehr, sondern eher **eine Gruppe mächtigen Konkurrenten**, die in einem grandiosen Schaulaufen die Risse und Widersprüche in ihrem eigenen Laden übertünchen wollen und die sich vor den Herausforderungen durch den globalen Süden die Augen reiben. Sie sehen sich einem Zangengriff gegenüber: einerseits den neu entstehenden ökonomischen und politischen Polen und andererseits der Massenbewegung von unten, die ihre Herrschaft und die Strukturen des Weltmarktes prinzipiell in Frage stellen. *„Jenseits von G8, Regierungen, Gipfeln und internationalen Institutionen gibt es die tausenden Organisationen – NRO, Gewerkschaften, Vereine und Kollektive –, die zusammen die internationale antikapitalistische, antiimperialistische, Antikriegs- und antineoliberale **Bewegung für soziale Gerechtigkeit** bilden: die „Bewegung der Bewegungen“. Mehr als jede Regierung fordern diese sozialen Kräfte die Macht und das „Große Geld“ heraus.“* (Nicola Bullard)

Während im globalen Süden der Trend zur Privatisierung umgekehrt wird und Länder wie Venezuela oder Bolivien wieder die Kontrolle über ihre Ressourcen übernehmen, befinden sich die mächtigen Konkurrenten der G8 in einem heftigen neuen **Wettlauf um die Rohstoffe der Welt**: *„Trotz all des Geredes über Globalisierung und Primat der Ökonomie setzen Industrie und Politik dabei auf Gewalt und Macht des Staatsapparates und demonstrieren so - noch weit unterhalb der Schwelle militärischer Einsätze -, wie wenig friedlich der freie Welthandel ist“* (Anna Blume und Stefan Kaufmann). Dieser Wettlauf steckt auch hinter dem neuen Interesse der G8 an **Afrika**. Roland Süß und David Cronin entlarven die miesen Buchhaltertricks, mit denen die G8 ihre „Hilfe“ für Afrika und die ärmsten Ländern der Welt schön rechnen.

Derweil droht neues Unheil aus den Industriestaaten, die ihre Abhängigkeit vom Erdöl verringern wollen, ohne ihren Lebensstil zu ändern. **Fidel Castro** hält es für eine *„verhängnisvolle Idee, aus Nahrungsmitteln Treibstoff herzustellen“* und warnt vor dem **Wettbewerb um Nahrung zwischen Autos und Menschen**. George Monbiot fordert ein fünfjähriges Moratorium für Biokraftstoffe.

Nach dem **Rechtsruck in Frankreich** lecken sich Attac-F und die Linke die Wunden. Die Wahl Nicolas Sarkozys *„bedeutet in erster Linie den Sieg einer harten und hemmungslosen Rechten, der es gelungen ist, in der Bevölkerung einschließlich gewisser Teile der ärmeren Schichten Ideen zu verbreiten, die vor allem den Interessen der Finanzkreise und der wohlhabendsten Gesellschaftsgruppen entsprechen, und auch die wichtigsten Themen der rechtsextremen Parteien in ihr Programm einfließen zu lassen.“* (Attac Fr). *„Ganz nach amerikanischem Muster zieht er eine Demarkationslinie nicht mehr zwischen Reich und Arm oder Kapitalisten und Arbeitern, sondern zwischen Arbeitnehmern und „Sozialhilfeempfängern“, zwischen Arbeitenden und Betrügnern.“* (Serge Halimi)

*Die Redaktion: Peter Strotmann und Marie-D. Vernhes (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) - Florence Proton (Attac Schweiz)*

*Übersetzungen: Ehrenamtliche Übersetzerinnen von [www.coorditrad.attac.org](http://www.coorditrad.attac.org), 2. Auflage 11.6.2007*

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis. Bezugsbedingungen: – Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben. Bestellen per Mail an [sig@attac.de](mailto:sig@attac.de)

Sabine Leidig

## G8 – Gipfel der strukturellen und militärischen Gewalt

Die Gruppe der Acht repräsentiert die herrschende Ordnung der Welt. Unbarmherzig drücken sie allen Teilen der Welt ihren Stempel auf - mit Hilfe von internationalem Währungsfonds, Welt-handelsorganisation, NATO und anderen Institutionen.

Die G8 ist das leibhaftige Symbol der Globalisierung, die die Interessen der Superreichen, der Konzerne und Kapitalbesitzer weltweit durchsetzt und auf verschiedene Weise das „Geschäft mit dem Tod“ betreibt: 90% der weltweiten Waffenexporte gehen z.B. auf das Konto der G8-Staaten.

Mit weniger als 3% der jährlichen Militärausgaben könnten alle Menschen auf diesem Erdball mit ausreichend Nahrung, sauberem Wasser und Gesundheitsdiensten versorgt werden.

Das Projekt von George Bush und seinen Beratern das „neue amerikanische Jahrhundert“ hat auch in Europa mächtige Anhänger:

Arme Länder, die geopolitisch von strategischem Wert sind für die westliche Welt, die einen »Markt« haben, der privatisiert werden kann, oder gar wertvolle Ressourcen besitzen, müssen sich angemessen verhalten, oder sie werden zu militärischen Zielen. Jene mit den größten natürlichen Reichtümern sind am meisten gefährdet.

Der türkische Schriftsteller Pamuk sagt dazu:

" Der Westen hat leider keine Vorstellung von dem Gefühl der Erniedrigung, das eine große Mehrheit der Weltbevölkerung durchlebt und überwinden muss, ohne den Verstand zu verlieren oder sich auf Terroristen oder Fundamentalisten einzulassen."

Die Kapitane der G8 steuern auf neoliberalen Kurs – Sie haben ein Leitbild durchgesetzt, bei dem die Pflege der großen Kapitale und Vermögen im Zentrum steht: Schon heute verfügt das eine Prozent der reichsten Menschen auf dieser Erde über mehr Einkommen als die arme Hälfte der Weltbevölkerung.

Verelendung, Umweltzerstörung, Krieg, Abschottung gegen und Entrechtung von Flüchtlingen, Angriffe auf soziale und

demokratische Grundrechte und das absurde Aufklaffen der Schere zwischen Arm und Reich - das ist die katastrophale Bilanz der Politik, die von den Reichen und Mächtigsten der Welt für die Reichen betrieben wird.

Die Herrschenden dieser Welt scheuen sich nicht, auch mit Gewalt eine Weltordnung zu zementieren, in der sich eine Minderheit von Starken auf Kosten einer wachsenden Mehrheit von Schwachen gewaltige Reichtümer und Privilegien aneignet. Beim G8-Gipfel werden zentrale Protagonisten sichtbar:

George W. Bush und Anthony Blair, die hauptverantwortlich sind dafür, dass der Irak - die Wiege der Zivilisation - in Terror, Trümmern und Elend versinkt.

Dazu der kanadische Ministerpräsident Stephen Harper, in enger Verbundenheit mit der US-Regierung. Dann Romano Prodi, der vor wenigen Wochen ein Vertrauensvotum im Parlament verloren hat, weil die Mehrheit gegen Prodis Zusage war, dass das US-Militär den Stützpunkt in Vicenza massiv ausbauen darf und dass noch mehr italienische Truppen nach Afghanistan entsandt werden.

Der japanische Ministerpräsident Shinzo Abe will die nach dem Zweiten Weltkrieg gewählte Verfassung, die auf den Pazifismus verpflichtet und jegliche Auslandseinsätze japanischer Militärs verbietet, aushebeln. Er huldigt am Yasukuni Schrein Leuten, die für Massensterbe im Zweiten Weltkrieg verantwortlich waren.

Dann Jacques Chirac, der jüngst erklärte, der Abwurf einer Atombombe auf Teheran sei „kein Problem“. Die französische Regierung hat, ähnlich wie die britische, jüngst beschlossen, das Atomwaffenpotential zu modernisieren und massiv auszubauen – ein klarer Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag.

Wladimir Putin: Seine Regierung ist mitverantwortlich für den unmenschlichen Krieg, der in Tschetschenien geführt wird

Und schließlich die Kanzlerin Angela Merkel, die erklärt hat, sie werde „den Werten der Nation mit freundlichen Worten und mit Marschflugkörpern

dienen“. Sie trat bei den Münchner Sicherheitskonferenzen der Jahre 2006 und 2007 in ausgesprochen scharfmacherischer Weise gegen den Iran auf und zog Parallelen zwischen der iranischen Rüstung und den ersten Jahren der Nazi-Herrschaft. Damit propagierte sie indirekt einen Angriffskrieg. Frau Merkel hat maßgeblich dazu beigetragen, dass der militärische Einsatz deutscher Truppen in Afghanistan deutlich erweitert wurde und dass dort deutsche Tornado-Flugzeuge im Einsatz sind.

So wie Tony Blair sich beim G8-Gipfel in Glen Eagles 2005 als „Retter der Armen“ profilierte, um sein angekratztes Image wegen der Irakkriegs aufzubessern, wird sich Angela Merkel in diesem Jahr der Weltöffentlichkeit als „Umweltengel“ präsentieren.

Aber: die neoliberale Politik, die kurzfristige Profitorientierung der Finanzmärkte steht im krassen Widerspruch zu den langfristigen Zielen des Klimaschutzes. Im Rahmen dieses Wirtschaftsmodells wird die Klimakatastrophe nicht abzuwenden sein. Nur wenn wir das vorherrschende Wirtschaftsmodell grundlegend in Frage stellen und verändern, ist effektiver Klimaschutz durchsetzbar.

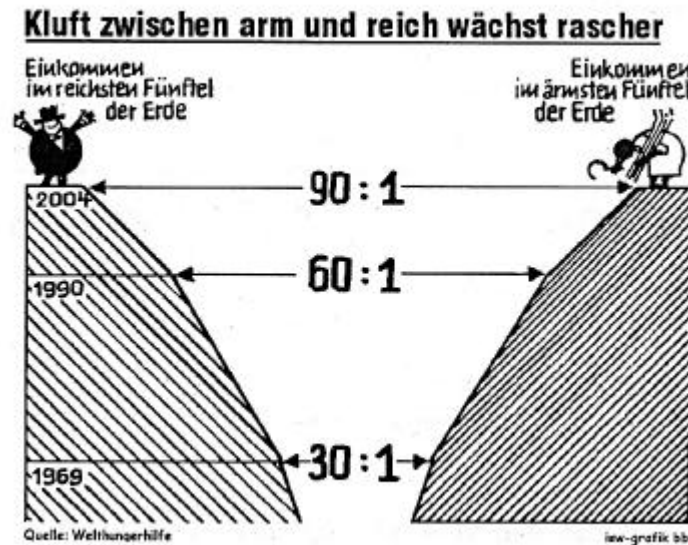
Die Kriegspolitik steht einer notwendigen Umgestaltung der Welt konträr entgegen und den Lebensinteressen der allermeisten Menschen, besonders in den armen Ländern, aber auch in den Industrienationen, wo die Verteilungs- Ungerechtigkeit des entfesselten Kapitalismus immer mehr Ausgrenzung und soziale Unsicherheit schafft.

Wenn die Friedensbewegung, die Globalisierungskritiker und die Gewerkschaften ihre Kämpfe verbinden und global vernetzen, kann richtig Sand ins neoliberale Globalisierungsgetriebe kommen, können die erzenen Reiter des Neoliberalismus gebremst werden - und dann ist es ist möglich, die Richtung zu ändern.

Die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm sind dazu ein wichtiger Baustein – vielleicht ein Meilenstein auf dem Weg zu einer anderen Welt.

(erschieden in: Friedensjournal 3/2007)

# Ergebnis von G8 und Global Governance: Zunehmende Zerklüftung in Arm und Reich



## 1. Hehre Propaganda, grausame Realität

Zu den beliebten Floskeln neoliberaler Propaganda gehört das Bild vom ansteigenden See, mit dessen Wasserspiegel sich alle Boote heben, die kleinen wie die großen. Steigt das globale Wachstum, soll das heißen, dann kommt das allen zugute. Vor allen Dingen, so geht die Weise weiter, den Entwicklungsländern. "Können und dürfen wir", hält der ehemalige Präsident der Deutschen Bundesbank und Vorsitzende der "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft", Hans Tietmeyer, etwaigen Skeptikern im eigenen Land entgegen, "den Entwicklungsländern Wachstumschancen verbauen, weil wir unsere Wirtschaftsstruktur nicht verändern wollen?" (Tietmeyer 2004)

Wie glänzend die Wachstumschancen für die Armen Länder unter den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung ausfallen, hat die UNDP (United Nations Development Conference – Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen) für die Neunziger Jahre untersucht. Es wurde ein Bericht über den Horror der Wirklichkeit:

- **Einkommensarmut:** Die ohnehin hohen Armutsraten stiegen in 37 der 67 Länder, über die Daten vorlagen, weiter an.
- **Hunger:** In 19 Ländern leidet mehr als ein Viertel der Menschen unter Hunger.
- **Überleben:** In 14 Ländern stieg in den Neunziger Jahren die Sterblichkeit der Kinder unter fünf Jahren, in sieben

Ländern erlebt fast ein Viertel der Kinder nicht den fünften Geburtstag.

- **Wasser:** Mehr als eine Milliarde Menschen in den Entwicklungsländern haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, vielerorts verschlechtert sich die Lage.
- **Sanitätsversorgung:** 2,4 Milliarden Menschen fehlt der Zugang zu einer ausreichenden Sanitätsversorgung.

Angesichts dieser verheerenden Zustände raffte sich die UN-Vollversammlung zu Beginn des Jahrtausends zu einer "**Millenniums-Erklärung**" auf, in deren Zentrum die Festlegung stand, bis 2015 den Anteil der Menschen mit einem Einkommen von weniger als einem Dollar am Tag und den Anteil der Hunger Leidenden zu halbieren. Den allgemeinen Appell der Millenniumserklärung – "*Wir appellieren an die Industriestaaten ..., in größerem Umfang Entwicklungshilfe zu leisten*" – konkretisierte die UN-Vollversammlung zwei Jahre später: "*Wir fordern die säumigen Industrienationen auf, konkrete Anstrengungen zu unternehmen, um das Ziel der Entwicklungshilfe in Höhe von 0,7 % vom Bruttosozialprodukt zu erreichen.*"

In ihrer Untersuchung der Zwischenergebnisse der beschlossenen Millenniums-Anstrengungen kommt die UNDP 2005 zu dem vernichtenden Ergebnis: "*Fast alle Ziele werden von den meisten Ländern verfehlt werden, einige davon mit riesengroßem Abstand.*" (UNDP 2005, 51) Selbst bei dem zentralen Ziel, der Bekämpfung des Hungers, wurde völlig versagt. Mussten 1996 801 Millionen Menschen hungern, so waren es 2003 834 Millionen. (FAO 2006,

nach Garnreiter 2007, 3) Würde man China aus der Rechnung herausnehmen, so wäre der Anstieg der Hunger Leidenden noch viel dramatischer.

### Armut und Ungleichheit nehmen zu

Im aktuellen "Atlas der Globalisierung" zieht Le Monde diplomatique das Fazit zu "Wachstum und Ungleichheit in der Welt" heute: "*Seit den 1980er Jahren nimmt die Ungleichheit sowohl innerhalb der einzelnen Länder als auch im Ländervergleich dramatisch zu.*" (Atlas 2006, 44)

Ungleichheit bedeutet in diesem Fall vor allem auch absolute Armut. 1 Milliarde Menschen verfügen über weniger als einen Dollar am Tag, 2,6 Milliarden (40 % der Weltbevölkerung) über weniger als zwei Dollar. Weltweit liegen neun von zehn Menschen unter dem Durchschnittseinkommen von 5.000 Dollar im Jahr. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in der EU-15 beträgt das Sechsfache des globalen Durchschnitts. Das oberste 1 % der USA verdient in einem Jahr so viel wie die ärmsten 57 % am anderen Ende der Welt-skala.

### Diese krassen Unterschiede werden durch das globale Wachstum nicht etwa gemildert, sie werden verschärft.

Während die armen Länder in den letzten 40 Jahren ihr Bruttonationaleinkommen pro Kopf nur geringfügig steigern konnten – da das Wachstum vor allem in wenigen Schwellenländern stattfindet – geht das Pro-

Kopf-Wachstum der reichen Länder steil nach oben.

Mit schnellerer und umfassender Globalisierung reißt die Kluft zwischen Reich und Arm weiter auf.

1969 verdienten die Menschen im reichsten Fünftel der Erde (statistisch) **30mal** mehr als die im ärmsten Fünftel.

1990 betrug das Verhältnis **60 zu 1**, 2004 schon **90 zu 1**. Nur in Asien sind die Zahlen der absolut Armen (2 Dollar am Tag) deutlicher, in Lateinamerika geringfügiger zurück gegangen. In Nordafrika und Nahem Osten sind sie ebenso wie im besonders betroffenen Subsahara-Afrika auf hohem Niveau gleich geblieben. In Osteuropa und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion sind sie erheblich gestiegen. Insgesamt blieb der Prozentanteil an absolut Armen in den drei Kontinenten der Armen Welt von 1981 bis 2001 auf dem selben Niveau. (Atlas der Globalisierung 2006, 82) Da gleichzeitig ein allgemeines, wenn auch auf die Gesamtgruppe bezogen relativ bescheidenes, Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum stattgefunden hat, muss sich folgerichtig die Ungleichheit im "Süden" selbst vergrößert haben, was auch durch die UNDP-Studien der letzten Jahre regelmäßig bestätigt wird. Dort wird auch immer wieder auf den Sonderfall China hingewiesen wird, dessen schnelles Wachstum und gezielte Förderung der Armen die Gesamtstatistik positiver aussehen lässt, als es für das Gros der Armen Länder zutrifft.

### **Auch im Norden selbst wachsen Ungleichheit und Armut**

Wie eng Ungleichheit und Armut mit dem Konzept des Neoliberalismus zusammenhängen, zeigt sich auch darin, dass gerade in den Ländern, die am frühesten und rigoros die neoliberale Wende vollzogen, untere und mittlere Einkommenschichten benachteiligt und immer mehr Menschen in die Armut gestürzt werden.

Bei den 30 OECD-Ländern, der Gruppe der Industrieländer, "stiegen (zwischen 1979 und 2001) die Einkommen bei den ärmsten 20 % ihrer Bevölkerung um 8 %, bei den mittleren Einkommenschichten um 17 %, beim reichsten Zehntel der Bevölkerung um 69 % und bei dem einen Prozent der Superreichen um 139 %". (Atlas 2006, 45)

In neunzehn von zwanzig OECD-Ländern nahm die Armut zu, in Großbritannien, dem neoliberalen Vorreiter in Europa, leben 60 % mehr Familien unterhalb der Armutsgrenze als 1981. Nach Studien der EU-Kommission ist von den 500 Millionen EU-Bürgern jeder Fünfte arm oder armutsgefährdet. In Deutschland ist das Armutsrisiko in zwei Gruppen höher als im EU-Durchschnitt: 42 % der Alleinstehenden und 44 % der Alleinerziehenden sind armutsgefährdet. (SZ, 27.2.07) Die allgemeine Armutsrate in Deutschland ist von 1998 bis 2005 von 12,6 % auf 17,3 % gestiegen.

Einkommenschwäche bei den unteren Schichten und wachsende Armut in den Industrieländern sind **direkte Folgen der Globalisierung**. Im "Nationalen Wettbewerbsstaat" werden Löhne und Sozialabgaben gekürzt, Unternehmen und Unternehmer aber mit Steuersenkungen und weiteren Hilfen bedacht, um im internationalen Wettbewerb besser da zu stehen.

Von 2000 bis 2006 hat sich die Gewinnquote in Deutschland von 27,8 auf 33,8 % erhöht. Die Unternehmer haben im Vorjahr 160 Milliarden Euro mehr verdient als sechs Jahre zuvor. Die Arbeitnehmer sahen in den sechs Jahren ihre Lohnquote von 72,2 auf 66,2 % fallen und haben gerade mal nominal 4 % mehr in der Hand, was nicht einmal die Hälfte des in diesem Zeitraum eingetretenen Inflationsverlustes ausmacht.

## **Globale Armut**

Menschen mit weniger als 1 bzw. 2 \$ pro Tag



40% der Menschheit lebt von weniger als 2 \$ am Tag. Dagegen subventioniert die Europäische Union jede Kuh mit 2 \$ täglich.

## **2. Die Gründe für das Desaster der Armen Welt**

### **Die Industriestaaten halten ihre Hilfe-Zusagen nicht ein**

Die heiligen Schwüre der Millenniums-Erklärung, in größerem Umfang – 0,7 % vom Bruttosozialprodukt – Entwicklungshilfe zu leisten, wurden von den Industrieländern in den letzten Jahren oft wiederholt. Zuletzt erklärten die Finanzminister der G7 in Washington, ihr Engagement zu erhöhen, "damit die Entwicklungshilfeziele entsprechend der Millenniumserklärung erreicht werden ... Zusätzliche Finanzhilfe ... ist erforderlich." (Atlas der Globalisierung 2006, 86)

Geschehen ist nichts. Statt 0,7 % geben die Industrieländer im Durchschnitt bloß gute 0,4 % und kein einziges der G7-Länder erreicht auch nur diesen schlechten Durchschnitt. Das reichste Land der Erde, die USA, bildet das Schlusslicht dieser traurigen

Liste. Da der Zugang zu Gütern wie Gesundheit und Bildung, zu Wasser und sanitären Einrichtungen, die Voraussetzung für menschliche Entwicklung wären, nicht von privaten Investoren geschaffen wird – jedenfalls nicht, was die Armen der Welt betrifft – brauchen die Armen Länder dringend öffentliche Gelder. Dass Entwicklungshilfe entgegen den offiziellen Versprechungen nicht in der zugesagten Höhe, die ohnehin zu niedrig ist, auch nur annähernd geleistet wird, kennzeichnet das globale Kapital als unmenschliche Instanz.

### **Weniger Entwicklungshilfe, aber mehr privates Kapital in die Arme Welt**

Je weniger Entwicklungshilfe geleistet wird, umso mehr Privatkapital fließt in die Entwicklungsländer.

2004 betrug die öffentlichen Leistungen rund 20 Milliarden Dollar, das Privatkapital – ausländische Direktinvestitionen (ADI) und Privatkredite – investierte hingegen über 300 Milliarden Dollar in den Armen Ländern. 1990 lagen beide noch auf dem selben Niveau.

Nach neoliberaler Lesart ist dies eine gute Sache, weil die nationalen Wirtschaften damit an die globale Ökonomie angeschlossen würden und am allgemeinen Aufschwung teilhaben könnten. Richtig ist, dass dieses Privatkapital gut angelegt ist für die Privatkapitalisten. Mit ihren ADI können sie die jeweiligen Kostenvorsprünge – Arbeitskräfte, Rohstoffe, Klima usw. – ausnutzen und sie können daran gehen, den einheimischen Markt zu erobern. Weder für das internationale noch das nationale Geschäft haben sie die einheimische Konkurrenz zu fürchten, die technologisch und organisatorisch natürlich im Hintertreffen ist. Die WTO-Regeln sorgen dafür, dass es so gut wie keine Schutzbestimmungen für die einheimische Wirtschaft geben darf. Das einfließende Privatkapital hat also zur Folge, dass **eine eigene Industrie im Lande nicht auf die Beine kommt** und dass die von ihm beschäftigten Produktionsfaktoren nach dem international durchsetzbaren **Minimum** bezahlt werden.

In den letzten Jahren kommt ein schwerwiegendes Problem hinzu. Nach den ADI sind die großen Investmentfonds mit ihren Wertpapierinvestitionen mittlerweile der zweitgrößte Geldgeber. Damit wird die Arme Welt noch enger in den Kreislauf der internationalen **Finanzspekulation** einbezogen. Abrupte Finanzabflüsse, Spekulationen gegen die eigene Währung u.ä. sind damit programmiert.

Die Dominanz des ausländischen Privatkapitals bedeutet, dass sich immer mehr Geldgeber in den Ländern breit machen, die nicht nur **nichts im Sinn haben mit einer eigenständigen, an der Interessen der Bevölkerung ausgerichteten Entwick-**

lung, sondern eine solche verhindern wollen, was sie mit den Instrumenten von WTO und IWF auch zu einem guten Teil bewerkstelligen.

### **WTO und IWF betreiben die De-Industrialisierung der Entwicklungsländer und hemmen deren wirtschaftliches Wachstum**

Wenn die Armen Länder keine öffentliche Finanzhilfe, aber immer mehr Privatkapital erhalten, schadet das ihrer Entwicklung. Wenn sie aber die im Verhältnis zum privaten Finanzmarkt kostengünstigen Kredite des IWF in Anspruch nehmen, kommen sie vom Regen in die Traufe. Denn diese Kredite sind mit Auflagen verbunden, die sich als fatal für die eigene Entwicklung erweisen können. Im so genannten "Washingtoner Konsens" (1989 von IWF, Weltbank und US-Finanzministerien dekretiert) wurden die SAPs, die "Strukturellen Anpassungsprogramme", beschlossen, die von den kreditnehmenden Ländern auszuführen sind. Die SAPs laufen auf die Öffnung des Inlandmarktes für ausländisches Kapital, auf die Privatisierung und Deregulierung der Wirtschaft, auf Kürzung der öffentlichen und Sozialleistungen zugunsten der Rückzahlung der internationalen Kredite und ähnliche **Kommandos des Neoliberalismus** hinaus. Zwar wurden die SAPs zur Jahrhundertwende offiziell außer Kraft gesetzt, aber, wie die G24 immer wieder nachweist, ist ihr Inhalt nach wie vor prägend für die Bedingungen der Kreditvergabe durch den IWF. Die Qualität dieser Kredite führt zu erheblichen Schäden der Volkswirtschaften der kreditnehmenden Länder.

Von den Armen Ländern waren die in Afrika und Lateinamerika im Verhältnis zu den asiatischen Ländern mit reichlichen IWF-Krediten bedacht. Die Folge war, dass der Anteil der verarbeitenden Industrie am Bruttoinlandsprodukt in Afrika von 1980 bis 2000 um über 2 Prozentpunkte, in Lateinamerika sogar um 10,4 Prozentpunkte gesenkt wurde. Das IWF-Regime führte also zur Unterdrückung der industriellen Entwicklung in diesen Ländern. Es hemmt auch deren wirtschaftliches Wachstum.

### **Die Entwicklungsländer werden in der Schuldenfalle gehalten**

Ähnlich wie bei der Entwicklungshilfe versichern die Industrieländer seit Jahren feierlich, endlich die "Entschuldung" der Armen Länder zu betreiben. Das Thema "Schulden" stand sogar noch öfter auf der Agenda der G7/8 als die Fragen der Energieversorgung. Beim G8-Gipfel 1998 in Birmingham hieß es beispielhaft so: "Wir verpflichten uns zu gemeinsamen internationalen Bemühungen um einen schnellen und entschlossenen Abbau der Schuldenlast zugunsten der armen Entwicklungsländer ...

*Wir werden darauf hinarbeiten ... dass die betroffenen Länder die Minderung erfahren, die sie brauchen, um ihre Schuldenprobleme dauerhaft lösen zu können."* Die UN-Vollversammlung fasste 2002 einen entsprechenden Beschluss und der G8-Gipfel 2004 bekräftigte das Ziel, "den ärmsten Ländern zu helfen, durch einen Abbau der Schulden und die Finanzierung von Krediten die Schuldenlast zu tragen".

Die Realität: Die Gesamtschuldensumme der Entwicklungsländer ist von 1980 bis 2003 von 550 Milliarden Dollar auf 2.530 Milliarden Dollar gestiegen und sie stieg von Jahr zu Jahr an, mit Ausnahme der Jahre 2000 und 2001, als sie auf hohem Niveau konstant blieb. Die gewaltige Schuldenlast der Armen Länder, die Zinsen und Tilgung bedienen müssen, hat nicht ab-, sondern gewaltig zugenommen.

Der Marsch in die Schuldenfalle begann in den Siebziger Jahren. In den Industrieländern kam es zur "Stagflation", zur Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung bei gleichzeitiger hoher Inflation. Die Zinsen wurden auf ein historisches Tief gedrückt. Gleichzeitig pumpten die Ölländer ihre "Petro-Dollars" in das westliche Bankensystem. Es war also Geld da zu niedrigen Zinsen. Die Entwicklungsländer suchten die Chance zu nutzen, mit Hilfe möglichst hoher Kredite ihre Industrialisierung möglichst schnell voranzutreiben. Die Schuldenbedienung war in den ersten Jahren kein Problem, da ständig neue Kredite zur Verfügung standen.

Dies änderte sich drastisch seit Anfang der Achtziger Jahre. Der Neoliberalismus begann, das Regiment zu übernehmen. Zinsen und Dollarkurs stiegen, die Schuldenlast der Entwicklungsländer stieg schnell an. Da die Kredite teurer wurden, konnte der Schuldendienst nicht mehr per Kreditneuaufnahme finanziert werden, vielmehr musste die Rückzahlung der Kredite aus den eigenen Ressourcen erfolgen. Nun floss der Nettokapitalstrom vom "Süden" in den "Norden", die Armen finanzierten die Reichen.

Da diese Entwicklung vor allem bei den ärmsten und am schwersten verschuldeten Ländern nicht länger weitergehen konnte, machte die G8 die Bewältigung der **Schuldenkrise** zu einer ihrer zentralen Aufgaben. Eine spezielle, ebenfalls informelle Einrichtung, der "Pariser Club", wurde geschaffen, wo die Gläubiger zusammentreffen und ihre gemeinsame Strategie gegenüber den Schuldnerländern entwickeln. Die Schuldner haben einzeln, "case by case", anzutreten und sind entsprechend wehrlos gegenüber der Phalanx der Reichen.

Wie schon die Formulierungen der G8-Gipfel verraten ("*Minderung ... um ihre*

*Schuldenprobleme dauerhaft lösen zu können"; "helfen ... die Schuldenlast zu tragen")*) ging es bei dem Schuldenmanagement nicht um die Entwicklungschancen der Armen Länder, sondern um deren Fähigkeit, einen möglichst hohen Teil der Schulden zurück zu zahlen. Wenn die Auslandsschulden in einigen Ländern von Subsahara-Afrika das Dreifache ihres Bruttonationaleinkommens betragen, dann stehen die Gläubiger vor der Frage, ob sie die Insolvenz der Schuldner und damit den Totalverlust in Kauf nehmen, oder ob sie einen Teil der Schulden streichen und auf der Rückzahlung des Restes bestehen sollen.

Diese Philosophie der "nachhaltigen Gestaltung" der Restschulden stand hinter der Initiative für die HIPC-Länder (heavily indebted poor countries, hoch verschuldete arme Länder), die 42 Staaten umfasste. Nur 14 davon erhielten größere Nachlässe, insgesamt wurden 40 % der Schulden der HIPC gestrichen. Noch immer zahlt Subsahara-Afrika jährlich 1,5 Milliarden Dollar mehr an den "Norden", als es von dort erhält. Nigeria, wo drei Viertel der Menschen von weniger als einem Dollar pro Tag leben müssen, nutzte 2006 seine Öleinnahmen nicht zur Besserung des eigenen Lebensstandards, sondern um die letzten 30 Milliarden Dollar an die Gläubiger im Norden zurück zu zahlen. Auf dem G8-Gipfel 2005 hatte die G8 beschlossen, die multilateralen Schulden (also aus Krediten von internationalen Institutionen) von 18 armen Staaten zu streichen. Dieser Schuldenerlass von 48 Milliarden Dollar ist nur um rund 50 % höher, als allein Nigeria 2006 zurück bezahlte.

**Die Mehrzahl der Armen Länder steckt nach wie vor in der Schuldenfalle, die von den Reichen, organisiert von der G8, fest zugehalten wird.**

Kapitel III aus dem sehr empfehlenswerten isw-report 69/70: **G8 – Agenda des kollektiven Imperialismus. Global Governance – Öl-Imperialismus – Krisenpotenziale.** April 2007, 60 Seiten, 5,- Euro zzgl. Versand. [www.isw-muenchen.de](http://www.isw-muenchen.de)



# Imperialer Multilateralismus in der Krise

Ein tiefer historischer Einschnitt kündigt sich an

*Im Zuge der ökonomischen Globalisierung wurden die großen multilateralen Institutionen – IWF, Weltbank, WTO, OECD, BIZ, NATO - zusehends zu einem Verbund integriert, der das neoliberale Projekt auf politischer Ebene flankierend beförderte. Wie die Spinne im Netz sollte die G8 dafür als informelle Schalt- und Koordinationsstelle fungieren. Das System war nicht perfekt und von Widersprüchen durchzogen, aber es zeichnete sich so etwas wie eine real existierende Global Governance ab, ein Flechtwerk, herrschaftsförmig und hierarchisch strukturiert, mit imperialem Charakter, das die Geschicke des Planeten zu bestimmen schien*

Die UNO wurde in dieser Weltordnung immer weiter an den Rand gedrängt. Dort wo es in das strategische Design des Imperiums passte, wurde der Sicherheitsrat einbezogen und, wie im Fall des Kriegs in Afghanistan, instrumentalisiert. Ansonsten war die Weltorganisation zuständig für weiche Themen, wie Entwicklung, Armutsbekämpfung etc. Angesichts ihrer realpolitischen Machtlosigkeit jedoch, musste sie sich dabei weitgehend auf Rhetorik beschränken.

Allerdings mehren sich die Anzeichen dafür, dass der imperiale Multilateralismus zunehmend in Schwierigkeiten gerät. Die Frage ist: handelt es sich um ein vorübergehendes Formtief, wie es immer mal wieder vorkommen kann, oder um einen tiefergehenden, strukturellen Umbruch? Ist die Krise der Institutionen der Vorbote einer **neuen Epoche**, in der die machtpolitischen Karten neu gemischt werden?

## Die WTO sinkt

Dass die WTO in der Krise steckt, ist seit Seattle weithin sichtbar geworden. Die Doha-Runde und damit der Versuch einer weiteren Liberalisierung des Welthandels mit Hilfe eines hegemonialen Multilateralismus sind vorerst gescheitert. Beim einstigen Flaggschiff der neoliberalen Globalisierung scheint die Parole der Protestbewegung „*Shrink or Sink*“ sich in Richtung des Sinkens zu erfüllen. Die großen Spieler in der Handelspolitik sind inzwischen alle dabei, auf bilaterale Handels- und Investitionsabkommen auszuweichen.

Mehrere Faktoren haben zum Scheitern der WTO beigetragen:

a. die **Rivalitäten** zwischen den handelspolitischen Giganten EU und USA haben bereits in Seattle zu Blockaden geführt. Ob Agrarpolitik, Industriesubventionen oder Liberalisierung beim audiovisuellen Sektor, die Rivalitäten nehmen eher zu als dass sie abnehmen. Die Handelspolitik ist zudem das einzige Terrain, auf dem die EU den USA ebenbürtig ist.

b. Die **Emerging Markets**, vorne weg China, Indien und Brasilien sind zu handel-

politischen Schwergewichten aufgestiegen. Sie verfolgen dabei nicht nur zielstrebig ihre eigenen Interessen, sondern haben sich kollektiv organisiert. Die Bildung der informellen Gruppe der 20 (G20) bei der Konferenz in Cancun ist Ausdruck dessen.

c. Auch **die anderen Entwicklungsländer** haben seit Seattle begonnen, ihre Interessen selbstbewusster zu vertreten. So haben sich die afrikanischen Staaten in einer Gruppe zusammengeslossen. Auch wenn ihre handelspolitische Verhandlungsmacht begrenzt ist, konnten sie zumindest auf dem Terrain der Agrarpolitik dazu beitragen, dass die Industrieländer ihre Agenda nicht durchziehen konnten.

d. Schließlich haben die **weltweiten Proteste** und die damit einhergehende Delegitimierung der WTO in der Weltöffentlichkeit ihren Beitrag zur Akzeptanzkrise des Neoliberalismus im Allgemeinen und der Krise der neoliberalen Institutionen im Besonderen geleistet.

Diese Faktoren wirken über die WTO hinaus auch auf die anderen Institutionen und insgesamt auf den Gang der Weltgeschichte.

## IWF angeschlagen

Auch der IWF hat ernste Probleme. Nach der Asienkrise hatten sich bereits Malaysia und einige andere asiatische Emerging Markets mit der Einführung von Kapitalverkehrskontrollen von der reinen Lehre des Washington Konsenses verabschiedet. China und Indien hatten sich gar nicht erst darauf eingelassen. Und als Brasilien und Argentinien vorfristig ihre **Schulden** beim Fonds **zurückzahlten**, und sich damit der Abhängigkeit und den daraus resultierenden Strukturpassungsaufgaben entzogen, brach am Washingtoner Sitz des Fonds nicht nur eine Identitätskrise, sondern sogar eine Haushaltskrise aus. Ohne Zinsen und Gebühren von großen Schuldnern schrumpft das IWF-Budget nämlich schmerzhaft. Selbst Indonesien, der letzte Großschuldner, hat angekündigt, seine Verbindlichkeiten binnen zweier Jahre zu tilgen.

Laut Haushaltsplan sinken daher die Einnahmen 2006 um mehr als die Hälfte auf 1,39 Mrd. USD. Für 2009 wird sogar nur noch mit 635 Mio. USD gerechnet. Da werden Strukturanpassungen am eigenen Leib unumgänglich, bis hin zu Entlassungen. Hatte der Fonds zwei Jahrzehnte eine Hauptrolle als Präzeptor der Weltwirtschaft gespielt, riskiert er jetzt zum Kleindarsteller zu werden.

Die Kritik am IWF reicht bis weit in den Mainstream hinein. So stellt ein „*Bericht über die strategische Überprüfung des Internationalen Währungsfonds*“, den der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments 2006 erstellt hat (Hamon-Report) fest, dass der Fonds in den letzten 20 Jahren weitgehend versagt hat. Die Strukturen seien veraltete und verkrustet. Die Kommission fordert eine strikte Einschränkung auf das Kommando, d.h. Wechselkursschwankungen zu stabilisieren und Ländern mit gravierenden Zahlungsbilanzproblemen Überbrückungshilfe zu gewähren. Gleichzeitig werden Veränderungen der Stimmrechtsverhältnisse angeordnet, vor allem eine Erhöhung des Gewichts der Europäer. Selbst IWF-Chef Rato, Nachfolger von Horst Köhler an der Spitze der Versagertruppe, spricht inzwischen von der Notwendigkeit von Reformen.

Auch die **Weltbank**, die bei den großen Leitlinien der Politik dem Fonds schon immer nachgeordnet war, wird davon betroffen sein. Von einer regelrechten Krise kann zwar nicht die Rede sein, aber der gegenwärtige Kurs ist strategisch diffus. Da die Bank etwas näher an den entwicklungspolitischen Realitäten ist, macht sich eine gewisse Ratlosigkeit breit. Einerseits hält man - mit einigen rhetorischen Zugeständnissen wie dass es ganz ohne Staat doch nicht geht - am neoliberalen Leitbild fest, andererseits sind die katastrophalen Ergebnisse von 15 Jahren Washington Konsens zu offensichtlich, als dass man noch einfach Business as usual betreiben könnte.

**Die Probleme der Bretton Woods Zwillinge sind in erster Linie die Probleme der USA.** Denn nach wie vor gilt Zbigniew

Brzezinskis Einschätzung: „Offiziell vertreten der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank globale Interessen und tragen weltweit Verantwortung. In Wirklichkeit werden sie jedoch von den USA dominiert.“ ( )

### G8 - ein Auslaufmodell

Auch bei der G8 stellt sich selbst aus Mainstream-Perspektive die Frage, ob das Konstrukt noch eine Existenzberechtigung hat. Vor dem Gipfel 2006 in Russland, warf Blair den Vorschlag in die Runde, aus der G8 doch eine G12 zu machen, d.h. China, Indien, Brasilien und Südafrika aufzunehmen. Gegenwärtig repräsentieren die G8 gerade mal 13% der Weltbevölkerung. Eine G12 brächte es auf über 50%, womit zumindest arithmetisch eine gewisse Repräsentativität entstünde.

Doch das Problem der G8 ist nicht nur ihr Demokratiedefizit. Nach Ende des Kalten Krieges haben in der Gemengelage von Kooperation und Konflikt die **zentrifugalen Tendenzen** stark zugenommen. Die Blockdisziplin war entfallen, sodass vor allem die Europäer eigene Interessen stärker artikulierten. Auf der anderen Seite haben der Unilateralismus der Bush-Administration und ihr Kreuzzug gegen den Terrorismus die Divergenzen vertieft. Höhepunkt in dieser Entwicklung war der Irak Krieg.

Auch die Aufnahme **Russlands** hat sich in den letzten Jahren eher als Belastung erwiesen. Während Jelzin ein gefügiger Hinterlassene des Westens war, versucht Putin ein Come back Russlands als eigenständige Großmacht. Er setzt dabei auf den Status als atomare Supermacht und den strategischen Einsatz der Reichtümer an Öl und Erdgas. Auch im Umgang mit dem Iran, beim jüngsten Libanonkrieg und in der sog. Sicherheitspolitik, darunter der Raketen-schild, den die USA in Tschechien und

Polen planen, klaffen deutlich Differenzen. In seiner aufsehenerregenden Rede bei der jüngsten Münchener „Sicherheitskonferenz“ hat Putin hierzu Klartext geredet. Daher ist es auch nicht verwunderlich, wenn der Petersburger G8 2006 als einer der ergebnislosesten in die Geschichte eingehen dürfte.



### Aufstieg der BRICS

Den Vorschlag Blairs für eine G12 hat Merkel vorerst abgelehnt. Die vier Kandidaten sind in Heiligendamm also zunächst noch als Gäste dabei. Die Heterogenität der Gruppe würde mit einer Vollmitgliedschaft der Neuen drastisch zunehmen. Es ist höchst fraglich, ob die Gipfel dann noch den Rahmen abgeben können, in dem der Westen seine Interessen aufgehoben sieht.

Auch wenn man gegen die Hysterie immun ist, die um den rasanten ökonomischen, politischen und militärischen Aufstieg

Chinas, die Renaissance russischer Großmachtspolitik und die sich abzeichnende Weltmachtrolle Indiens entstanden ist, so ist dennoch klar, dass sich **die globale Machtkonfiguration grundlegend verschiebt**. Es scheint, dass die Epoche nach dem Kalten Krieg sehr kurz gewesen ist. Nicht einmal zwei Jahrzehnte nach dem das Ende der Geschichte verkündet wurde, erleben wir eine **enorme Beschleunigung der Geschichte**. Ein tiefer historischer Einschnitt kündigt sich an. Ein halbes Jahrtausend hat der Westen – zuerst Spanien und Portugal, dann England und zuletzt die USA – die Welt beherrscht. Diese Position wird nun durch die Newcomer ernsthaft in Frage gestellt. Insofern dürfte hinter den Problemen der multilateralen Institutionen mehr stecken, als eine Formkrise.

Prompt gewinnen Ideen zu einer neuen Blockbildung wieder an Boden, wie das Projekt einer *Transatlantischen Partnerschaft*. Eine transatlantische Freihandelszone ergänzt durch engere politische Kooperation wird als mögliche Reaktion gehandelt. Und die NATO gibt es ja schon. Angela Merkel hält das für eine „*interessante Idee*“. Wie realistisch diese Vorstellung ist, sei dahin gestellt.

Tatsache ist, dass die Linke sich noch nicht auf die anstehenden Umbrüche eingestellt hat. Wie positioniert man sich gegenüber den neuen Entwicklungen? Einfache Antworten nach der Logik „*Der Feind meines Feindes ist mein Freund*“ verbieten sich. Weder der chinesische Staatskapitalismus noch Putins autoritäres Regime sind emanzipatorische Veranstaltungen. Und die westliche „*Wertegemeinschaft*“ von der unsere Kanzlerin schwärmt, kann nicht die Alternative sein. Eine gründliche Debatte steht also an.

Aus: „*Die Deutung der Welt*“

Nicola Bullard

## Gegenwind aus dem Süden

Aufstrebende Staaten und soziale Bewegungen fordern die G8 heraus

*Lange Zeit bildete die G7/8 de facto die Gruppe der reichsten und mächtigsten Länder, die ihre Interessen der Welt weitgehend diktieren konnte. Doch die Hegemonie der G8-Staaten bröckelt. Ökonomisch rasant wachsende Schwellenländer wie China stellen neue Machtpole in der internationalen Politik dar. Zudem entstehen Gegenprojekte zu der Freihandelsagenda von USA und EU. Eine zentrale Rolle beim Kampf für globale soziale Gerechtigkeit spielt dabei die internationale Zivilgesellschaft.*

**Ökonomisch** sind die G8-Staaten sehr **mächtig**. Obwohl sie nur 14 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren, vereinen sie fast zwei Drittel des weltweiten Einkommens auf sich. Doch **politisch** ist die

Gruppe der Acht in einer **Krise**. In den USA muss George W. Bush die letzten 18 Monate seiner Präsidentschaft ohne Mehrheit im Senat und im Repräsentantenhaus durchstehen. Seine Regierung hat damit

kaum noch eigenständigen Handlungsspielraum. Tony Blair ist in Großbritannien ebenfalls am Ende seiner politischen Karriere, auch wenn das genaue Datum noch nicht feststeht.



In Deutschland ist die Große Koalition so sehr mit sich selbst beschäftigt, dass sie kaum in der Lage ist, etwas zu bewegen, geschweige denn, die Führung bei bestimmten Themen in die Hand zu nehmen. Und in Frankreich und Italien machen Präsidentschaftswahlen und wackelige Koalitionen die Regierungen zurzeit fast handlungsunfähig. Das grundsätzlichere Problem für die europäischen G8-Regierungen ist jedoch der weitverbreitete Antiamerikanismus sowie die Ablehnung des Irakkriegs. Das heißt, die Regierungen müssen vorsichtig sein: Für Bush zu sein, ist dieser Tage definitiv kein Garant für Wahlerfolge.

Präsident Putin – getragen von dem sicheren Wissen, dass die Kontrolle über enorme Gas- und Ölvorkommen ihm große Macht verschafft – beendet die Demütigung Russlands der 1990er Jahre, indem er die Beziehungen zum Westen aggressiv neu verhandelt, insbesondere mit den USA. Und im Osten stärkt er Russlands Verbindungen und Einfluss.

All dies zusammen führt zu einer Krise der G8 und ihrer Fähigkeit, eine überzeugende Botschaft von Führung, Einigkeit und Vision zu vermitteln. Die USA – die „natürliche“ Führungskraft der G8 – hat ihre Legitimität eingebüßt und es gibt kein anderes Land, das die Fähigkeit oder den Willen hätte, diese Rolle zu übernehmen.

### Neue Machtpole

Während die Macht der G8 schwindet, entstehen neue Mächte im globalen Süden. Der wichtigste „neue“ Akteur auf der internationalen Bühne ist China. Seit mehr als einem Jahrzehnt wird Chinas wachsende ökonomische Macht in der ganzen Welt beobachtet – oft verbunden mit Bedenken. Dabei war Chinas Beziehung zum globalen System bis vor kurzem in erster Linie wirtschaftlicher Natur. In den vergangenen ein bis zwei Jahren hat China international ein deutlicher sichtbares politisches Profil herausgebildet, insbesondere in seinen diplomatischen Beziehungen mit Afrika und Lateinamerika sowie seiner Präsenz in internationalen Organisationen. Doch ist China bisher – trotz seiner Bedeutung – kein Mitglied der G8.

Stattdessen involviert die G8 die Schwellenländer China, Indien, Brasilien, Südafrika und Mexiko im Rahmen von „Outreach-Initiativen“. Diese Gruppe repräsentiert echte Macht, nämlich China, Indien und Brasilien, sowie loyale, strategisch wichtig situierte Freunde (Südafrika und Mexiko). Die drei großen des Südens – China, Indien und Brasilien – könnten die G8 irgendwann einmal herausfordern: Schon nach heutigen Zahlen repräsentieren sie 40 Prozent der

Weltbevölkerung und zehn Prozent des Weltbruttonationaleinkommens – bei stetigen Zuwächsen.

Es gibt zudem noch weitere Herausforderungen für die US- und G8-Dominanz aus dem Süden: Venezuelas Präsident Hugo Chávez ist der exponierteste US-Kritiker und benutzt seine riesigen Ölreserven, um armen und marginalisierten Gruppen in den USA verbilligtes Benzin zur Verfügung zu stellen. Ein brillanter PR-Schachzug, um der Anti-Chávez-Kampagne in den USA zu begegnen und gleichzeitig auf Armut im Norden hinzuweisen. In Ecuador und Bolivien sind populäre linksgerichtete Präsidenten gewählt worden mit starker Unterstützung von sozialen Bewegungen, insbesondere von indigenen Gruppen. Beide haben schnell damit begonnen, Öl und Gas zu verstaatlichen beziehungsweise die Verträge mit den multinationalen Energiekonzernen neu zu verhandeln. Weitere Länder stellen die Hegemonie von USA, G8 und „Washington Konsens“ in Frage: So haben Argentinien, Brasilien und Bolivien ihre Schulden beim Internationalen Währungsfonds (IWF) komplett zurückgezahlt und in der Welthandelsorganisation (WTO) sind einige lateinamerikanische Länder die Hauptwidersacher der US- und EU-Verhandlungspositionen.

### Gegenmodelle

Die „Bolivarische Alternative für Amerika“ (ALBA) wird von Venezuela als Vision einer umfassenden politischen, sozialen und ökonomischen Kooperation zwischen den lateinamerikanischen Staaten vorgeschlagen. Während es zu ALBA bisher noch keine Beschlüsse für den ganzen Kontinent gibt, haben Venezuela, Kuba und Bolivien bereits einen Kooperationsvertrag (*Tratado de Comercio de los Pueblos*, TCP) unterzeichnet, um die Prinzipien von ALBA zwischen diesen drei Nationen umzusetzen.

Diese Prinzipien berufen sich auf Simón Bolívar, die Symbolfigur für die Unabhängigkeit Lateinamerikas. In klarer Abgrenzung zu Freihandelsverträgen basiert der TCP auf Kooperation und Komplementarität, nationaler Souveränität, Umverteilung sowie Unterstützung von Kleinbauern, Kooperativen und Kleinproduzenten. So liefert Venezuela Kuba verbilligtes Erdöl und Kuba schickt im Gegenzug medizinisches Fachpersonal und Lehrer in venezuelanische Slums. Über solche Maßnahmen hinaus beinhaltet ALBA ein ambitioniertes Programm zur Schaffung regionaler Unternehmen für die Bereiche Energie, Telekommunikation, Transport, Infrastruktur, Medien und Banken.

Während klar ist, dass ALBA der Gegenentwurf zum US-Projekt einer gesamtame-

rikanischen Freihandelszone (FTAA) ist, gibt es noch Probleme mit seiner Ausrichtung. Zum einen ist ALBA vor allem ein persönliches Projekt von Chávez, getragen von Venezuelas Ölreichtum. In Bezug auf seine antiimperialistische Ausrichtung ist ALBA ein großer Erfolg, aber im Hinblick auf seinen antikapitalistischen Anspruch ist problematisch, dass es sich immer noch an Großprojekten, Industrialisierung und Ressourcenausbeutung orientiert.

### Widerstand von unten

Jenseits von G8, Regierungen, Gipfeln und internationalen Institutionen gibt es die tausenden Organisationen – NRO, Gewerkschaften, Vereine und Kollektive –, die zusammen die internationale antikapitalistische, antiimperialistische, Antikriegs- und antineoliberale Bewegung für soziale Gerechtigkeit bilden: die „Bewegung der Bewegungen“. Mehr als jede Regierung fordern diese sozialen Kräfte die Macht und das „Große Geld“ heraus. Und da, wo Regierungen die Politik von G8, WTO und IWF in Frage stellen, geschieht dies meist auf Druck von unten.

In den vergangenen zehn Jahren hat die globale Bewegung für soziale Gerechtigkeit die ungleichen Machtverhältnisse im internationalen System bloßgestellt und die Folgen ungleicher Wirtschaftsbeziehungen problematisiert, besonders bei Handel und Verschuldung – zwei Bereiche, bei denen die G8 spektakulär erfolglos darin war, gerechte und langfristig wirksame Lösungen zu finden. In dem Maße, wie die bisherigen Symbole von Herrschaft, wie die G8, ihre Macht verlieren, müssen die Bewegungen Strategien entwickeln, wie sich soziale und ökologische Gerechtigkeit in einer immer komplexeren Welt erreichen lässt. Einer Welt, die sich schnell verändert, in der Länder aus dem „Süden“ nicht automatisch unsere Freunde sind und in der die Hebel der Macht oft in den Händen verantwortungsloser Regierungen und Konzerne sind.

*Nicola Bullard arbeitet bei der Nichtregierungsorganisation „Focus on the Global South“ in Bangkok, einer der international einflussreichsten NRO aus dem Süden.*

[www.focusweb.org](http://www.focusweb.org)

Übersetzung: Armin Massing.

Aus „INKOTA-Brief 139“  
(<http://www.inkota.de/>)



# Handelspolitik der G8 und Afrikas Märkte

„Bundeskanzlerin Angela Merkel will den Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm der Hilfe für Afrika widmen.“ Die deutsche G8-Präsidentschaft werde „den Impuls von Gleneagles aufnehmen“. Afrika werde wieder zu den Schwerpunktthemen zählen. So oder ähnlich ist die Botschaft die schon seit Monaten durch die Medien geistert. Der G8-Gipfel wird umgeben von einer Aura der Hilfsbereitschaft für Afrika. Schon Tony Blair verkündete auf dem G8-Gipfel in Gleneagles (Schottland) vor zwei Jahren den „größten Schuldenerlass aller Zeiten“.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Es werden in den nächsten Jahren lediglich einige wenige Länder ca. 1 Mrd. US\$ Zins und Tilgung pro Jahr weniger zahlen müssen. In der Summe zahlen dann alle Länder des Südens zusammen 299 statt 300 Mrd. US\$ Schuldendienst. Das sind weniger als 0,3 Prozent Entlastung. Entwicklungspolitische Spielräume werden hiermit nicht eröffnet. Der Ressourcenabfluss durch den Schuldendienst von Nord nach Süd bleibt somit weiterhin bestehen. Seit 1980 fließt nicht Kapital von Nord nach Süd, sondern umgekehrt von Süd nach Nord. Somit sind es die Länder des Südens selbst die ihren „Schuldenerlass“ finanzieren. Die G8 Staaten sind bestenfalls bereit die Schulden zu „erlassen“, die sie selbst für absolut uneintreibbar halten. Zudem werden in den meisten Ländern jeweils im Umfang der Schuldenstreichungen die Entwicklungshilfezuwendungen gekürzt. Die Streichung der Schulden des Irak wird zwar die offizielle Quote der öffentlichen Entwicklungshilfe anheben, da es sich jedoch um eine reine Abschreibung von nicht mehr bedienten Krediten handelt gelangt kein zusätzliches Geld in die Entwicklungshilfe. Nehmen wir nur die tatsächlich geleisteten Mittel als Grundlage, so ist der Trend der Entwicklungshilfe seit 2006 sinkend.

Zwar bekennen sich die G8 Staaten seit Jahren zu den Millenniumszielen und in Gleneagles einigten sie sich auf eine Verdoppelung der Afrika-Hilfe bis 2010. Jedoch eine konkrete Festlegung, wie dieses Ziel erreicht werden soll, wird es auch in Heiligendamm nicht geben. Auf dem G8 Finanzministertreffen am 19. Mai erklärten die Teilnehmer zwar "Wir bekräftigen erneut unsere Bereitschaft, unsere Verpflichtungen als Geberländer einzuhalten". Aber auch hier wurden wieder keine Festlegungen getroffen wie dieses Ziel erreicht werden soll. Auch durch die Wiederholung Merkels im Bundestag wird die Ankündigung kaum glaubwürdiger.

Um die in Gleneagles gemachten Versprechungen einzuhalten wären jedoch konkrete Entscheidungen Voraussetzung. Auch internationale Finanzierungswege für Entwicklung wie Globale Steuern auf Devisengeschäfte und auf Flugbenzin sind auf dem G8 Gipfel kein wirkliches Thema. Aber in der neuen „Partnerschaft“ zwischen den G8 Staaten und Afrika geht es Angela Merkel ja auch nicht um "neue Geldtöpfe", sondern um mehr „Eigenverantwortung“ der afrikanischen Staaten. Mit mehr „Eigenverantwortung“ meint sie nicht mehr Souveränität sondern Merkel will vor allem jenen Ländern helfen, die soziale und politische Reformen vorantreiben und ihr Land für private Investitionen öffnen. Die Geberländer sollten "diejenigen Länder besonders unterstützen, die zu Reformpartnerschaften bereit sind".

## Zugriff auf die Märkte Afrikas

Gemeint ist damit eine „Reformpartnerschaft“ in der die G8 Staaten erwarten, dass die „afrikanischen Partner“ Strukturen schaffen, die ausländische Investitionen erleichtern und dass die Afrikanischen Märkte für die mächtigen Konkurrenten aus den Industrieländern weiter geöffnet werden. Man wolle die Entwicklungsländer besser in die Weltwirtschaft integrieren. Doch die einseitige Durchsetzung von Freihandel setzt sie nicht nur dem internationalen Standortwettbewerb mit ungleichen Mitteln aus, was sie versprechen nimmt den Menschen in Afrika politische Freiheitsrechte, verhindert demokratische Entscheidungen zerstört ökonomische Menschenrechte und führt zu mehr Abhängigkeit. Es geht den G8 Staaten letztendlich darum ihre Exportmärkte in den Bereichen Dienstleistungen, Industriegüter und Landwirtschaft auszuweiten und zugleich den Zugang zu günstigen Rohstoffen sicherzustellen.

## Die G8 als Schaltzentrale einer neoliberalen Globalisierung

Die Rhetorik der G8 ist nicht neu. Genauso wenig wie ihre Rezepte. Jener erlauchte Kreis gibt die Spielregeln einer neoliberalen Globalisierung vor, die durch demokratisch kaum legitimierte Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, der Welthandelsorganisation (WTO) und andere internationale Institutionen durchgesetzt werden. Mit weitreichenden negativen Folgen für den Rest der Welt und gerade auch für Afrika. Gerade die Verhandlungen in der WTO machen deutlich, wie die Rhetorik der G8 Staaten und die Wirklichkeit einer „Ent-

wicklungsrunde“ in der WTO auseinanderklaffen.

## Ein kurzer Rückblick

Während es auf der WTO-Ministerkonferenz in Seattle 1999 den Industrieländern nicht gelang, wie in der Vergangenheit, Bedingungen einer neuen Verhandlungsrunde in der WTO einfach zu diktieren – erstmals in der Geschichte der WTO traten die Entwicklungsländer gemeinsam und mit eigenen Forderungen auf – und die Gegensätze zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern die Konferenz zum Platzen brachten, gelang es ihnen 2001 in Doha eine neue Verhandlungsrunde unter dem Eindruck des 11. Septembers durchzusetzen. „Mehr Entwicklung ist mehr Sicherheit“ unter diesem Motto wurde den Entwicklungsländern eine „Entwicklungsrunde“ versprochen.

Die folgende WTO-Ministerkonferenz in Cancún scheiterte 2003 vor allem daran, dass vor allem Afrikanische Entwicklungsländer sich der Einbeziehung der Singapur-Themen (Investitionen, Wettbewerb, Öffentliches Beschaffungswesen und Handelserleichterungen) in die Verhandlungsrunde widersetzen. Mit dem Scheitern in Cancún wurde zunächst eine weitere Machtausübung der WTO zurückgewiesen. Nach dem Vertagen der WTO-Ministertagung 2005 in Hongkong machte Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) deutlich was die Bundesregierung unter einer „Entwicklungsrunde“ versteht. Er erklärte, das Ergebnis von Hongkong bleibe hinter den Erwartungen zurück. Im neuen Jahr komme es darauf an, bei den Folgeverhandlungen die Marktöffnungsinteressen der deutschen Industrie mit allem Nachdruck zu vertreten.

Als die WTO-Verhandlungen am 24. Juli 2006 auf unbestimmte Zeit ausgesetzt wurden sprachen wieder viele Regierungsvertreter der Industrienationen davon, dass eine Verzögerung der Verhandlungen nachteilig für die Entwicklungsländer sei. Schließlich handele es sich um eine „Entwicklungsrunde“

Allerdings sind die Angebote der G8 Staaten in der „Entwicklungsrunde“ alles andere als entwicklungsfördernd für Afrika.

So sollen die Länder des Südens vor allem gezwungen werden, ihre Einfuhrzölle für Industrieprodukte massiv zu senken. Zölle sind vor allem für Afrikanische Staaten eine wichtige Einnahmequelle. Zum anderen sind Zölle ein wichtiges Instrument um sensible Wirtschaftssektoren wettbewerbsfähig zu machen und vor De-Industrialisierungsprozessen zu schützen.

Die schwachen lokalen Industrien Afrikas werden ohne Importschutzmaßnahmen nicht überleben können. Den Staaten Afrikas fehlen, im Gegensatz zu den G8-Staaten, für Subventionen die nötigen Finanzmittel.

Die wirtschaftlichen Erfolge Deutschlands und anderer G8-Staaten wurden durch den Schutz der eigenen Märkte erreicht. Dies trifft gleichfalls auf China und Indien zu. China hat sich mit der Mitgliedschaft in der WTO Zeit gelassen.

Während die Länder Afrikas gezwungen werden, ihre Märkte zu öffnen, exportieren EU und USA ihre Güter mittels Exportsubventionen auf deren Märkten weit unterhalb der tatsächlichen Produktionskosten (Dumping). Afrika hat aufgrund des Abbaus von Importzöllen auf agrarische Produkte immer weniger Möglichkeiten, sich vor Dumping zu schützen. Tiefgefrorene Geflügelteile aus Europa schaden afrikanischen Bauern schon seit langem. So brach in Teilen Westafrikas zum Beispiel die heimische Geflügelproduktion durch die Einfuhr von billigem gefrorenem Geflügel aus der EU teilweise zusammen. In Kamerun, Senegal und der Elfenbeinküste setzten sich die Menschen zur Wehr und hatten Erfolg. Die EU hat ihre Dumpingexporte jedoch nur nach Ghana, Togo, Kongo, Gambia und Liberia umgeleitet.

Die Liberalisierung von Dienstleistungen bedroht gerade in Afrika den Zugang zu Grundgütern des Lebens und öffentlichen Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Wasser und Energieversorgung. Sie schränkt Entwicklungsperspektiven ein und untergräbt demokratische Entscheidungsprozesse.

Gründe genug die Krise der WTO als Erfolg zu werten. Allerdings scheint diese Krise auch dazu geführt zu haben, dass viele Aktivisten in Bündnissen und Organisationen wie Attac sich gegenwärtig anderen Themen zuwenden in der Annahme im Bereich Welthandel tut sich gegenwärtig nicht viel. Doch dies ist in mehrerer Hinsicht ein Trugschluss.

### **EPAs gehen weit über die WTO Regeln hinaus**

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit verhandelt die EU seit 2003, im Rahmen des Cotonou-Handelsabkommens, über sechs regionale Freihandelsabkommen, so genannte Economic Partnership Agreements (EPAs), mit ihren ehemaligen Kolonien Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (den AKP-Staaten).

Offiziell strebt die EU mit den EPAs Handelsbeziehungen an, die mit den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) konform sind. Denn bis jetzt gelten für Produkte der ehemaligen europäischen Kolonien bevorzugte Marktzugänge in die EU. Die offizielle Lesart besagt, dass dies gegen das

Gleichbehandlungsprinzip der WTO verstößt und somit nicht WTO-kompatibel sei. Alleine diese WTO-Konformität hätte massive Auswirkungen auf Afrika.

Doch die Verhandlungen gehen weit über die WTO-Regeln hinaus. Die drei „Singapur-Themen“ Investitionen, Wettbewerbsregeln und öffentliches Beschaffungswesen, die vor allem von den Entwicklungsländern auf der Ministerkonferenz in Cancún 2003 abgelehnt wurden, und damit entscheidend zum Scheitern von Cancún beitrugen, landeten erneut auf den Verhandlungstisch.

Damit nicht genug: Obwohl die Bereiche Dienstleistungen und geistiges Eigentum in den WTO-Abkommen GATS und TRIPS geregelt werden, legt es die EU innerhalb der EPA-Verhandlungen darauf an, über diese bereits bestehenden Regulierungen noch hinaus zu gehen!

EPAs gehen also nicht nur weit über WTO-Verträge hinaus, sondern sind ein weiterer massiver Angriff auf die demokratischen Spielräume in den Ländern Afrikas, des Pazifik und der Karibik!

Daher beteiligt sich Attac an der Stop-EPA-Kampagne und fordert einen sofortigen Stopp der Verhandlungen über die EPAs und verlangt stattdessen wirtschaftliche, soziale und ökologische nachhaltige Alternativen.

### **Global Europe**

Ebenso weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit hat sich die EU eine neue Außenhandelsstrategie mit dem Titel „Global Europe: Competing in the World“ verabreicht. Die neue Außenhandelsstrategie versteht sich als externer Teil der sogenannten Lissabon-Strategie.

Es geht einerseits um Kostensenkungsmaßnahmen wie z.B. Sozialabbau in den EU-Ländern und andererseits um erweiterte Marktzugänge und Investitionsmöglichkeiten für europäische Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Die neue Außenhandelsstrategie der EU geht davon aus, dass bilaterale und regionale Handelsabkommen an Bedeutung gewinnen. Selbst weitreichende Ergebnisse in den multilateralen WTO-Verhandlungen würden nicht ausreichen um die Forderungen der Konzerne zu erfüllen. Hierzu hat sich die EU-Handelskommission mit der neuen Außenhandelsstrategie eine aggressive WTO-plus Agenda geschaffen.

Dass die Agenda auch in Europa zu sozialen Problemen führen wird, war der EU-Kommission durchaus bewusst. Die Anpassung an eine liberalisierte Wirtschaft wird auch in Europa zu Verlierern führen. Um dieses Klientel zu besänftigen ist ein „European Globalisation Adjustment Fund“ vorgesehen, der einen Beitrag für Wachstum und Beschäftigung leisten soll. Im Interesse externer Wettbewerbsinteressen

soll bei den „Anpassungen“ der EU-Gesetze und Bestimmungen den europäischen und internationalen Unternehmen und Business-Organisationen ein direktes Mitspracherecht eingeräumt werden. Weiterhin soll der Industrie Zugang zu Streit-schlichtungsverfahren ermöglicht werden, so dass Unternehmen Staaten verklagen können wenn sie sich von staatlichen Gesetzen in ihrem Handeln eingeschränkt fühlen. Hier scheint das 1998 gescheiterte Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) Pate gestanden zu haben.

### **Kampf um Rohstoffe**

Einen besonderen Schwerpunkt legt die Außenhandelsstrategie auf den ungehinderten Zugang zu Energie und Rohstoffen, hierfür hat sich im besonderen Maße die deutsche Bundesregierung eingesetzt. Vor allem der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat sich dazu bei Merkel stark gemacht. Auf dem 2. BDI-Rohstoffkongress am 20. März 2007 haben sie nochmals ihren Standpunkt klar gestellt „Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) verlangt von der Bundesregierung eine Ausrichtung der Außenpolitik auf deutsche Rohstoffinteressen.“ Ulrich Grillo, Vorsitzender der BDI-Präsidialgruppe Internationale Rohstofffragen meinte hierzu: „Die Welt hat sich verändert. Länder wie Russland und China betreiben eine geostrategisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik mit dem klaren Ziel, den strategischen Zugang zu Rohstoffen mit massiver politischer Unterstützung zu sichern.“ ... „Die Chinesen beteiligen sich zunehmend an Bergbauunternehmen im Ausland und sicherten sich weltweit den Zugriff auf Lagerstätten – insbesondere in Afrika.“

Für den Spiegel vom 30.04.07 sind die Chinesen überall in Afrika auf dem Vormarsch: „Sie bohren nach Öl, roden Regenwälder und stillen so ihren Hunger nach Rohstoffen. Dabei arbeiten sie auch mit undemokratischen Regierungen zusammen, um Menschenrechtsverletzungen scheren sie sich nicht.“

Demgegenüber wird Merkel nicht müde zu betonen, dass sie sich auf dem G8 Gipfel für faire Rahmenbedingungen einsetzen werde damit die Afrikanischen Länder gerechte Preise für ihre Rohstoffe erhalten und die Menschenrechte auch in Afrika eingehalten werden.

Dem Bild von einem China, das nur darauf aus ist Afrikas Rohstoffe rücksichtslos auszubeuten wird ein Bild entgegengestellt, das die G8 Staaten als gerechte Handelspartner darstellt, die sich für das Wohlergehen der Afrikanischen Menschen einsetzen.

Ein Beispiel für den Unterschied zwischen Fiktion und Wirklichkeit: In Nigeria leben auch über zehn Jahre nach der Hinrichtung Ken Saro-Wiwas und weiterer acht Men-

schenrechtsaktivisten die Menschen im ölreichen Niger-Delta immer noch sehr gefährlich, wenn sie gegen die Machenschaften von westlichen Ölfirmen protestieren.

Die durchschnittlichen wirtschaftlichen Wachstumsraten der Afrikanischen Staaten sind in den letzten Jahren aufgrund der hohen Rohstoffpreise gestiegen und dies hängt durchaus mit der Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zu China und Indien zusammen.

Der Jahresbericht 2007 der UN-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA)

sieht aber gerade im Rohstoffboom ein hohes Risiko für Afrika. Der Bericht kritisiert, dass durch die Umsetzung der Struktur Anpassungsprogramme der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) Mitte der 80er Jahre die positiven Ansätze Afrikas weg von einer einseitigen Rohstoffabhängigkeit zunichte gemacht wurden. Der Rohstoffboom der letzten Jahre habe diese Entwicklung noch verstärkt. Die hohe Abhängigkeit von unverarbeiteten Rohstoffen habe den Anteil der verarbeitenden Industrie weiter verringert. Der Bericht empfiehlt den Afrikanischen

Staaten, sich einer generellen weiteren Liberalisierung zu widersetzen und empfiehlt weiter: „Um im Rahmen der neuen wirtschaftspolitischen Orientierung Diversifizierungserfolge zu erzielen müssen die Länder ihre Institutionen stärken.“

*Roland Süß: Vertreter der AG Welthandel & WTO*

*Im Koordinierungskreis von Attac Deutschland*

## David Cronin Miese Buchhaltertricks

Statt Entwicklungshilfe wie versprochen zu erhöhen, wird sie real gesenkt: Viele EU-Staaten »verrechnen« sie u.a. mit Schulden und legen ihren Einsatz fest

Die sogenannte Entwicklungshilfe aus EU-Staaten könnte bis 2010 um 50 Milliarden Euro geringer ausfallen als zugesagt, wenn die Union ihre gegenwärtige Strategie nicht ändert und ihre Hilfe qualitativ entscheidend verbessert. Zu diesem Ergebnis kommt der Verband der europäischen Nichtregierungsorganisationen in der Entwicklungszusammenarbeit (CONCORD) in einer Ende vergangener Woche in Brüssel vorgestellten Studie.

Die Organisation kritisiert vor allem, daß der Schuldenerlaß für einige der ärmsten Länder zur gezahlten Hilfe addiert und außerdem die Auszahlung von Geldern an Bedingungen geknüpft wird, die in erster Linie der Wirtschaft des Geberlandes dienen. Verrechnet werden ferner auch die Ausgaben für Flüchtlinge und Studenten aus Entwicklungsländern in der EU. - CONCORD rechnet vor, daß von den 47,5 Milliarden Euro, die die EU-Staaten im vergangenen Jahr als Entwicklungshilfe ausgewiesen haben, fast 30 Prozent keine Unterstützung im eigentlichen Sinne waren.

Von den 15 Staaten, aus denen die EU vor der Osterweiterung bestand, haben nur Großbritannien und Irland ihre Entwicklungshilfe von Voraussetzungen befreit, die den Empfänger zur Ausgabe im Geberland zwingen. 2001 haben alle EU-Staaten beschlossen, sich diesem Kurs anzuschließen. Dennoch waren in den Jahren 2000 bis 2004 die Hilfgelder von sieben der 15 früheren Unionsmitglieder teilweise in dieser Form gebunden. Im Falle Griechenlands etwa betraf es die Hälfte, in Spanien, Deutschland und Österreich wenigstens ein Drittel. Hinzu kommt, daß im vergangenen Jahr rund sieben Milliarden Euro der EU-

Hilfe für sogenannte technische Unterstützung verwendet wurde, die von den Empfängerländern größtenteils überhaupt nicht erbeten worden war.

Auch Lucy Hayes vom Europäischen Netzwerk Schulden und Entwicklung (Eurodad) ist unzufrieden mit dem Hilfsmodell der EU. Nach ihren Angaben sind 2006 fast elf Milliarden Euro, die die EU als Entwicklungshilfe verbucht hat, durch »Schuldenerlasse« zustande gekommen. Der Irak und Nigeria waren davon am stärksten betroffen. Den Erlaß von Schulden, die zum Teil auf fragwürdige Weise entstanden seien, auf die Hilfe anzurechnen, sei ein Skandal und ein mieser Buchhaltertrick, so Hayes. Beide Bereiche müßten strikt voneinander getrennt werden. Nigeria etwa sei im wesentlichen von Schulden befreit worden, die sich durch Exportkredite aufgehäuft hätten – durch Kredite, die sich vor allem für die westliche Industrie ausgezahlt hätten.

»Die Gelder wandern nicht über 5000 Kilometer von Europa nach Afrika«, so die Expertin. Sie legten nur 500 Meter zurück, von den Ämtern für Äußeres oder Entwicklung ins Finanzministerium. »Die Regeln müssen neu definiert werden«, forderte Hayes mit Blick auf die von der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) festgelegten Kriterien zur Anrechenbarkeit diverser Posten auf Hilfszahlungen, an denen sich die EU-Staaten orientieren.

2005 haben die EU-Regierungen beschlossen, ihre Entwicklungshilfe bis 2010 um 20 Milliarden Euro zu erhöhen. Etwa die Hälfte des Zuwachses sollte Afrika zugute kommen. Nach CONCORD-Berechnungen

aber ist die tatsächliche Hilfe für den afrikanischen Kontinent nicht gestiegen, sondern rückläufig.

### Echte Hilfe gefragt

Kritisch betrachtet wird das gegenwärtige Hilfsmodell auch von Hussaini Abdu vom Büro der internationalen Hilfsorganisation Action Aid in Nigeria. »Natürlich wissen wir um die Bedeutung der Entwicklungshilfe für unser Fortkommen«, sagte er. Viele afrikanische Staaten seien so arm und so hoch verschuldet, daß sie ihre Bildungssysteme nicht finanzieren könnten. Etwa 80 Millionen Kinder gingen deshalb nicht zu Schule. Auch im letzten Jahr seien zwei Millionen Afrikaner an AIDS gestorben, und in diesem Jahr würden sich wohl drei Millionen Menschen mit dem HI-Virus infizieren. Vier von fünf aus der Gruppe der Neuinfizierten müßten sich darauf einstellen, daß sie keinerlei Möglichkeiten für eine medikamentöse Behandlung erhalten würden.

Unübersehbar sei, daß die reichen Staaten bei der Hilfe in erster Linie ihre eigene Wirtschaft im Auge hätten. Ein gutes Beispiel sei Liberia. 47 Prozent der entsprechenden Gelder für den Land fließe in die Geberstaaten zurück, obwohl sich die ganze Welt über das Schicksal der Kindersoldaten aufgeregt habe, die im Bürgerkrieg mißbraucht worden seien, so Hussaini Abdu.

[concordeurope.org](http://concordeurope.org)

[oecd.org](http://oecd.org)

[eurodad.org](http://eurodad.org)

[actionaid.org](http://actionaid.org)

<http://www.jungewelt.de/2007/05-18/023.php?sstr=eu%7Centwicklungshilfe%7Cschulden>

# Mein Öl, mein Zink, mein Gold - mein Markt

**Verschärfte globalen Konkurrenz um die Rohstoffe zeigt: Kapitalismus ist ohne Imperialismus nicht zu haben**

UnternehmerInnen lieben das Risiko. Heißt es. Wie wenig das stimmt, zeigt der jüngste Appell der deutschen Industrie an die Bundesregierung wenige Wochen vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm. Die Unternehmen fordern "Sicherheit", und zwar "Rohstoffsicherheit". In der verschärften globalen Konkurrenz um für die Produktion notwendige Naturprodukte verlangt die Industrie eine "strategische Rohstoffpolitik" und die Schaffung verlässlicher Rohstoffmärkte.

Damit zeigt sie erstens, wie viel (Staats-) Gewalt ein freier Markt braucht; zweitens, welche große Rolle Nationalstaaten in der globalisierten Wirtschaft spielen; drittens, dass Kapitalismus ohne Imperialismus nicht zu haben ist, und zu guter Letzt, dass für die Verwertungsbedingungen des Kapitals eine Unterscheidung zwischen Energie - zentrales Thema in Heiligendamm - und anderen wichtigen Rohstoffen nur bedingt tragfähig ist.

## Rohstoffe sind eine besondere Güterklasse.

Denn sie sind "als Vorstoffe für die industrielle Produktion unverzichtbar", so Jürgen Thumann, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Dabei handelt es sich nicht nur um Öl und Gas, sondern auch um mineralische Rohstoffe wie Industriemineralien (Diamant, Grafit, Talk) und um metallische Rohstoffe. Aufgrund ihrer Unersetzlichkeit müssen sie für die Produktion verfügbar sein. Denn "wenn wir kein Benzin mehr bekommen, fahren unsere Autos nicht mehr. Aber wenn wir keine Metalle mehr bekommen, dann brauchen wir kein Benzin mehr, denn dann haben wir keine Autos mehr". Mit anderen Worten - hat die deutsche Industrie nichts mehr an andere zu verkaufen. Zudem müssen die Rohstoffe möglichst billig sein. Da sie als Vorstoffe für die Produktion notwendig sind, fließt ihr Preis in die Preise aller anderen Güter ein. Höhere Rohstoffpreise bewirken unmittelbar eine Verteuerung der Produktion.

## Deutsche Industrie schlägt Alarm

Das Problem für ein Land wie Deutschland besteht darin, dass diese Naturpro-

dukte in der Erde lagern - und diese Erde untersteht zumeist einer fremden politischen Souveränität. Das Ausland verfügt über "unsere Vormaterialien" (BDI). Darin sehen Politik wie Unternehmen eine schwer erträgliche Abhängigkeit vom Willen fremder Staaten. "Bei vielen Metallen sind wir zu 100 Prozent importabhängig", klagt der BDI. "Verglichen mit Öl und Gas stellen diese Rohstoffe in unserer Importstatistik keine großen Posten dar. Aber wenn sie fehlen, dann stehen bei uns die Räder still."

Früher lösten die Industriestaaten dieses Problem, indem sie sich rohstoffreiche Gegenden als Kolonien sicherten und daheim unter staatlicher Aufsicht nationale Rohstoffkonzerne schufen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Versorgungssicherheit gewährleistet, indem die Kolonien in formal souveräne, aber abhängige Staaten umgewandelt wurden, die dann als Rohstofflieferanten auf dem "freien Weltmarkt" für Rohstoffe auftreten konnten. Flankiert wird diese ökonomische Abhängigkeit durch militärische Drohungen an all jene, die sich dem "freien Markt" entziehen wollen.

Auch die Preisgestaltung bei den Rohstoffen differiert von der anderer Güter: Bei Industriewaren kalkuliert der Hersteller den Preis so, dass er außer den Kosten auch einen Gewinn erzielt. Er setzt den Preis, und dieser Preis ist für ihn Mittel zur Profiterzielung. Für Rohstoffe sind dagegen globale Rohstoffbörsen eingerichtet, die in den Industriestaaten angesiedelt sind. Dort bildet sich der Preis nach Angebot und Nachfrage. Die Produktionskosten sind in diesem Spiel nur ein Faktor, andere sind zum Beispiel die Entwicklung des Verbrauchs, das Wetter, die Industriekonjunktur oder die Spekulation auf künftige Preisentwicklungen.

So weit war alles gut eingerichtet für die Verbraucherländer. Doch nun schlägt die deutsche Industrie Alarm: "Rohstoffpolitik ist Daueraufgabe zur Zukunftssicherung!", ermahnte Ulrich Grillo, Vorsitzender der BDI-Präsidialgruppe Internationale Rohstoffaufgaben und im Hauptberuf Chef des Duisburger Zinkverarbeiters Grillo-Werke AG, die anwesende Bundeskanzlerin Angela Merkel. Und

Wirtschaftsstaatssekretär Bernd Pfaffenbach klagt: "Ein weltweiter Wettbewerb um Rohstoffe hat eingesetzt."

Was ist geschehen? In den vergangenen Jahren sind die Preise für Rohstoffe in die Höhe geschossen. "Wir müssen mit Preisforderungen fertig werden, die es in dieser Höhe und in diesem Tempo jahrzehntelang nicht gegeben hat", klagt BDI-Präsident Thumann. Seit 2002 seien die Produktionskosten in der Industrie auf Grund höherer Rohstoffpreise um 90 Milliarden Euro gestiegen. Diese Milliarden fließen in "ferne Länder" - für Deutschland sind sie reine Kosten. Betroffen von der Verteuerung seien alle Industriezweige. "Diese Entwicklungen sind nicht nur für einzelne Unternehmen zum Problem geworden, sondern sind zum Sprengsatz in der industriellen Wertschöpfungskette geworden."

Wer zündelt an der Lunte dieses Sprengsatzes? Ganz klar: das Ausland. "Auf den Rohstoffmärkten sind Akteure unterwegs, die gänzlich andere Vorstellungen haben von den Gepflogenheiten auf den Märkten." Damit meint der Industriepresident allerdings nicht die Finanzanlagefonds, sondern ausländische Staaten. China sei mittlerweile weltweit größter Verbraucher von Kupfer, Zink, Zinn und Steinkohle. Bei Aluminium und Mineralöl liege das Land auf Platz zwei. "Und Indien befindet sich bereits in den Fußstapfen Chinas ... Das bedeutet: dauerhaft höhere Preise."

## Die unsichtbare Hand und die geballte Faust des Staates

Aus diesem Grund ist "das mit Rohstoffen gesegnete" (Deutsche Bank) Afrika wieder auf der politischen Landkarte in den Mittelpunkt gerückt. Denn China vergibt dort großzügig Milliardenkredite an Staaten, hat eine chinesisch-afrikanische Handelskammer gegründet und will bis 2009 die Entwicklungshilfe verdoppeln, um sich Rohstofflieferanten zu sichern. Dies registriert Deutschland als abnehmende Abhängigkeit der afrikanischen Lieferländer von seiner Rohstoffnachfrage. "Die Chinesen und andere agieren sehr schnell und sehr zielstrebig", sagte Merkel vor dem BDI-Rohstoffkongress. "Wo in der Welt wir

*auch hinkommen, waren oft schon andere Politiker da, die sich für ihre Staaten bestimmte Rohstoffreserven gesichert haben - und das auf ziemlich lange Zeit."*

Zudem erhebt China, wie auch andere Staaten, hohe Zölle auf den Rohstoff-Export, um die Rohstoffe im Land zu halten. Andere Länder wie Russland wiederum bieten ihren heimischen Unternehmen Rohstoffe zu Sonderpreisen, die unter denen des Weltmarkts liegen, um die Firmen zu fördern. Daneben betreibt China eine aktive "Rückwärtsintegration", d.h. chinesische Firmen kaufen sich weltweit in die Rohstoffproduktion ein, ähnlich wie Russland, das auf diesem Wege seine Position als Rohstoffverkäufer stärken will. So fusionierten die russischen Aluminiumkonzerne Rusal und Sual mit der Schweizer Glencore zum weltgrößten Aluminiumkonzern. Das russische Kartellamt genehmigte die Fusion mit der Begründung, dies verschaffe Russland mehr Einfluss auf den internationalen Märkten. Indiens Stahlgigant Mittal verleihte sich den europäischen Konkurrenten Arcelor ein. Weltweit schließen sich immer mehr Bergbaukonzerne zusammen. Laut UNCTAD gab es im vergangenen Jahr 83 Fusionen oder Übernahmen im Wert von 61 Milliarden US-Dollar.

Die Bundesregierung hat zwar die deutschen Unternehmen aufgefordert, bei diesem Spiel mitzumachen und ebenfalls ausländische Unternehmen zu kaufen. Doch die Industrie sträubt sich. Dieser Weg ist ihr zu teuer. *"Der Kauf einer Rohstofflagerstätte oder -fördergesellschaft ist mit hohem finanziellen Aufwand verbunden"*, so der BDI. So erfordere z.B. der Erwerb einer Kupfermine mit einer Jahresproduktion von 500.000 bis 600.000 Tonnen heute einen Kapitaleinsatz von ca. zwei Milliarden US-Dollar. *"In Deutschland verfügen nur wenige Unternehmen über die nötige Kapitalkraft."* Gleichzeitig gehöre die Rohstoffförderung nicht zu den "Kernkompetenzen" der deutschen Unternehmen, was wohl heißen soll: Sie sind kaum in der Lage, mit dem hohen notwendigen Kapitalvorschuss einen anständigen Profit zu erwirtschaften.

Während die deutsche Industrie üblicherweise den Rückzug der Politik aus der Wirtschaft verlangt, appelliert sie im Falle der Rohstoffe an die Staatsgewalt. Denn mit der Lösung des Problems seien *"die Unternehmen überfordert"*, so BDI-Chef Thumann. *"Wenn Rohstoffe extrem*

*teuer werden - oder gar fehlen -, gerät der Produktionsstandort Deutschland in ernsthafte Schwierigkeiten. Das macht Rohstoffe zum Politikum."* Das hat die Politik verstanden und daher *"Elemente einer Rohstoffstrategie"* entworfen.

### **Rahmenbedingungen als Form imperialer Politik**

Die Strategie anderer Staaten zur Förderung ihrer eigenen Wirtschaft und Versorgungssicherheit identifizieren Bundesregierung und BDI als *"Wettbewerbsverzerrung"*, als unfaire Maßnahmen in einem eigentlich freien und *"fairen"* Weltmarkt. Dies ist nicht bloß eine ideologische Formulierung. Denn auf dem *"freien"* Weltmarkt erhält derjenige die Rohstoffe, der zahlen kann und der von den Weltmächten als zuverlässiger *"Partner"* anerkannt ist. Zu diesen Ländern gehört Deutschland. Länder wie China, Russland oder die Ukraine hingegen müssen auf Dauer fürchten, aus politischen oder finanziellen Gründen von diesem Weltmarkt ausgeschlossen oder behindert zu werden - im Gegensatz zu Deutschland ist es nicht *"ihr Weltmarkt"*. Daher organisieren sie ihren Zugang zu Rohstoffen teilweise am Weltmarkt vorbei und *"verzerren"* auf diese Weise laut BDI den *"Wettbewerb"*.

Die Bundesregierung ergänzt daher ihre Kritik an der *"geostrategischen Rohstoffpolitik"* anderer Staaten damit, dass sie ihre eigene geostrategische Rohstoffpolitik ausbaut. Sie fördert massiv den Unternehmenssektor mit Investitionskrediten und durch Informations- und Beratungsangebote zur globalen Rohstofflage, unter anderem durch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover. Sie finanziert die Forschung zum Ersatz von Rohstoffen durch andere Materialien oder zur Erhöhung der Verbrauchseffizienz und setzt sich für eine Erhöhung der Recyclinganteile bei einigen Rohstoffen ein - schließlich sind *"Recyclingrohstoffe eine wichtige heimische Rohstoffquelle"*. Das Sammeln von Papier, Batterien, Schrott und Glas macht Deutschland unabhängiger vom Weltmarkt.

In einem Interministeriellen Ausschuss "Grundstoffe" wird die Bundesregierung Fragen der Rohstoffversorgung bündeln. Führend ist hier das Wirtschaftsministerium, doch alle Ressorts sollen sich der Rohstoffsicherung Deutschlands widmen. Mit der breiteren Streuung seiner Rohstoffbezugsquellen will Deutschland

sich in die Lage versetzen, seine Lieferstaaten gegeneinander auszuspielen. Gerade in Afrika und in der kaspischen Region wird Druck auf die Regierungen ausgeübt; gleichzeitig sollen dort die Förderung und der Abtransport der Rohstoffe - also die "Lieferfähigkeit" des Landes - verbessert werden. Dies ist auch eine militärische Frage, schließlich kommt *"über die Hälfte der weltweit produzierten metallischen Rohstoffe aus politisch instabilen Ländern"* (BDI). In diesen Ländern beansprucht Deutschland ein weitgehendes Mitspracherecht in der Politik: Es fordert dort die *"Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen"*, *"verbesserte Bergbaugesetzgebung"*, *"Bekämpfung von Korruption"*, verbesserte Umweltgesetze, Abbau von Rohstoffexport-Beschränkungen und Einsicht in die Einnahmen aus dem Rohstoffverkauf wie auch in die Verwendung der Gelder, sprich in den ganzen Staatshaushalt. Auf diese Weise sollen diese Länder ihrer weltwirtschaftlichen Funktion gerecht werden: der *"Rohstoffversorgung"* Deutschlands.

In Verhandlungen in der Welthandelsorganisation (WTO) dringt die Bundesregierung - in Form der EU - darauf, die Politik der Bevorzugung von lokalen Unternehmen in anderen Ländern zu verbieten. Parallel dazu nutzt die EU ihre Macht in den bilateralen Verhandlungen mit anderen, schwächeren Staaten, die fern der WTO und meistens ohne große Öffentlichkeit ausgehandelt werden. Europa hat mittlerweile etwa 100 deraartige Abkommen abgeschlossen. Das soll ausgebaut werden: *"Es geht darum, dass die EU bei Fragen der Rohstoffaußenpolitik mit einer Stimme spricht."*

Auf diese Weise will die Bundesregierung sicherstellen, dass *"wir"* nicht eines Tages ohne *"unsere"* Rohstoffe dastehen. Mit all ihrer Macht will sie (weiter) dafür sorgen, dass der Weltmarkt *"frei"* bleibt. Trotz all des Geredes über Globalisierung und Primat der Ökonomie setzen Industrie und Politik dabei auf Gewalt und Macht des Staatsapparates und demonstrieren so - noch weit unterhalb der Schwelle militärischer Einsätze -, wie wenig friedlich der freie Welthandel ist.

**analyse & kritik**  
ak - zeitung für linke debatte und praxis

*aus: ak - analyse & kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 516, 20.4.2007*

Jürgen Wagner

# "Das wäre ein großartiger Beitrag" – Deutschlands Tornadoeinsatz in Afghanistan

Ursprünglich plante die Bundesregierung die Verlegung deutscher Tornado-Aufklärungsflugzeuge, die insbesondere zur Unterstützung von Kampfeinsätzen im schwer umkämpften Süden Afghanistans dienen sollen, ganz ohne Parlamentsbeschluss durchzuführen. Nachdem sie aber selbst aus den eigenen Reihen starken Gegenwind erhielt, ruderte sie zurück und räumte dem Bundestag die Möglichkeit ein, den ohnehin gefällten Beschluss wenigstens formal abzuzicken. Während das Bundeskabinett den Einsatz am 7. Februar beschlossen hatte, war also am 9. März der Bundestag an der Reihe, die Entsendung der Tornados durchzuwinken. Allerdings verlief die ganze Angelegenheit keineswegs so reibungslos, wie sich das die Bundesregierung vorgestellt hatte: immerhin 157 Parlamentarier, davon allein 69 aus der SPD und fünf aus der Union, lehnten den Antrag ab - mit gutem Grund, wie hier dargelegt werden soll. (...)

Das eigentlich Problematische dabei ist aber, dass Deutschland hiermit endgültig und dauerhaft in den amerikanischen "Krieg gegen den Terror" eingebunden wird und sich somit zum Komplizen des US-Amoklaufs macht. Hierbei handelt es sich um den Schritt über den Rubikon, denn bislang hält sich Deutschland - abgesehen von Einsätzen des Kommando Spezialkräfte - zumindest offiziell aus dem US-Einsatz zur "Terrorbekämpfung" in Afghanistan heraus, der zumindest auf dem Papier strikt vom ISAF-Mandat der NATO getrennt ist.

## **OEF und ISAF - Zwei Truppen, derselbe Krieg**

In Afghanistan operieren derzeit zwei unterschiedliche Kriegseinsätze nebeneinander und zunehmend auch miteinander: einmal die US-geführte Operation Enduring Freedom (OEF) im Rahmen des "Kriegs gegen den Terror", auf der anderen Seite die ISAF-Mission der NATO, die sich im Gegensatz zur OEF gern als "Friedenseinsatz" und "Stabilisierungsmission", eine Art "bewaffnete Sozialarbeit" zur Entwicklungshilfe tarnt. So äußerte sich etwa der CDU-Abgeordnete Rupprecht Polenz während der Bundestags-

Debatte am 19. Januar: "Wir führen in Afghanistan keinen Krieg, sondern wir sind von der afghanischen Regierung eingeladen worden und arbeiten auf der Basis eines UN-Mandates." Dabei handelt es sich allerdings um pure Rhetorik, wie SPD-Fraktionschef Peter Struck verdeutlicht: "Es ist ohnehin ein Kampfeinsatz." Aus diesem Grund stellte sich die Frage, ob die Entsendung der Tornados eine neue Qualität darstelle, überhaupt nicht: "Wir sind in Afghanistan, um die Regierung Karsai im Kampf gegen die Taliban zu unterstützen." Dies erfordere auch den Schutz von Nato-Soldaten vor Taliban-Angriffen - "auch mit deutscher Luftaufklärung." (tageschau.de 2.7.2007)

Allerdings betont die Bundesregierung weiterhin: "die operative und die Mandatstrennung zwischen ISAF und OEF bestehen unverändert fort." (Drucksache 16/2380) Angesichts der Realitäten vor Ort, dürfte diese Aussage aber wohl eher ein Lippenbekenntnis darstellen. Denn während die "Terrorismusbekämpfung" offiziell ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der OEF fällt, schließt das ISAF-Mandat "Aufstandsbekämpfung" explizit ein. "Wir waren dort nie neutral. Wir haben uns auch im Isaf-Mandat über das Ausmaß des Brunnenbauens hinaus engagiert. Dieses Mandat umfasst explizit die Bekämpfung von Aufständischen", erklärt der CDU-Obmann im Auswärtigen Ausschuss, Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg. (Spiegel Online, 31.1.07) Nachdem aber die NATO ihre Zuständigkeit, die anfangs noch strikt auf Kabul begrenzt war, bis zum Herbst 2006 sukzessive auf das ganze Land ausgedehnt hat, verwischt die Trennung beider Einsätze bis zur Unkenntlichkeit. Dies trifft vor allem für den umkämpften Süden zu, wo "Aufständische" von "Terroristen" schlicht nicht zu unterscheiden sind und sowohl OEF als ISAF in immer heftigere Kampfhandlungen verstrickt werden.

## **Deutschland als Komplize von Washingtons "Krieg gegen den Terror"**

Im Wesentlichen entbrannte die Debatte

um die Entsendung der Tornados darüber, ob die gesammelten Aufklärungsdaten, auf deren Grundlage anschließende Bombardements erfolgen werden, ausschließlich der NATO-ISAF-Mission oder eben auch der OEF zur Verfügung gestellt werden und inwieweit dies mit der formalen Trennung beider Missionen zu vereinbaren sei.

Der Bundestags-Antrag (Drucksache 16/4298) liebt sich diesbezüglich extrem schwammig: "Der ISAF-Operationsplan sieht eine restriktive Übermittlung von Aufklärungsergebnissen an OEF vor. Die Übermittlung erfolgt nur, wenn dies zur erfolgreichen Durchführung der ISAF-Operation oder für die Sicherheit von ISAF-Kräften erforderlich ist." Diese Formulierung lässt genügend Spielraum, um sich hierdurch aktiv am US-geführten OEF-Einsatz zu beteiligen. Und tatsächlich zeigen die Aussagen von Verteidigungsminister Franz-Josef Jung, wie "restriktiv" diese Informationsübermittlung in der Praxis gehandhabt werden dürfte. Auf die Frage, ob er ausschließen könne, "dass die Informationen, die die Aufklärungsflüge der Tornados bringen, auch zur Vorbereitung von Kampfeinsätzen im Rahmen der 'Operation Enduring Freedom' herangezogen werden?" antwortete er: "Ich kann das nicht ausschließen, und ich will es auch nicht ausschließen. Eines muss klar sein: Auch die Terrorismusbekämpfung ist ein zentraler Aspekt." (Die Welt, 4.2.2007)

Der Tornado-Einsatz dient also direkt der Unterstützung von Bombenangriffen, und zwar nicht nur zur Aufstandsbekämpfung im Rahmen des ISAF-Mandats, sondern auch für den US-Terrorkrieg unter OEF-Flagge, wie der Chef der US-Truppen in Afghanistan, General Karl Eikenberry, verdeutlicht. Er bestätigt den regen Informationsaustausch zwischen den beiden Missionen und fügt danach hinzu: "Dieser Austausch führt dann aber nicht notwendigerweise zu Militäraktionen." (HNA 30.01.2007) Kein Wunder also, dass Eikenberry die Entsendung der deutschen Tornados als einen "sehr großen Beitrag" zur Unterstützung des US-Terrorkrieges lobt.

Da vorgesehen ist, das bis zum 13. Oktober befristete Tornado-Mandat anschließend mit dem ISAF-Mandat zu verschmelzen, dessen Verlängerung im Bundestag zu diesem Zeitpunkt ansteht, wird sich Deutschland so zu einem permanenten Komplizen des US-amerikanischen "Kriegs gegen den Terror" machen, wie der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes Bernhard Gertz unmissverständlich klar macht: "Das ist ein Dauerprojekt, da wird man Bestandteil des militärischen Kampfes gegen die Terroristen wie Taliban und al-Qaida." (Spiegel Online, 27.1.07)

## Zehn Jahre Aufstandsbekämpfung

Während schon die ISAF-Mission auf starken, teils auch gewalttätigen Widerstand stößt, gilt dies umso mehr für den OEF-Terrorkrieg, in dessen Dienst sich die Bundesregierung mit der Entsendung der Tornados nun auch offen stellt. Es handelt sich hierbei also um einen Beschluss von erheblicher Tragweite, der aber mehr den formalen Abschluss einer sich schon länger abzeichnenden Entwicklung darstellt, wie Die Welt (17.1.07) verdeutlicht: "Bei der aktuellen Debatte geht um mehr als um die Entsendung von ein paar Flugzeugen. Wenn entschieden wird, dass die Tornados zum Einsatz kommen, wird Deutschland damit zur Kriegspartei. [...] Bislang wird der Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch oft als erweiterte Form der Entwicklungshilfe dargestellt. Die Deutschen sitzen relativ sicher im Norden, bohren Brunnen, bauen Straßen und decken Schuldächer. Im Süden sterben kanadische Soldaten. Das Bild ist schon jetzt falsch, was auch die zunehmenden Angriffe auf die Bundeswehr im vergangenen Jahr zeigten."

Die "zunehmenden Angriffe" hängen dabei elementar damit zusammen, dass immer mehr Afghanen klar wird, dass sie es mit Okkupanten, nicht mit Wohltätern zu tun haben. Denn während sich westliche Konzerne schamlos in die eigenen Taschen wirtschaften, hat sich die humanitäre Situation im Land in den letzten Jahren weiter verschlechtert. Aus diesem Grund wächst der Widerstand gegen die westlichen Besatzungstruppen dramatisch an, egal ob diese unter ISAF oder OEF-Flagge operieren. Da beide Missionen dasselbe Ziel verfolgen, Afghanistan zu einem "Pilotprojekt" westlicher Be-

satzungspolitik zu machen, ist die zunehmende Verschmelzung beider Einsätze in sich ebenso logisch, wie die Tatsache, dass man sich auf einen lang andauernden Kriegseinsatz einstellt. SPD-Fraktionschef Struck gab an, die westlichen Truppen müssten mindestens zehn Jahre im Land bleiben.

Bei den zunehmenden Auseinandersetzungen - das Wort "Aufstand" wird in NATO-Kreisen immer offener verwendet - steigen auch die Opferzahlen. Allein im Jahr 2006 kamen Human Rights Watch zu Folge mehr als 4400 Afghanen im Rahmen von ISAF- und OEF-Einsätzen ums Leben. (Die Welt 31.1.07) Dabei kommt es auch immer häufiger zu Opfern unter der Zivilbevölkerung, woran künftig auch die deutschen Tornados einen massiven Anteil haben werden.

## Unterstützung von Kriegsverbrechen

Dass die USA im Rahmen der OEF - wobei sich in jüngster Zeit auch Berichte über zivile Opfer nach ISAF-Angriffen häufen - schon einmal Fünf gerade sein lassen, wenn es um den Schutz der Zivilbevölkerung geht, ist mehr als bekannt, auf der Terroristenjagd wird schon einmal eine Hochzeitsgesellschaft bombardiert. Mit der Entsendung der Tornados macht sich Deutschland hierbei unweigerlich zum Mittäter, wie Walter Jertz, General a.D und bis vor kurzem war er Chef des Luftwaffenführungskommandos, bestätigt, der jedoch die Bundesregierung lediglich dazu auffordert diesbezüglich Klartext zu reden: "Es muss der Bevölkerung deutlich gemacht werden, dass zwar die Aufklärungstornados nicht unmittelbar in Kampfhandlungen verwickelt werden, aber das Liefern von Fotos der Aufklärungstornados kann im Süden von Afghanistan dazu führen, dass Kampfhandlungen durchgeführt werden. Und das kann auch bedeuteten, dass Zivilisten zu Schaden kommen und dieses wollen wir natürlich letztlich auch offen aussprechen, dieses müssen wir auch offen aussprechen." (Kontraste, 15.2.2007)

Bundeswehrverbandschef Gertz sieht hierin immerhin ein Problem: "Was die Verbündeten gemacht haben, ist nicht hinnehmbar. Da wurden mit Bomben aus der Luft angebliche Ziele bekämpft und in nicht tolerablen Ausmaß Unschuldige

getroffen." (tagesschau.de 20.1.2007) Wenn Deutschland hierfür mit den Tornado-Aufklärungsflügen Zuarbeit leistet, handelt es sich hierbei um ein Kriegsverbrechen. Das von Deutschland unterzeichnete Statut des Internationalen Gerichtshofes (Artikel 8,2b,iv) verbietet eindeutig ein "vorsätzliches Führen eines Angriffs in der Kenntnis, dass dieser auch Verluste an Menschenleben, die Verwundung von Zivilpersonen, die Beschädigung ziviler Objekte oder weit reichende, langfristige und schwere Schäden an der natürlichen Umwelt verursachen wird, die eindeutig in keinem Verhältnis zu dem insgesamt erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil stehen."

Der frühere parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium und CDU-Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer jedenfalls sieht diesen Tatbestand mehr als erfüllt: "Die deutschen Piloten, die mit diesen Flugzeugen die Dörfer ausfindig machen, die anschließend von den Amerikanern zerstört werden, sind damit auf dem direkten Flug nach Den Haag. Wenn man - im Sinne der vielzitierten Kollateralschäden - Menschen aus der Luft bekämpft, fliegt jeder Pilot direkt in die Kriegsverbrechen hinein." (Spiegel Online 27.1.07) Die Bundeswehr-Kampfeinsätze werden darüber hinaus nicht nur von der Mehrheit der Afghanen abgelehnt. Ende letzten Jahres ermittelte emnid (N24, 28.11.06), dass 87% der Bevölkerung jedweden Kampfeinsatz deutscher Soldaten in Afghanistan ablehnen. Da die gesamte ISAF-Mission aber nichts anderes als ein groß angelegter Kampfeinsatz ist, sollten die Bundestagsabgeordneten diese Meinung respektieren und nicht nur die Tornados, sondern sämtliche deutschen Truppen sofort zurückpfeifen.

IMI-Analyse 2007/02b - in: AUSDRUCK (April 2007)

<http://www.imi-online.de/download/JW-April07.pdf>

s. auch

<http://www.ipnw.de/Frieden/Konfliktregionen/Afghanistan/>

- Tobias Pflüger „Was macht die Bundeswehr in Usbekistan?“

<http://www.tobias-pflueger.de/material/TP-Materialien-2-Usbekistan.pdf>



# Kanonenfutter im 21. Jahrhundert

## Trainingspiele für Bundeswehrynachwuchs vor allem aus dem Erwerbslosenbereich

Anhaltend hohe Jugendarbeitslosigkeit sichert der Bundeswehr den Nachwuchs für deutsche Militäroperationen im Ausland. Mehr als ein Drittel aller im Auslandseinsatz befindlichen Soldaten wurde in den ostdeutschen Ländern mit der höchsten Arbeitslosenquote der Bundesrepublik rekrutiert, bestätigt das Berliner Verteidigungsministerium. Auch in Westdeutschland sind bis zu einem Drittel der neuen Soldaten Freiwillige, die in den Militärdienst eintreten, um der Erwerbslosigkeit zu entkommen.

Der hohen Nachfrage entspricht die Bundeswehr mit Werbemaßnahmen, die interkulturelle Trainingsprogramme zur Vorbereitung auf militärische Auslandseinsätze vorsehen. Dabei handelt es sich um Lernspiele, mit denen Soldaten geeignetes Verhalten in fremder Umgebung üben sollen. Die jüngste Ausarbeitung, die auf weltweite deutsche Militärexpeditionen zugeschnitten ist, wird im August der Öffentlichkeit vorgestellt werden und ist "auch für Schulen und Jugendgruppen geeignet", kündigt das Verteidigungsministerium an. Ziel des "interkulturellen Trainings" ist es, Einsatzkonflikte in besetzten Gebieten zu vermeiden und die zivile Bevölkerung zu neutralisieren. Ähnlich wie bei seiner Propagandaarbeit greift das deutsche Militär auch beim "interkulturellen Training" auf private PR-Agenturen zurück. Die Zuarbeit für Auslandseinsätze der Bundeswehr ernährt stärker werdende Segmente der deutschen "Zivilgesellschaft".

### Erfolgreiche Werbung in den ARGES

Nach Angaben des Berliner Verteidigungsministeriums waren im Februar dieses Jahres 7.591 deutsche Soldaten im Ausland stationiert. Die Zahl lässt unberücksichtigt, dass mehrere zehntausend Militärs auf den innerdeutschen Kommando- und Nachschubbasen beschäftigt sind, um die Auslandseinsätze zu koordinieren. 2.808 aller Soldaten in deutschen Expeditionskorps kommen aus den ostdeutschen Bundesländern. Dies entspricht rund 37 Prozent - bei einem Bevölkerungsanteil von 16 Prozent. Die ostdeutschen Bundesländer verzeichnen die höchsten Arbeitslosenquoten der Bundesrepublik (18,7 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern) und leiden zudem unter der Abwanderung zahlreicher junger Menschen, von denen überdurchschnittlich viele in den Militärdienst eintreten. Die hohe Arbeitslosigkeit

führt auch in Westdeutschland zu starkem Zulauf. Einer Umfrage zufolge hatten sich von 328 Aspiranten, die Anfang des Jahres in Hamburg der Bundeswehr beitraten, 107 freiwillig gemeldet - und waren zuvor erwerbslos. Über Werbemaßnahmen der Bundeswehr in den ARGES und den wachsenden Widerstand dagegen hat die NRhZ mehrfach berichtet - siehe NRhZ 88.

### "Dimension Kulturen"

Für die "interkulturellen Trainings", mit denen die Bundeswehr als Werbemaßnahme unter Jugendlichen arbeitet, ist das von der PR-Firma Pleon Kohtes Klewes (Düsseldorf) entwickelte Lernspiel "Dimension Kulturen" beispielhaft. Wie die Bundeswehr mitteilt, dient "Dimension Kulturen" primär der "Vorbereitung von Führungspersonal auf Auslandseinsätze".[1] Darüber hinaus soll es die "Integration deutschstämmiger Kameraden aus einem anderen Kulturkreis in die Truppe" gewährleisten [2] - gemeint sind vor allem so genannte Russlanddeutsche, die wegen ihrer Blutsabstammung die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Wegen ihres differenten Kulturhintergrundes erscheint der Berliner Militärführung eine reibungslose "militärische Zusammenarbeit mit anderen NATO-Staaten" nicht immer gesichert [3]; Nachhilfe soll "Dimension Kulturen" anbieten. Die als "Spiel" bezeichnete Formierung von Zivilisten mit unterschiedlicher Lebensgeschichte und ihre taktische Ausrichtung auf Bedürfnisse internationaler Militäreinsätze erhielt unlängst den brancheninternen PR-"Ritterschlag" und wurde für den "Branchen-Oscar" ("Ketchum Award") nominiert, berichtet der Deutschland-Chef des "Spiele"-Herstellers.[4] (...)

### Interventionsgebiet: Die ganze Welt

Dass in dem so genannten Lernspiel impliziert die ganze Welt zum potenziellen Interventionsgebiet des Berliner Verteidigungsministeriums erklärt wird, entspricht der deutschen Militär-Wahrnehmung. "Als Soldat in den heutigen Streitkräften weiß man nie, wo der nächste Auslandseinsatz stattfindet. Daher ist es durchaus sinnvoll, solche Veranstaltungen durchzuführen", wird für die soldatische Formierung geworben. "Dimension Kulturen" ist der Nachfolger eines älteren, vom Verteidigungsministerium initiierten Projekts ("Vielfalt Leben") und wird von zwei "Moderatoren" des Zentrums Innere Führung der Bundeswehr geleitet, von denen

einer einen "Migrationshintergrund" hat, heißt es. Bereits mehr als 320 Einheiten der deutschen Streitkräfte wurden bisher anhand von "Dimension Kulturen" geschult.[6] (...)

### Kampf gegen Migranten

Das "interkulturelle Training" der Bundeswehr dient nicht nur der Vorbereitung auf Auslandsoperationen, sondern auch der Schulung für die Flüchtlingsabwehr an den EU-Außengrenzen. Dies ergibt sich aus dem Vorgängerprojekt von "Dimension Kulturen", dem Rollenspiel "Coastland", bei dem die teilnehmenden Soldaten eine "Flüchtlingssituation" zu inszenieren hatten. Die anschließende "Auswertung" sollte den "Transfer auf die tägliche Arbeitspraxis" gewährleisten.[10] Bei der Tagung "Europa in der Krise", die im Januar 2006 von der Bundeszentrale für politische Bildung in Bensberg (Nordrhein-Westfalen) veranstaltet wurde, hatten Bundeswehrsoldaten die Möglichkeit, alternativ zu "Dimension Kulturen" an einem "Planspiel zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik" teilzunehmen. Ihm lag als Szenario ein so genanntes Migrationsproblem zugrunde; die "Spieler" waren gezwungen, Entscheidungen zu treffen, die sich zwischen einer "Aufnahme aller Migranten" und dem "Kampf gegen die Migranten" bewegten.[11]

*Bitte lesen Sie auch Geschlossener Personalkreislauf und Girls' Day auf [www.german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com).*

[1] Interkulturelles Projekt der Bundeswehr im Award-Finale; [www.bundeswehr.de](http://www.bundeswehr.de)

[2], [3] Programm - Lebensweise verstehen; [www.y-punkt.de](http://www.y-punkt.de)

[4] Interkulturelles Projekt der Bundeswehr im Award-Finale; [www.bundeswehr.de](http://www.bundeswehr.de), [www.luftwaffe.de](http://www.luftwaffe.de)

[6] Programm - Lebensweise verstehen; [www.y-punkt.de](http://www.y-punkt.de)

[10] Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Handlungsleitfaden für die Entwicklung und Durchführung von XENOS-Projekten; Hamburg 2006

[11] Tagungsdokumentation: Bensberger Gespräche "Europa in der Krise", 25.-27. Januar 2006 in Bensberg

Online-Flyer Nr. 94 vom 14. Mai 2007  
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=10881>

# ICNP - Internationales Koordinationsnetzwerk für Palästina

## Die Welt sagt NEIN zur israelischen Besatzung!

Im Juni 2007 schließt sich das 40. Jahr der israelischen Besatzung Ostjerusalems, des Westjordanlandes, des Gazastreifens und der syrischen Golanhöhen. Am 9. und 10. Juni 2007 werden die PalästinenserInnen gemeinsam mit Menschen in aller Welt ihr klares NEIN zur israelischen Besatzung zum Ausdruck zu bringen.

### Die Bilanz von 40 Jahren israelischer Besatzung

- Seit 40 Jahren baut Israel völkerrechtswidrig Siedlungen auf Grundstücken, die PalästinenserInnen gewaltsam genommen wurden.
- In 40 Jahren Besatzung sind tausende und abertausende PalästinenserInnen ermordet worden; mehr als 12.000 palästinensische Wohnhäuser wurden dem Erdboden gleichgemacht;
- Insgesamt 650.000 PalästinenserInnen saßen insgesamt in israelischen Gefängnissen und Lagern; mehr als eine Million Olivenbäume wurden gerodet.
- Seit 2002 wird die Apartheidmauer auf besetztem palästinensischem Land errichtet. Sie zielt darauf ab, die palästinensische Bevölkerung im dicht bebauten Gebiet einzu-zwängen, und ihnen nichts weiter als ein Rumpfterritorium übrig zu lassen. Während PalästinenserInnen in gettoartigen Bantustans dahinvegetieren, zementiert Israel seine aggressive Expansionspolitik nun mit einer Mauer in die palästinensische Erde. Diese Mauer trennt Menschen von ihren Dörfern, Bauern von ihrem Land, SchülerInnen von ihren Schulen und ArbeiterInnen von den Fabriken und Werkstätten. Obwohl der Internationale Gerichtshof ausdrücklich festgestellt hat, dass Israel mit der Errichtung der Mauer Völkerrecht bricht, frisst sie sich immer weiter ihren Weg und umzingelt palästinensische Städte und Dörfer. Mit der Mauer wird mit einem Schlag der größte Landraub in der Geschichte dieser 40-jährigen Besatzung in die Tat umgesetzt.
- In seinem jüngsten Krieg gegen den Libanon hat Israel der Welt seinen erbarungslosen Militarismus und Unilateralismus offen zur Schau gestellt.
- Israel schafft durch die Annexion von palästinensischem Land und mit dem Ver-

such, sich dessen palästinensischer BewohnerInnen zu entledigen Tag für Tag gewaltsam neue faktische Gegebenheiten in den besetzten palästinensischen Gebieten, die es um jeden Preis unter seiner Kontrolle behalten will.

### 40 Jahre – die langandauernde Besatzung weltweit

- Schon seit 40 Jahren werden den PalästinenserInnen von Seiten Israels ihre international anerkannten Rechte vorenthalten.
- Das Recht auf Nahrung, Wasser, Bildung, Eigentum und Gesundheitsversorgung wird den PalästinenserInnen systematisch verweigert.
- Die Besatzungsmacht operiert mit einem engmaschigen Netzwerk aus Checkpoints, der Totalabriegelung ganzer Dörfer und Städte, mit Stacheldraht und Militärsperren, mit Belagerungen und Ausgangssperren.
- Das Recht, sich im eigenen Land oder in der eigenen Stadt frei zu bewegen, existiert für PalästinenserInnen nicht mehr.
- Als weitere Verletzung der Genfer Konvention sei an die Kollektivbestrafungen erinnert, welchen die gesamte palästinensische Bevölkerung unterworfen wird.
- Im Zuge der Massenverhaftungen wurden auch Dutzende palästinensische Parlamentarier und gewählte Minister entführt und in die Gefängnisse der Besatzungsmacht geworfen.
- Seit dem Jahr 2000 hat Israel mit seinen so genannten „gezielten Tötungen“ über mehr als 337 PalästinenserInnen das faktische Todesurteil ausgesprochen und mit F-16 Bombern US-amerikanischer Produktion oder den Hellfire-Raketen vollstreckt. Dabei starben auch 129 PalästinenserInnen, die überhaupt nicht „Ziel“ dieser Anschläge waren. Unter den Ermordeten befanden sich viele Kinder.

### Apartheid

#### - ein internationales Verbrechen

Vor 30 Jahren erklärten die Vereinten Nationen die Apartheid zu einem völkerrechtlichen Verbrechen. Sie verurteilten die Anwendung von Apartheid als politisches Regime und versprachen, sie in all ihren Erscheinungsformen und überall in der Welt zu bekämpfen. Heute, 12 Jahre nach dem Fall des Apartheidregimes in Südafrika, fährt Israel seelenruhig fort, sein eigenes Apartheidsystem auszubauen. Mit diesem Appell rufen wir die Vereinten Nationen auf, gemeinsam mit uns auch diesmal Apartheidpolitik als solche zu benennen, zu verurteilen und dieses Verbrechen zu bekämpfen. Wie schon in der Vergangenheit sind wir auch heute überzeugt, dass die Verantwortlichen für ihre Verbrechen gerade zu stehen haben und eines Tages vor Gericht gestellt werden.

### Die Duldung des Rechtsbruchs

Während all dieser Jahre der Besatzung macht sich Israel des andauernden Rechtsbruchs durch die Verletzung dutzender UN-Resolutionen und unzähliger völkerrechtlicher Verpflichtungen schuldig. Auch die internationale Gemeinschaft kann sich nicht aus ihrer Verantwortlichkeit für die Duldung dieser Situation stellen. Viele Regierungen aus allen Teilen der Welt und in erster Linie die Vereinigten Staaten tragen wegen ihrer aktiven und bedingungslosen Unterstützung der israelischen Besatzung ebenso Verantwortung dafür, dass bis heute die Rechte der PalästinenserInnen mit Füßen getreten werden. Andere wiederum nahmen die Rolle des stillen Zuschauers ein, oder protestierten nur allzu zaghaft, sodass den andauernden Völkerrechtsverletzungen Israels innerhalb der internationalen Gemeinschaft keinerlei nennenswerter Widerstand entgegengesetzt wurde.

### UNSERE ANTWORT AUF 40 JAHRE BESATZUNG

Wir, die Mitglieder des International Coordination Network on Palestine (ICNP) – Internationales Koordinationsnetzwerk für Palästina, treiben den Aufbau gewaltfreier internationaler Kampagnen voran, die Boykott, Investitionsstopp und Sanktionsforderungen in die Praxis umsetzen und organisieren ein breit gefächertes politisches und kulturelles Sensibilisierungsprogramm, mit dem Höhepunkt der

### INTERNATIONALEN AKTIONSTAGE am 9. und 10. Juni 2007

Wir werden unsere Regierungen darauf drängen, die militärische, wirtschaftliche und diplomatische Unterstützung für Israels völkerrechtswidrige Besatzung einzustellen und stattdessen ihre Außenpolitik an neuen Grundsätzen auszurichten, die das Ende der Besatzung, die Gleichberechtigung und einen umfassenden gerechten und dauerhaften Frieden herbeiführen können.

### Aktionen während der G8-Protesttage:

Teilnahme an der Demonstration in Rostock am 2. Juni in einem eigenen Block.

Aufruf: <http://www.stopptdiemauer.de/media/2007/0706g8de.pdf>

Gedenken an die Opfer infolge der israelischen Besatzung der palästinensischen Gebiete seit dem Krieg vom 5. Juni 1967

Mahnwache am 5. Juni 2007 11:00 bis 13:00 Uhr Am Sicherheitszaun Vorder Bollhagen, Deutschland

Veranstalter: Israelis gegen G8 c/o Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost

Fidel Castro

## Eine verhängnisvolle Idee

### Ökonomische Richtlinie der US-Außenpolitik ist es jetzt, Treibstoff aus Lebensmitteln zu gewinnen

Weltweit droht drei Milliarden Menschen der vorzeitige Tod durch Hunger und Durst.

Das ist keine übertriebene Zahl, es handelt sich um eine eher noch vorsichtige Schätzung. Ich habe nach dem Treffen von Präsident Bush mit den nordamerikanischen Automobilherstellern viel über diese Tatsache nachgedacht.

Die verhängnisvolle Idee, aus Nahrungsmitteln Treibstoff herzustellen, wurde am vergangenen Montag, dem 26. März, endgültig als ökonomische Richtlinie der US-amerikanischen Außenpolitik festgelegt.

#### Bushs Erklärung

Eine Korrespondenz der nordamerikanischen Nachrichtenagentur AP, die alle Ecken der Welt erreicht, sagt wortwörtlich: »Washington, 26. März (AP). Präsident George W. Bush lobte am Montag bei einem Treffen mit Fahrzeugherstellern die Vorzüge der Automobile, die mit Ethanol und Biodiesel fahren; bei der Versammlung wollte er seine Pläne zur Entwicklung von alternativen Brennstoffen vorantreiben.

Bush sagte, daß ein Kompromiß der Führungskräfte der nationalen Automobilindustrie zur Verdopplung der Produktion von Fahrzeugen mit alternativem Treibstoff dazu beitragen könnte, daß die Autofahrer in zunehmendem Maße auf Benzinmotoren verzichten und so die Abhängigkeit des Landes vom importierten Erdöl verringern.

»Das ist ein großer technologischer Fortschritt für das Land«, sagte Bush nach Inspektion von drei mit Alternativkraftstoff betriebenen Fahrzeugen. Wenn das Land den Benzinverbrauch senken will, muß der Verbraucher die

Möglichkeit haben, eine vernünftige Entscheidung zu fällen.

Der Präsident ersuchte den Kongreß, schnellstmöglich mit der Gesetzgebung voranzuschreiten, die die Regierung kürzlich vorbrachte, um die Verwendung von 132000 Millionen Liter (35000 Millionen Gallonen) Alternativtreibstoffen für das Jahr 2017 anzuordnen und um höhere Standards für das Einsparen von Kraftstoff bei Fahrzeugen durchzusetzen.

Bush traf sich mit dem Vorstandsvorsitzenden und Generaldirektor der General Motors Corporation, Richard Wagoner; dem Generaldirektor der Ford Motor Company, Alan Mulally, und dem Generaldirektor der zur Daimler Chrysler AG gehörenden Gruppe Chrysler, Tom LaSorda.

Die Teilnehmer des Treffens diskutierten Maßnahmen zur Unterstützung der Produktion von Fahrzeugen mit alternativen Kraftstoffen, Vorhaben für die Gewinnung von Ethanol aus Rohstoffen wie Gräsern oder Spänen und eine Empfehlung für die Senkung des Benzinverbrauchs um 20 Prozent innerhalb von zehn Jahren.

Die Diskussionen erfolgten zu einem Zeitpunkt, als die Benzinpreise gestiegen waren. Die jüngste Studie der Organisation Lundberg Survey zeigte, daß der nationale Durchschnittspreis für Benzin in den letzten Jahren um sechs Cent pro Gallone (3,78 Liter) auf 2,61 Dollar gestiegen war.«

#### Benzin aus Lebensmitteln

Ich glaube, daß die Reduktion und das Recyceln aller Motoren, die auf Elektrizitäts- und Kraftstoffbasis funktionieren, eine elementare und dringliche Notwendigkeit für die gesamte Menschheit ist. Das Drama besteht

nicht darin, diesen Energieverbrauch zu verringern, sondern darin, aus Lebensmitteln Treibstoff zu machen.

Heute ist sehr genau bekannt, daß aus einer Tonne Mais entsprechend der Dichtewerte nur durchschnittlich 413 Liter Ethanol hergestellt werden können, das entspricht 109 Gallonen.

Daher sind 320 Millionen Tonnen Mais notwendig, um 35000 Millionen Gallonen Ethanol herzustellen. Der Durchschnittspreis für Mais in den Häfen der USA wird auf 167 Dollar pro Tonne angehoben.

Nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO ist die Maisernte in den Vereinigten Staaten im Jahr 2005 auf 280,2 Millionen Tonnen gestiegen.

Auch wenn der Präsident von der Kraftstoffproduktion aus Gräsern oder Holzspänen spricht, ist jedem klar, daß diese Aussagen vollkommen unrealistisch sind. Man stelle sich vor: 35.000 Millionen Gallonen sind eine 35 mit neun Nullen!

Es werden schöne Beispiele darüber folgen, was die erfahrenen und gut organisierten Landwirte der Vereinigten Staaten in bezug auf Produktivität pro Kopf und pro Hektar erreichen: Aus dem Mais wird Ethanol; die Rückstände dieses Maises werden als Tierfutter mit 26 Prozent Proteinen verwendet; die Exkremente der Rinder werden als Rohstoff für die Gasherstellung genutzt. Das alles ist jedoch erst nach erheblichen Investitionen möglich, die nur die mächtigsten Firmen vornehmen können, denn alle Vorgänge erfolgen auf der Grundlage von elektrischer Energie und Kraftstoff. Wenden Sie dieses Rezept auf die Länder der Dritten Welt an, und Sie werden sehen, wie viele der Hungerleidenden unseres Planeten keinen Mais mehr konsumieren. Oder noch schlimmer:

Geben Sie den armen Ländern die Finanzen für die Ethanolproduktion aus Mais oder aus anderen Nahrungsmitteln, und es wird kein Baum stehenbleiben, der die Menschheit vor dem Klimawandel schützen kann.

Andere Länder der reichen Welt planen nicht nur die Verwendung von Mais, sondern auch von Weizen, Sonnenblumenkernen, Raps und weiteren Nahrungsmitteln zur Kraftstoffherstellung. Für die Europäer wäre es z.B. ein gutes Geschäft, die gesamte weltweite Soja-Produktion zu importieren, um den Kraftstoffverbrauch ihrer Fahrzeuge zu reduzieren und das Vieh mit den Abfallprodukten dieser Hülsenfrucht zu füttern, die besonders reich an allen essentiellen Aminosäuren ist.

### **Pause für Klimawandel**

In Kuba wurde Alkohol als Nebenerzeugnis der Zuckerindustrie hergestellt, nach drei Zuckerextraktionen aus dem Zuckerrohrsaft. Der Klimawandel beeinträchtigt bereits unsere Zuckerproduktion. Schwere Trockenzeiten und heftige Regenfälle ungekannten Ausmaßes wechseln einander ab, so daß in den 100 Tagen unseres sehr milden Winters kaum mit angemessenem Ertrag Zucker produziert werden kann, so daß die Erträge pro Tonne Zuckerrohr oder pro Hektar, aufgrund der langen Dürrezeiten während des Anbaus und in der Wachstumsphase, gesunken sind.

In Venezuela wird meines Wissens der Alkohol nicht exportiert, sondern dazu verwendet, die ökologische Qualität des eigenen Kraftstoffs zu verbessern. Aus diesem Grund, und unabhängig von der herausragenden brasilianischen Technologie für die Alkoholherstellung, ist für Kuba die Anwendung solcher Technologie zur direkten Alkoholproduktion aus dem Zuckerrohrsaft nur ein Traum oder eine Phantasie von Leuten, die auf diese Idee Hoffnungen setzen. In Kuba kann das Land, das für die direkte Herstellung von Alkohol genutzt werden könnte, viel nützlicher für die Produktion von Nahrungsmitteln für das Volk und für den Umweltschutz eingesetzt werden.

Alle Länder der Welt, reiche und arme, könnten ausnahmslos Milliarden Dollar

Investitions- und Kraftstoffkosten sparen, indem sie einfach alle Glühlampen durch Leuchtstoffröhren ersetzen, Kuba hat das für alle Haushalte des Landes ermöglicht. Das bedeutet eine Atempause hinsichtlich des Klimawandels, ohne die Armen der Welt verhungern zu lassen.

### **Globalisierte Wirtschaft**

Wie ersichtlich ist, verwende ich keine Eigenschaftswörter, um das System und die Herrscher der Welt zu charakterisieren. Diese Aufgabe beherrschen die Informationsfachleute und die ehrlichen Sozioökonomien und Politikwissenschaftler aufs beste, sie sind in der Welt zahlreich vertreten, sie ergründen unaufhaltsam Gegenwart und Zukunft unserer Spezies. Dazu reichen ein Computer und die wachsende Zahl der Netzwerke im Internet.

Heute kennen wir zum ersten Mal eine wirklich globalisierte Wirtschaft und eine herrschende Macht im wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bereich, die in keiner Weise dem Rom der Imperatoren gleicht.

Einige fragen sich vielleicht, warum ich von Hunger und Durst rede. Meine Antwort: das ist nicht die andere Seite einer Münze, sondern das sind mehrere Seiten eines anderen Gegenstands, wie z. B. eines Würfels mit sechs Flächen oder eines Polyeders mit noch viel mehr Seiten.

Ich berufe mich in diesem Fall auf eine offizielle Nachrichtenagentur, die 1945 gegründet wurde und die gewöhnlich gut informiert ist über die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Welt: die TELAM. Wortwörtlich wurde dort verlautbart: »Etwa zwei Milliarden Menschen werden in weniger als 18 Jahren in Ländern oder Regionen leben, wo das Wasser nicht mehr als eine ferne Erinnerung ist. Zwei Drittel der Weltbevölkerung werden an Orten leben, wo dieser Mangel zu sozialen und wirtschaftlichen Spannungen solchen Ausmaßes führt, die die Völker zu Kriegen um das begehrte »blaue Gold« treiben könnten.

In den letzten 100 Jahren ist der Wasserkonsum mehr als doppelt so schnell wie die Bevölkerung gewachsen.

Nach Statistiken des Weltwasserrats (WWC, World Water Council) werden 2015 schätzungsweise bis zu 3,5 Milliarden Menschen von dieser schwierigen Lage betroffen sein.

Die Organisation der Vereinten Nationen beging am 22. März den Weltwassertag, es wurde dazu aufgerufen, an diesem Tag unter der Koordination der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) gegen den weltweiten Wassermangel anzugehen, mit dem Ziel, verstärkt auf die Zunahme des globalen Wassermangels aufmerksam zu machen sowie auf die Notwendigkeit einer stärkeren Integration und Kooperation, die es ermöglichen, die Wasserressourcen nachhaltig und effizient zu verwalten.

Viele Regionen der Welt leiden unter ernsthaftem Wassermangel, pro Person stehen dort weniger als 500 Kubikmeter Wasser pro Person und Jahr zur Verfügung. Es gibt immer mehr Regionen, denen es chronisch an diesem Lebenselement mangelt.

Hauptfolge des Wassermangels sind eine unzureichende Menge dieser wertvollen Flüssigkeit für die Produktion von Lebensmitteln, die Unmöglichkeit einer industriellen, urbanen und touristischen Entwicklung sowie Gesundheitsprobleme.« Soweit die Meldung von TELAM.

Ich lasse andere wichtige Tatsachen unerwähnt, wie die abschmelzenden Eismassen in Grönland und in der Antarktis, die Ozonlöcher und die steigende Quecksilberkonzentration in vielen der wichtigsten Speisefischarten.

Es wären auch noch andere Themen zu erörtern, aber ich möchte mit diesen Zeilen lediglich das Treffen des Präsidenten Bush mit den wichtigsten Führungskräften der nordamerikanischen Automobilgesellschaften kommentieren.

*Am 29. März 2007 im Zentralorgan der KP Kubas Granma erschien.*

Übersetzung: Elisabeth Mänzel)

<http://www.jungewelt.de/2007/04-02/001.php?sstr=castro%7Ctreibstoff>

## Die Armen werden ausgehungert

Das Chaos, das aus der so genannten internationalen Ordnung entsteht, kann sehr hart sein für jene, die von den Strukturen betroffen sind, die von den „Ordnungsmächten“ geschaffen wurden. Sogar Tortillas spielen in diesem unrühmlichen Gang der Dinge eine Rolle. Kürzlich schnellten die Preise für Tortillas in vielen Regionen Mexikos um mehr als 50 Prozent in die Höhe.

Im Januar strömten in Mexiko-Stadt Zehntausende von Arbeitern und Bauern auf den Zocalo, den zentralen Platz der Stadt, um gegen die explodierenden Tortillapreise zu protestieren.

Als Reaktion traf die Regierung von Präsident Felipe Calderon ein Abkommen mit den mexikanischen Herstellern und Händlern, um den Preis von Tortillas und Maismehl zu limitieren - wahrscheinlich nur eine vorläufige Maßnahme.

Die Bedrohung für die Arbeiter und die Armen Mexikos durch den Preissprung für ein Grundnahrungsmittel können wir den **Äthanol-Effekt** nennen – eine Konsequenz der rasant steigenden Nachfrage nach Äthanol in den USA, das aus Mais gewonnen wird, um Öl als Energiequelle zu ersetzen. Die Hauptquellen des Öls liegen bekanntlich in Regionen, die gegen diese internationale Ordnung noch heftiger auftreten.

Auch in den Vereinigten Staaten hat der Äthanol-Effekt eine breite Palette von Lebensmittelpreisen ansteigen lassen, auch andere Agrarprodukte, Fleisch und Geflügel.

Der Zusammenhang zwischen der Instabilität im Nahen Osten und den Lebenshaltungskosten für eine Familie in Amerika ist natürlich kein direkter. Aber wie immer im internationalen Handel entscheidet letztendlich die Macht. Ein vorrangiges Ziel der US-Außenpolitik ist seit langem die Schaffung einer Weltordnung, in der US-Unternehmen freien Zugang zu Märkten, Ressourcen und Investitionsmöglichkeiten haben. Dieses Ziel wird gemeinhin „Freihandel“ genannt, eine Bezeichnung, die näherer Betrachtung nicht standhält.

Dies ist nicht unähnlich dem, was Großbritannien, der Vorläufer in der Weltherrschaft, im Sinn hatte, als es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, nach 150 Jahren staatlicher Intervention und Gewalt, den freien Handel propagierte und damit weit größere industrielle Macht erreichte, als alle Konkurrenten.

Die Vereinigten Staaten folgten so ziemlich demselben Muster. Im Allgemeinen sind Großmächte bereit, sich auf einen beschränkten Grad von freiem Handel einzulassen, wenn sie der Überzeugung sind, dass ihre wirtschaftlichen Interessen unter ihrem Schutz gut gedeihen. Das war und bleibt eine primäre Eigenschaft dieser internationalen Ordnung.

Der Äthanolboom passt gut ins Bild. Die Agrarwissenschaftler *C. Ford Runge und Benjamin Senauer* schreiben in der aktuellen Ausgabe von *Foreign Affairs*, dass „die Biotreibstoff-Industrie seit längerer Zeit nicht von Marktkräften, sondern von der Politik und den Interessen einiger weniger Großunternehmen dominiert wird“, zum großen Teil von Archer Daniels Midland, dem Hauptproduzenten von Äthanol. Die Äthanolproduktion ist dank erheblicher staatlicher Subventionen und sehr hoher Zölle wirtschaftlich, weil damit das viel billigere und effizientere Äthanol aus Zuckerrohr aus Brasilien verdrängt wird. Während der Lateinamerikareise von Präsident Bush im März wurde das Abkommen mit Brasilien über ein Joint Venture zur Erzeugung von Äthanol als ein Erfolg gefeiert. Aber während Bush in der gewohnten Weise Freihandelsrhetorik für andere von sich gab, betonte er deutlich, dass die hohen Zölle zum Schutz der Produzenten in den USA beibehalten werden, neben vielen anderen Arten **staatlicher Subventionen für die Agrar-Industrie**.

Trotz der massiven Subventionen für die Landwirtschaft auf Kosten der Steuerzahler sind die Preise für Mais – und Tortillas – rapide angestiegen. Ein Faktor ist, dass die industriellen Abnehmer von US-Importmais zunehmend auf billigere mexikanische Varianten ausweichen, die sonst für Tortillas verwendet werden, und so die Preise in die Höhe treiben.

Das von den USA gesponserte NAFTA-Abkommen von 1994 spielt möglicherweise auch eine bedeutende Rolle, deren Bedeutung wahrscheinlich noch wächst. Eine Auswirkung auf dem geeigneten Spielfeld von NAFTA war die Überschwemmung Mexikos mit hochsubventionierten Agrarexporten, welche die mexikanischen Produzenten vom Platz gefegt haben.

Der mexikanische Wirtschaftsexperte *Carlos Salas* verfügt über Daten, die zeigen, dass die Zahl der **Beschäftigten in der Landwirtschaft** bis 1993 stetig anstieg. Mit dem Inkrafttreten von NAFTA ging sie jedoch zurück, besonders bei den

Maisproduzenten - eine direkte Folge von NAFTA, wie er und andere Ökonomen folgern. Ein Sechstel der in der mexikanischen Landwirtschaft Beschäftigten ist während der NAFTA-Jahre entlassen worden, ein Prozess, der sich fortsetzt und die Löhne in anderen Wirtschaftsbereichen drückt, sowie die Auswanderung in die USA vorantreibt.

Es ist wahrscheinlich kein Zufall, dass Präsident Clinton die mexikanische Grenze, die zuvor recht offen war, 1994 mit Inkrafttreten von NAFTA militärisch sichern ließ.

Das „Freihandels-Regime“ treibt Mexiko aus der Selbstversorgung mit Lebensmitteln in die Abhängigkeit von US-Exporten. Wenn der Maispreis in den Vereinigten Staaten steigt, von der Marktmacht der Konzerne und der staatlichen Intervention stimuliert, kann man sich vorstellen, dass der Preis für Grundnahrungsmittel auch in Mexiko stark ansteigt.

Laut *Runge und Senauer* werden Biotreibstoffe wahrscheinlich weltweit zunehmend „die Armen aushungern“, da **die Produktion von Grundnahrungsmitteln auf Äthanolproduktion für die Privilegierten umgestellt wird** - Maniok in Afrika südlich der Sahara ist ein beunruhigendes Beispiel dafür. Derweil werden in Südostasien tropische Wälder gerodet und abgebrannt, um Platz für Ölpalmen zur Produktion von Biotreibstoff zu schaffen. Auch in den Vereinigten Staaten zieht die intensive Produktion von Mais zur Produktion von Äthanol bedrohliche Auswirkungen auf die Umwelt nach sich.

Der hohe Tortillapreis und andere, noch grausamere Auswüchse der internationalen Ordnung verdeutlichen die Zusammenhänge von Ereignissen vom Nahen Osten bis zum Mittleren Westen, und die Dringlichkeit zum Aufbau eines Handels, der auf ehrlichen und demokratischen Vereinbarungen zwischen Staaten basiert, und nicht den Interessen der Konzerne und deren Hunger nach Profit dient, die vom Staat geschützt und subventioniert werden, den sie zum großen Teil kontrollieren, ungeachtet der menschlichen Kosten.

16. Mai 2007, *The International News*  
[http://www.thenews.com.pk/daily\\_detail.asp?id=56097](http://www.thenews.com.pk/daily_detail.asp?id=56097)

Übersetzung: coorditrad

# George Monbiot

## Wenn wir die Erde retten wollen, brauchen wir ein fünfjähriges Moratorium für Biokraftstoffe

*Aus Pflanzen produziertes Öl erzeugt einen Wettbewerb um Nahrung zwischen Autos und Menschen. Die Menschen – und die Umwelt – werden verlieren.*

Es handelte sich einst um eine Frage fehlgeleiteter guter Absichten. Jetzt ist es schlicht Betrug. Die Regierungen, die auf Biokraftstoff setzen, um die globale Erwärmung aufzuhalten, wissen, dass es mehr schadet als hilft. In der Theorie können Kraftstoffe, die aus Pflanzen erzeugt worden sind, die Menge an Kohlendioxid reduzieren, die von Autos und Lastwagen ausgestoßen wird. Pflanzen absorbieren beim Wachsen Kohlenstoff, der wieder freigesetzt wird, wenn der Brennstoff verbrannt wird. Indem sie Ölfabriken dazu bringen wollen, von fossilen Pflanzen auf lebende umzusteigen, behaupten Regierungen auf beiden Seiten des Atlantiks, unsere Transportinfrastruktur weniger kohlenstofflastig zu gestalten.

(...) Unsere Regierung hofft, dass bis 2050 ein Drittel unseres Kraftstoffes aus der Landwirtschaft kommt. Letzten Monat verkündete George Bush, dass er den anvisierten Anteil von Biokraftstoffen verfünffachen wolle: anno 2017 sollen sie 24% aller Fahrzeugkraftstoffe ausmachen.

Was ist falsch an diesen Plänen? Nur, dass ihre Umsetzung ein Garant für eine Umwelt- und humanitäre Katastrophe ist. 2004 habe ich auf diesen Seiten davor gewarnt, dass Biokraftstoffe einen Wettbewerb um Nahrung zwischen Menschen und Autos schaffen würden. Die Menschen würden zwangsläufig verlieren: jene, die es sich leisten können Auto zu fahren, sind reicher als die, die Gefahr laufen zu verhungern. Es würde auch zur Zerstörung der Regenwälder und anderer wichtiger Lebensräume führen. Ich erhielt auf diesen Artikel mehr Beschimpfungen als für jeden anderen Artikel vorher – außer, als ich die Verschwörer vom 11. September angriff. Man sagte mir, dass meine Behauptungen lächerlich seien, unsinnig, unmöglich. Nun, in einer Hinsicht habe ich mich geirrt. Ich dachte, dass die Effekte sich über viele Jahre nicht auswirken würden. Sie finden bereits statt.

Seit Anfang letzten Jahres hat sich der Preis für Mais verdoppelt. Auch der Preis für Weizen hat ein Zehnjahreshoch erreicht, während die weltweiten Vorräte für beide Nahrungsmittel sich auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren befinden. Es hat bereits Nahrungsproteste in Mexiko gegeben und Berichte, dass die Armen weltweit von diesem Mangel betroffen

sind. (...) Laut der Welternährungsorganisation ist der Hauptgrund dafür die Nachfrage nach Ethanol: der Alkohol, der für Kraftstoffe verwendet wird und der aus Mais und Weizen gewonnen werden kann.

Bauern werden auf bessere Preise reagieren, indem sie mehr anbauen, aber es ist nicht klar, ob sie so den steigenden Bedarf nach Biokraftstoffen überholen können. Selbst wenn ihnen das gelingt, so doch nur durch die Urbarmachung bisher unberührten Lebensraums.

Wir wissen inzwischen, dass Biokraftstoffe für die Erde schlimmer sind als Petroleum. Die UN haben gerade einen Bericht publiziert, demzufolge 2022 etwa 98% des indonesischen Regenwaldes schwer beschädigt oder vernichtet sein werden. Nur fünf Jahre vorher hatten dieselben Behörden vorhergesagt, dass dies nicht vor 2032 der Fall sein würde. Aber sie hatten dabei den Anbau von Palmöl als Biodiesel für den europäischen Markt außer Acht gelassen. Dieser ist nun der Hauptgrund für die Entwaldung dort und wird wahrscheinlich bald für die Ausrottung des Orang-Utans in der freien Wildbahn verantwortlich sein.

Aber es kommt noch schlimmer. Während die Wälder verbrannt werden, werden die Bäume und der Torf, auf dem sie stehen, in Kohlendioxid verwandelt. Ein Bericht der niederländischen Beraterfirma Delft Hydraulics zeigt, dass jede Tonne Palmöl zum Ausstoß von 33 Tonnen an Kohlendioxidemissionen führt, oder zu zehnmal soviel, wie Petroleum erzeugt. Ich glaube, ich sollte das noch einmal sagen: Biodiesel aus Palmöl verursacht zehnmal soviel Klimawandel wie normaler Diesel.

Die Auswirkungen sind weltweit gleich. Zuckerrohrproduzenten begeben sich in seltene Buschlandschaften (die Savanne) in Brasilien und Sojabauern roden die Regenwälder im Amazonasgebiet. Weil Präsident Bush ein Abkommen über Biokraftstoffe mit Präsident Lula unterzeichnet hat, dürfte es wahrscheinlich noch sehr viel schlimmer werden. Indigene Menschen in Südamerika, Asien und Afrika beginnen sich über das Eindringen von Kraftstoffanbauern in ihr Land zu beschweren. Eine Petition von einer Gruppe namens Biofuelwatch, die westliche Regierungen dazu anhält damit aufzuhören, ist von Aktivisten aus 250 Gruppen unterzeichnet worden.

Die britische Regierung ist sich wohl bewusst, dass es hier ein Problem gibt. Auf seinem Blog vermerkte letztes Jahr Umweltminister David Miliband, dass Palmölplantagen „jährlich 0,7% des malaysischen Regenwaldes zerstören und so den Bestand einer lebensnotwendigen Naturressource vermindern (und in diesem Zuge auch den natürlichen Lebensraum des Orang-Utans zerstören). Es steht alles zueinander in Beziehung.“ Anders als bei der Regierungspolitik.

Die Gründe, warum Regierungen so enthusiastisch für Biokraftstoffe sind, liegen darin, dass sie keinen Anstoß bei den Fahrern hervorrufen. Sie erwecken den Anschein, den Umfang des von unseren Autos freigesetzten Kohlenstoffs zu reduzieren, ohne dass neue Steuern erforderlich wären. Das ist eine Illusion, die noch durch den Umstand gestützt wird, dass nur bei uns zuhause erzeugte Emissionen zu unseren nationalen Emissionen gerechnet werden. Die Waldvernichtung in Malaysia erhöht unsere offizielle Verschmutzung nicht um ein Gramm.

Im Februar stand die Europäische Kommission vor einer direkten Wahl zwischen der sparsamen Nutzung von Brennstoffen einerseits und Biokraftstoffen andererseits. Sie hatte beabsichtigt, Autoproduzenten vorzuschreiben, dass der durchschnittliche Kohlenstoffausstoß von Neuwagen ab 2012 maximal 120 Gramm pro Kilometer betragen dürfe. Nach intensiver Lobbyarbeit von Angela Merkel für ihre Autofirmen gab die Kommission nach, erhob das Minimum auf 130 Gramm und erklärte, dass die Differenz durch Vergrößerung des Anteils von Biodiesel kompensiert werden solle.

Die britische Regierung sagt, dass sie „Fahrzeugkraftstoffanbieter dazu verpflichten würde, über die Kohlenstoffersparnis und Nachhaltigkeit des von ihnen bereitgestellten Biokraftstoffs Rechenschaft abzulegen“. Aber sie wird ihnen nicht abverlangen, irgendetwas daran zu tun. Sie kann nicht: Ihre Berater haben schon aufgezeigt, dass sie gegen Regeln des Welthandels verstoßen würde, wenn sie weitergehende Umweltstandards für Biokraftstoffe aufstellen würde. Und sogar „nachhaltige“ Biokraftstoffe besetzen noch den Raum, den andere Feldfrüchte momentan einnehmen, und verdrängen sie in neue Lebens-

räume. Sie verspricht, dass es eines Tages eine „zweite Generation“ von Biokraftstoffen geben wird, die aus Stroh oder Gras oder Holz hergestellt werden würde. Aber hier gibt es noch größere technische Probleme. Wenn die neuen Brennstoffe soweit sind, wird der Schaden schon angerichtet sein.

Wir brauchen ein Moratorium über alle Zielmaßgaben und Subventionen für Biokraftstoffe, bis seine zweite Generation von Kraftstoffen für weniger, als die Erzeugung von Brennstoff aus Palmöl oder Zuckerrohr kostet, produziert werden kann. Selbst

dann sollten die Zielmaßgaben niedrig angesetzt und nur vorsichtig erhöht werden. Ich schlage ein Moratorium über fünf Jahre vor.

Dies würde eine riesige Kampagne erfordern, härter als die, die zur Errichtung eines Fünf-Jahre-Moratoriums für den Anbau von genmanipulierten Nahrungsmitteln in Großbritannien beigetragen hat. Das war wichtig – Gentechnikpflanzen geben großen Unternehmen eine noch nie dagewesene Kontrolle über die Nahrungskette. Aber die meisten ihrer Auswirkungen sind indirekt, während die Zerstörung, die Bio-

kraftstoffe verursachen, unmittelbar und schon beobachtbar ist.

Darum wird sie schwerer aufzuhalten sein: ermutigt durch die Regierungspolitik, werden von Bauern und Chemiekonzernen nun riesige Investitionen vorgenommen. Sie aufzuhalten wird einen furchtbaren Kampf erfordern. Aber er muss gekämpft werden.

<http://www.guardian.co.uk/comment/story/0,2043462,00.html>

Deutsche Übersetzung:

<http://www.zmag.de/artikel.php?id=2046>

**Timo Kaphengst (attac Agrarnetz)**

## **Biokraftstoffe**

### **Chance oder Schande für die globale Landwirtschaft?**

Die Verbrennung fossiler Rohstoffe in Automotoren und Heizwerken forciert den Klimawandel mit bekannten katastrophalen Folgen für Mensch und Natur. Der globale Hunger nach Öl und anderen fossilen Brennstoffen ist dagegen ungebremst und wird vor allem durch die aufstrebenden Wirtschaftsmächte China und Indien weiter zunehmen. Die Sorge um den Klimawandel und um die zukünftige Energie-Versorgungssicherheit hat den Biokraftstoffen als scheinbar wichtigste Alternative zum Mineralöl einen ungeheuren Boom beschert. Sie gelten als sauber, weil nur das CO<sub>2</sub> verbrannt wird, was vorher auf landwirtschaftlicher Fläche durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe fixiert wurde. Zudem sind viele Protagonisten der Meinung, dass die Landwirtschaft durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe stark profitieren wird. In den Industrieländern ergäben sich alternative Einkommensmöglichkeiten für Landwirtinnen und Landwirte und die ärmeren Länder könnten als wichtige Kraftstoff- oder Rohstoffexporteure aufsteigen, somit ihre wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben und die Armut bekämpfen. So verwundert es nicht, dass die EU in ihrer Energiepolitik auf Biokraftstoffe setzt. Bis zum Jahre 2010 will sie 5,75% ihres Kraftstoffbedarfs durch „Biofuels“ decken.

Trotz dieser vermeintlichen Chancen hat sich in den letzten Jahren eine Protestfront aus Umweltaktivisten, Globalisierungskritikern, Menschenrechtsorganisationen und bäuerlichen Zusammenschlüssen gegen die Biokraftstoffe formiert. „Kein Kahlschlagdiesel in den

Tank“, „Menschen ernähren, nicht Autos!“ und ähnliche Überschriften geben Aufschluss über das immense Konfliktpotenzial, was dem Boom der Biokraftstoffe innewohnt. Zuletzt richteten sich brasilianische NGOs in einem offenen Brief an die EU, in dem sie auf die verheerenden Folgen der von der Union gepushten Biofuels für Umwelt und Ernährungssouveränität hinweisen.

#### **Ungebremster Flächenhunger**

Wenn von Biokraftstoffen die Rede ist, sind heute vorwiegend Biodiesel und Bioethanol gemeint. Biodiesel wird aus ölhaltigen Anbaupflanzen wie Soja, Raps, Palmöl und Jatropha verestert, wodurch ein Äquivalent zu Dieselkraftstoff entsteht. Bioethanol wird hingegen durch Vergärung zucker- und stärkehaltiger Pflanzen wie Zuckerrohr, Mais und Getreide gewonnen. Dieser kann herkömmlichem Ottokraftstoff, also Benzin und Super, beigemischt werden. Anders als Mineralöl, das man tief aus dem Erdboden zutage fördert, werden für Biokraftstoffe Anbauflächen für die nachwachsenden Rohstoffe benötigt. Doch Fläche ist knapp. Für die meisten Länder in Europa zeigen Studien, dass nicht einmal das von der EU anvisierte Ziel, 5,75% des Kraftstoffbedarfs durch Biofuels zu decken, auf europäischen Flächen erreicht werden kann – ganz zu schweigen von größeren Anteilen. Zudem lassen sich die höchsten Energieerträge pro Hektar Landfläche ohnehin am besten in Äquatornähe produzieren, allen voran mit Zuckerrohr und Palmöl. Die USA brauchen für die gleiche Menge

hergestellten Ethanol aus Mais fast doppelt so viel Fläche (5 Mio. ha) wie Brasilien, das Zuckerrohr verwendet (2,7-3 Mio. ha). Die Kosten sind in den südlichen Ländern nicht zuletzt aufgrund der Billiglöhne geringer als bei Anbaukulturen wie Raps und Getreide, die in Europa zur Biokraftstoffherstellung angebaut werden. Ambitionierte Biofuel-Ziele bedeuten, dass Biomasse importiert werden muss und damit die Flächenbeanspruchung Europas im Rest der Welt erheblich wachsen wird. Berechnungen zeigen, dass die EU 15 schon heute ein Fünftel zusätzliche landwirtschaftliche Fläche im Ausland nutzt, um die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Um das Ziel von 5,75% Biofuels-Anteil zu erreichen, müsste diese Flächenbeanspruchung auf rund 30% ansteigen. In den zukünftigen Exportländern wittert man nun das große Geld und fühlt sich schon als „Bio-OPEC“ der Zukunft. Brasilien plant beim Zuckerrohr eine Ausweitung der Anbaufläche von derzeit 6 auf 9 Mio. ha bis 2014. Beim Soja sollen die Anbauflächen sogar von derzeit 22 Mio. ha auf 100 Mio. ha ausgeweitet werden. Dabei verfügt Brasilien derzeit insgesamt nur über 60 Mio. ha Ackergesamtfläche. Hehre Ziele verfolgt auch Indonesien mit dem Ausbau der Palmölplantagen für die Biodieselproduktion. Heute stehen auf 5 Mio. ha Ölpalmen, 1985 waren es noch 600.000 ha. Bereits in der Planung befinden sich weitere 20 Mio. ha. Auch viele afrikanische Länder wie Mali, Senegal, Südafrika und Tansania bauen bereits Energiepflanzen an. Doch der pikante Cocktail aus wachsendem Druck,

für Mineralölersatz zu sorgen, den Devisenträumen der potenziellen Exporteure von Biokraftstoffen und dem weit verbreiteten Öko-Image von Ethanol und Biodiesel hat verheerende soziale und ökologische Konsequenzen.

### **Paradiesische Bedingungen für das Agrobusiness**

Beim Anbau von nachwachsenden Rohstoffen kommt es vor allem darauf an, den Biomasseertrag zu steigern und den Energiegehalt der Pflanzen zu erhöhen. Dazu werden in hohem Maße Düngemittel und Pestizide eingesetzt, und es wird in riesigen Monokulturen angebaut – insbesondere bei Soja, Mais und Zuckerrohr. Der Anbau nachwachsender Rohstoffe folgt also den gleichen Prinzipien industrialisierter Landwirtschaft wie beispielsweise die Futtermittelproduktion, die zu Umweltverschmutzung, Landdegradierung und Landenteignungen führt. Zudem ist die Verarbeitung der Energiepflanzen ebenso wie der Handel in der Regel stark zentralisiert. Das ermöglicht Konzernen, Preise zu kontrollieren und Druck auf kleinere Erzeuger aufzubauen. Doch damit nicht genug. Konzerne wie BP, DuPont und Syngenta wittern ihre Chance, mit den nachwachsenden Rohstoffen der Gentechnik zum Durchbruch zu verhelfen. Allein BP investiert eine halbe Milliarde Dollar in die Erforschung genetisch veränderter Rohstoffe zur Herstellung von Biodiesel.

### **Flächenkonkurrenz und Landkämpfe**

Die Futtermittelexporte aus den Ländern des Südens, die den reichen Ländern ihren hohen Fleischkonsum sichern und in den Exportländern Hunger und Armut hervorrufen, werden nun von Biomasseexporten zur Stillung des Energiehungers im Norden ergänzt. Auf makabre Art und Weise stehen sich seit dem Boom der Energiepflanzen verstärkt zwei Grundbedürfnisse gegenüber: Energie gegen Ernährung. Der Kampf um die Fläche führt schon jetzt zu Landkonflikten und Widerstandsbewegungen. In Indonesien sind 40 Mio. indigene Bewohner von Landenteignungen bedroht. Große Ölpalmsfirmen schrecken vor Schmiergeldern und Gewalt nicht zurück, um an wertvollen Regenwald und Ackerland zu kommen. Doch die Gebiete werden von der indigenen Bevölkerung bewohnt, das Land ist ihre Existenzgrundlage. Die Landkämpfe in Indonesien nehmen stetig zu. In Brasilien versucht die Regierung Lula da Silva, kleinbäuerliche Strukturen

mit einem Biodieselprogramm in die Biokraftstoffproduktion mit einzubinden, um Konflikte zu entschärfen. Den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern werden finanzielle Unterstützungen für den Anbau von Rizinus und Palmen angeboten. Doch trotz der Subventionen kann der klein strukturierte Rizinusanbau mit der Massenware Soja nicht konkurrieren. Die sozialen Bewegungen Brasiliens befürchten deshalb, dass durch das Biodieselprogramm die Einkommens- und Bodenkonzentration und damit die Landflucht zunehmen und die Produktion von Grundnahrungsmitteln abnehmen wird.

### **Vom Klimaretter zum Klimakiller**

Auch die ökologischen Vorzüge der Biokraftstoffe sind höchst umstritten. Je nach Anbaubedingungen, Produktionsverfahren, Transportentfernungen und Effizienzgrad der Verbrennungsmotoren kann die CO<sub>2</sub>-Bilanz von Biokraftstoffen auch negativ ausfallen. Das heißt, dass mit dem Energieverbrauch bei der Herstellung und dem Einsatz von Dünger und Pestiziden, dem Maschinenaufwand während des Anbaus und Transportes mehr CO<sub>2</sub> in die Luft emittiert werden kann, als vorher durch die Pflanzen festgesetzt wurde. Die CO<sub>2</sub>-Bilanz fällt uferlos ins Negative, wenn das Land, auf dem die Energiepflanzen angebaut werden, gerodet oder abgebrannt wird. In Indonesien wird für Palmölplantagen nicht nur Regenwald verbrannt, sondern es werden auch gigantische Moore entwässert, auf denen der Regenwald fußt. Allein durch die Trockenlegung der Moore geraten für eine produzierte Tonne Palmöl 10-30 Tonnen CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre. Werden diese Gebiete auch noch abgebrannt, sind die Emissionen um ein Vielfaches höher. Tatsächlich machen illegale Brandrodungen für Palmölplantagen den größten Teil der Waldbrände in Indonesien aus. Es ist davon auszugehen, dass große Agrarkonzerne für viele Brände verantwortlich sind.

### **Biofuels zur Hölle?**

Unter diesen Bedingungen fällt es schwer, Biokraftstoffen überhaupt etwas Positives abzugewinnen. Dennoch wäre eine pauschale Ablehnung zu voreilig, denn fast alle Länder des Südens sind genauso abhängig von Erdölimporten wie große Teile der westlichen Welt. Unter dem Anstieg des Ölpreises leiden diese Länder aufgrund ihrer geringen Finanzkraft ungleich mehr, denn auch dort ist Erdöl der Grundstoff der Mobili-

tät und wird häufig in einem stärkeren Maße als bei uns zur Erzeugung von Elektrizität verwendet. Eine grundsätzliche Verteufelung der Biokraftstoffe würde Chancen verbauen, die Ressource Biomasse umweltschonend und in weniger zentralisierten Strukturen wie es derzeit der Fall ist, zu nutzen. Aufgrund der Vielfältigkeit der Anbauprodukte sind Feld- oder Waldbewirtschaftungen denkbar, die regionale Wertschöpfungen erhöhen und keine Konkurrenz zum Nahrungsmittelanbau darstellen. Ein Beispiel ist die Verwendung von Öl aus Kokosnusspalmen. Hieraus lässt sich Biodiesel herstellen, was kleine Inselstaaten in Ozeanien bereits hilft, unabhängiger von teuren Erdölimporten zu werden, die teilweise mehr als ein Viertel der gesamten Importkosten ausmachen. Anders als die gängigen Massenkulturen ist die Kokosnuss eine weitgehend nachhaltig genutzte und vielfältig verwendbare Ressource der Äquatorialländer.

Ein anderes Beispiel ist Jatropha, eine Pflanze, die in trockenen Gebieten und auch auf degradierten Böden wächst, wodurch ungenutztes Land für die landwirtschaftliche Produktion kultiviert werden kann. Ähnlich wie die Kokospalme zeichnet sich Jatropha durch eine Vielzahl von Nutzungsmöglichkeiten aus. In vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas laufen Projekte zu umwelt- und sozialverträglichem Anbau von Jatropha.

Und eines darf im Gesamtkontext nicht vergessen werden: Auch wenn die meisten Entwicklungstendenzen der Biokraftstoffe derzeit katastrophal sind – wer es mit dem Klimaschutz ernst meint und das Autofahren nicht gänzlich verbieten will, sollte sich bemühen, Alternativen zum Mineralölverbrauch im gleichen Atemzug mit der Fundamentalkritik zu Biokraftstoffen zu äußern, so schwer dies auch ist...

### **Aus:**

<http://www.attac.de/agrarnetz/cms/pages/biomasse-nutzung.php>

### **Weiterführende Links:**

Biofuel Watch:

[www.biofuelwatch.org.uk/index.php](http://www.biofuelwatch.org.uk/index.php)

Informationen zur Jatropha-Pflanze:

[www.jatropha.de](http://www.jatropha.de)

Friends of the Earth-Studie zu Ölpalmplantagen:

[www.foe.co.uk/resource/reports/greasy\\_palms\\_summary.pdf](http://www.foe.co.uk/resource/reports/greasy_palms_summary.pdf)

Offener Brief brasilianischer NGOs an die EU:

[www.regenwald.org/news.php?id=568](http://www.regenwald.org/news.php?id=568)



# Wendepunkt im politischen Leben Frankreichs



## Erklärung von Attac Frankreich

Die Wahl von Nicolas Sarkozy zum Präsidenten stellt in mehrfacher Hinsicht einen Wendepunkt im politischen Leben Frankreichs dar.

Sie bedeutet in erster Linie den Sieg einer harten und hemmungslosen Rechten, der es gelungen ist, in der Bevölkerung, einschließlich gewisser Teile der ärmeren Schichten, Ideen zu verbreiten, die vor allem den Interessen der Finanzkreise und der wohlhabendsten Gesellschaftsgruppen entsprechen. Es ist ihr auch gelungen, die wichtigsten Themen der rechtsextremen Parteien in ihr Programm einfließen zu lassen. Durch identitäre Rhetorik mit ausländerfeindlichen und nationalistischen Zügen und eine doppeldeutige Redensart hat die Rechte alle Kräfte der sozialen und Bürgerrechtsbewegungen ins Leere laufen lassen: Der Wahlslogan „Wert der Arbeit“ verschleiert die Zerstörung des Arbeitsrechts und der sozialen Sicherung. Durch die alte Leier „Mehr arbeiten, um mehr zu verdienen“ wird die zum Himmel schreiende Zunahme der Ungleichheiten, die Stagnation der Löhne und Gehälter und der Senkrechtstart der Profite verdeckt. Das ständige Gerede zum Thema Sicherheit soll die Einschränkung der Freiheiten vergessen lassen. Die Verherrlichung der Modernisierung Frankreichs bahnt den Weg für seine Anpassung an neoliberale Dogmen.

Der zweite Wahlgang bestätigt auch das Scheitern aller linken Kräfte: Die traditio-

nellen Linken sind gescheitert. Es gelang ihnen nicht, ein Projekt der wirklichen sozialen Umgestaltung glaubhaft zu machen, da sie sich doch untereinander überhaupt nicht einig sind: Soll die Umgestaltung des Kapitalismus begleitet werden, die darauf abzielt, alles in einer Ware zu verwandeln, oder soll dessen Logik bekämpft werden, indem ihm feste Grenzen gesetzt werden? Soll das neoliberale Abdriften Europas verstärkt werden oder soll es zu sozialen und ökologischen Zielen gelenkt werden? Auch die anti-neoliberalen Linken sind gescheitert, die in einer katastrophalen Kakophonie den Aufbaudes Bündnisses begraben haben, das den Sieg gegen den europäischen Verfassungsvertrag im Jahr 2005 ermöglicht hatte.

Die Situation, mit der die soziale und Bürgerrechtsbewegung konfrontiert ist, erfordert eine fundierte Prüfung der Gründe, weswegen der Neoliberalismus nicht zurückweicht, sondern sich verhärtet und dies trotz der Widerstände jener, die die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die Standortverlagerungen, den fortschreitenden Abbau der öffentlichen Dienste, die Senkung der Steuerlast auf die Reichsten, die Zerstörung der Umwelt, das Vordringen genetisch veränderter Organismen auf unseren Feldern u.a.m. ablehnen.

Die Notwendigkeit solcher Überlegungen stellt für die Vereinigung Attac einen weiteren Grund dar, ihre Volksbildung für die

BürgerInnen und Bürger fortzusetzen, damit sich diese wieder die Politik aneignen können, das heißt, jenseits der Wahltermine effektiv die sie betreffenden Entscheidungen beeinflussen können. In dieser Hinsicht stehen wir vor wesentlichen Herausforderungen: Der Abbau der Arbeitslosigkeit verlangt eine gerechte Verteilung des Wohlstands, ohne die es keine soziale Massengrundlage für soziale Umgestaltung geben kann. Öffentlicher Dienst für alle erfordert progressive Steuern auf alle Einkommen. Für ausgeglichene Renten braucht es keine Pensionsfonds sondern Sozialbeiträge, die mit dem produzierten Wohlstand steigen. Für den Schutz der Umwelt ist eine Regulierung erforderlich, die den gesamten Planeten umfasst. Um eine lebenswerte und friedliche Welt für alle zu schaffen, muss unbedingt der Konkurrenzkampf, dem vor allem die mittellosen in den ärmsten Ländern zum Opfer fallen, durch Zusammenarbeit ersetzt werden. Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie sind mit den Erfordernissen des freien Kapitalverkehrs unvereinbar.

Solche Lösungsansätze können den Widerstand gegen den Neoliberalismus aktiv, offensiv und wirksam machen. Attac wird sich voll an einer solchen Dynamik beteiligen, die dann Sinn bekommt, wenn sie von den BürgerInnen und Bürger getragen wird.

7.5.2007

Übersetzung: [www.coorditrad.org](http://www.coorditrad.org), SiG-R.

# Sarkozys Demagogie

## Reagan und Bush finden ihren Nachahmer in Frankreich

Nicolas Sarkozy wird vorgeworfen, er sei überaus „amerikanisch“, was seine an die Bush-Administration angelehnten außenpolitischen Orientierungen und seine Begeisterung für das Wirtschafts- und Sozialmodell der USA anbelangt (siehe Verweis a). Doch der Vorsitzende der UMP (*Union pour un mouvement populaire, Bund für eine Volksbewegung*) nimmt auch in anderen Bereichen beim Gedankengut und den politischen Rezepten der amerikanischen Rechten Anleihen.

Ab den 1960-er Jahren verlegte sich der konservativste Flügel der Republikaner (Barry Goldwater, Ronald Reagan) auf eine neue Selbstdarstellung als Ausgeschlossene des politischen Systems (von 1955 bis 1995 dominieren die Demokraten ohne Unterbrechung eine der Kammern im Kongress). Die allzu sehr auf den sozialen Frieden bedachten Geschäftswelt würde ihnen mit Verachtung begegnen und die kulturellen und medialen Instanzen des Landes würden sie an den Pranger stellen. Die Gruppe gab sich entschlossen, ihre ideologische Hegemonie (wieder) herzustellen, davon überzeugt, dass dies den ersten Schritt zur Rückkehr an die Macht darstellen würde (b).

Im Fall von Nicolas Sarkozy, noch vor wenigen Tagen an der Spitze eines bedeutenden Ministeriums und seit über zwei Jahren Vorsitzender einer Regierungspartei, mutet eine solche **Pose des Dissidenten** und Verbannten unangebracht an. Doch der Parteivorsitzende der UMP – wohl im Bewusstsein, dass ein Kandidat, der sich für den Status quo in Frankreich ausspricht, die Wahl nur verlieren kann – wird wie die amerikanischen Republikaner nicht müde zu behaupten, „das „Einheitsdenken“ und die „political correctness“ hätten allzu häufig den „Diskurs bestimmt“. (1) Er führt aus, die Rechte habe sich nie getraut, wirklich rechts zu agieren, war sie doch von einer linken – um nicht zu sagen „marxistischen“ – Orthodoxie erstickt, wie es sein Industriellenfreund Bernard Arnault, Generaldirektor von LVMH (Branchenführer in der Luxusgüterindustrie) und reichster Mann des Landes, unlängst in den Raum stellte. (2)

2001 gestand der heutige Kandidat der UMP jedenfalls ein, er sei „überzeugt, dass das Salbadern der Sozialdemokraten nur gedeihen konnte, weil es an einer modernen Rechten gefehlt hat“. (3) Am 12. April dieses Jahres erklärt er in Toulouse: „Sollte ich zum Staatspräsidenten gewählt werden, werde ich all das tun, was die republikanische Rechte nicht mehr den Mut zu tun

hatte, weil sie sich schämte, rechts zu sein.“ Nebenbei sei bemerkt, dass schon lange von keinem sozialistischen Kandidaten mehr die entsprechende Gegenposition zu vernehmen war – von wegen, man sollte sich nicht mehr "schämen, links zu stehen".

Der zweite Themenkreis in der Wahlkampagne von Nicolas Sarkozy, für den er augenscheinlich Anleihen bei der Methode der amerikanischen Rechten nahm, betrifft seinen **volksnahen Wahldiskurs**. An und für sich sollte ein Kandidat – ob in den USA oder in Frankreich –, der die Unterstützung des Arbeitgeberverbandes genießt, sich gleichzeitig für die Abschaffung der Erbschaftssteuer und die Senkung der Körperschaftssteuer ausspricht, Mühe haben, sich als Sprecher des Volkes gegen die Eliten auszugeben. Wie wir wissen, haben Ronald Reagan und George W. Bush das dennoch geschafft (c): Ein beachtlicher Anteil der benachteiligten sozialen Schichten stimmten für sie und ernteten dafür einen Rückgang der Reallöhne und der Sozialleistungen, die Senkung der Einkommensteuer auf die höheren Einkommen, die Einengung der Rechte der Gewerkschaften usw.

In den USA gelang dieser politische Meisterakt größtenteils durch den Appell an das Nationalgefühl und den Patriotismus (gerichtet gegen die Kommunisten und später gegen die Terroristen (d)), durch das Steuerressentiment (der „kleine Steuerzahler“ gegen die großen „Abzocker“), durch die Betonung „traditioneller moralischer Werte“ (gegen Abtreibung und Homosexualität) und letztlich durch die Ablehnung einer „nachgiebigen“ Justiz, die als hauptverantwortliche Zuträgerin von Gewalt und Verbrechen dargestellt wurde (e).

Die Argumentationspalette von Nicolas Sarkozy ist nicht in jeder Hinsicht deckungsgleich mit diesem Register, da das Ansprechen religiöser Empfindungen und der Einsatz von Religionen oder Sekten als Wächterinnen einer konservativen Gesellschaftsordnung in Frankreich aufgrund der republikanisch-laizistischen Tradition kaum möglich ist. Der Kandidat der UMP hat wohl versucht, in diese Domäne der Religion vorzustoßen. So erklärte er noch vor kurzem: „Ich gehöre zu denen, die der Auffassung sind, dass die spirituelle Frage im Verhältnis zur sozialen Frage bei weitem unterschätzt wurde.“ (4) Doch sehr schnell wandte er sich wieder dem Wesentlichen zu, nämlich der **Neuformulierung der „sozialen Frage“**. So machte er sich ganz nach amerikanischem Muster daran, eine Demarkationslinie zu ziehen, und

zwar nicht mehr zwischen Reich und Arm oder Kapitalisten und Arbeitern, sondern zwischen Arbeitnehmern und „Sozialhilfempfangern“, zwischen Arbeitenden und Betrügnern.

„Es gibt zwei Kategorien von Amerikanern“, erklärte 1984 ein erzkonservativer Senator im Bundesstaat Texas: „Jene, die die Waggons ziehen, und die Trittbrettfahrer; jene, die arbeiten und Steuern zahlen, und jene, die darauf warten, dass sich der Staat um sie kümmert.“ (5). Um Solidaritätsaspekte, die mit dem New Deal entstanden waren, zu zerschlagen, setzte die amerikanische Rechte unaufhörlich diesen Hebel an, mit dem Ziel, die Arbeitenden gegen die Drückeberger aufzubringen. „Die republikanische Partei“, so der neokonservative Publizist David Frum, „wird ihren Prinzipien nicht treu bleiben können, wenn sie die Anschuldigung fürchtet, unempfindlich zu sein.“ In den USA sollten Steuer- und Rassenfragen dieses reaktionäre Ressentiment noch umso mehr anheizen (wie gesagt, unter dem Vorwand, mit der "politischen Korrektheit" der Linken zu brechen), als sie scheinbar miteinander zusammenhängen. Ein nahezu ausschließlich weißer Teil der „Mittelschicht“ (und der Arbeiter und Angestellten, die die Zugehörigkeit zu dieser anstreben) hat das Gefühl, übermäßig hohe Steuern zu zahlen, mit denen sozialpolitische Maßnahmen zugunsten anderer – häufig Schwarzer oder Einwanderer – finanziert würden. „Ich habe genug von den Armen“, flüsterte die Frau eines Offiziers Ronald Reagan einmal ins Ohr. Der spätere Präsident der Vereinigten Staaten war noch nicht taub. Er berichtete unverzüglich die (unwahre) Geschichte einer Betrügerin. Eine Geschichte, die er über zehn Jahre lang immer wieder zum Besten gab. Es ging um eine „Königin der Sozialhilfe“ („welfare queen“), die es mit 80 verschiedenen Namen, 30 Adressen und einem Dutzend Sozialversicherungskarten auf ein steuerfreies Einkommen von mehr als 150.000 Dollar bringt“. (6) Die Thematik hat Zukunft. Bald war es in aller Munde, das Gerede vom „kleinen Weiben“, der sich abrackert und der beim „Lärm und Gestank“ der Armen „verrückt wird“, die dank des fetten Batzens an Sozialhilfe auf der faulen Haut liegen können.

**Der Angriff auf den Sozialstaat erfolgt auf Umwegen.** Nicht der Grundsatz selbst wird frontal ins Visier genommen, sondern jene, die vom Sozialstaat auf ungebührliche Weise profitieren und dessen Nutzen zu-nichte machen. Es wird eine härtere Gang-

art eingeschlagen, die jedoch mit der Behauptung, die staatlichen Beihilfen würden den Empfängern ohnehin schaden, sie in eine „Abhängigkeitskultur“ drängen und eine ganze Fülle von Krankheiten nach sich ziehen (mangelnder Fleiß, Spielsucht, Drogenkonsum, Gewalt in der Ehe usw.), salofähig gemacht wird. Wer bezweifelt, dass dieser Diskurs auch in Frankreich Einzug gehalten hat, braucht nur in der Sarkozy-freundlichen Wochenzeitung *Le Point* nachzulesen (dessen Eigentümer François Pinault das drittgrößte Vermögen Frankreichs stellt). Kaum ein Jahr, nachdem das Magazin mit dem Titel „Die Scheinarbeitslosen“ aufmachte, stand un- längst auf der Titelseite zu lesen: „*Der Beihilfenstaat – Skandale des 'franzö- sischen Modells'. Die Sozialschmarotzer – Auswege aus der Sackgasse.*“ (7) Nicolas Sarkozy gibt vor, sich dafür einset- zen zu wollen, „*das Frankreich, das ver- dient, mit dem Frankreich, das leidet, zu versöhnen*“. Ersteres wähnt er ohnedies in seinem Lager, weshalb er sich bereitwillig zweitemer zuwendet und dabei den Um- stand ausnutzt, dass dieses Frankreich von den regierenden Linken vernachlässigt wurde. „*Ich möchte mich an all diese Unglücklichen richten, aber auch sagen, dass Leiden und die Härte des Lebens nicht auf die Franzosen beschränkt sind, die in der Prekarität leben. Ich möchte von einem durchaus realen Leiden sprechen, das nicht unterschätzt werden darf – dem Leiden der Franzosen, die nicht in der Prekarität leben, die früh aufstehen und hart arbeiten, die sich abmühen, um Familie und Kinder zu ernähren; diese Franzosen, behaupte ich, haben es ebenfalls schwer, und sie wollen, dass wir es wissen und endlich auf ihren Ruf antworten.*“ (8) Und in einem puritanischen Tenor, der in den USA gän- giger ist als in Frankreich (f), stößt er schließlich die Warnung aus: „*Ich nehme es nicht hin, dass es Menschen gibt, die Sozialhilfe bekommen und am Monatsende genau so viel in der Hand haben wie Ihr [die Arbeitenden], die Ihr früh aufsteht.*“ Er kann es in Wahrheit noch weniger hin- nehmen, als die „*verallgemeinerte Unter- stützung eine moralische Kapitulation darstellt. Die Fürsorge widerspricht der menschlichen Würde. Sie schließt die Indi- viduen in einem Abhängigkeitszustand ein. Sie gibt nicht genug für eine erfüllte Exis- tenz, und zu viel, um als Anreiz zum Eifer zu wirken.*“

Übergesinnte würden vielleicht einwenden, dass es in Frankreich andere Ausbeuter und Ausgebeutete, andere Rentiers und andere Betrüger gibt, die auf weitaus größerem Fuß leben als die, die „Stütze“ beziehen, dass es andere Privilegierte gibt, deren einzige Leistung die Geburt in der richtigen Familie ist (Sohn von Jean-Luc Lagardère, Sohn von Francis Bouygues, Sohn von François Pinault, Sohn von Vincent Bollo- ré, Tochter von Bernard Arnault usw.), und auch andere Ungerechtigkeiten. Doch diese scheinen Nicolas Sarkozy weniger zu stö- ren. Denn, so seine Erklärung, „*die Sozial- leistungen werden aus dem finanziert, was die Franzosen, die arbeiten und früh auf- stehen, hervorbringen*“. Ist es da nicht legitim, dass „*diese Leistungen ohne Be- trügereien, ohne Lügen und ohne Uneh- rlichkeit zugewiesen und beansprucht*“ werden müssen? (9)

Im Übrigen gibt es eine Lösung, die auf der Hand liegt, glaubt man den Empfehlungen der Organisation für wirtschaftliche Zu- sammenarbeit und Entwicklung (OECD); (g): „*Es muss dafür gesorgt werden, dass Arbeitsuchende nicht mehr als drei Einstel- lungsangebote ablehnen können, dass jeder verpflichtet ist, tatsächlich nach Arbeit zu suchen, eine Aktivität auszuüben oder eine Schulung anzunehmen. Die Gesellschaft kann jenen, die nicht durchkommen wollen, nicht helfen.*“ (10). Ein Alternativvorschlag wird von vornherein weggewischt: „*Sie fordern, 'lassen wir das Kapital zahlen!' – doch wenn dem Kapital zuviel abverlangt wird, zieht es ab.*“ (11). Unter Nicolas Sarkozy als Staatspräsidenten besteht die Gewissheit, dass dem Kapital nicht zuviel abverlangt wird.

Wirklich rechts zu stehen, mit einer Nähe zur Sphäre der Arbeitgeber, und gleichzei- tig jene sozialen Kategorien anzusprechen, die dem neuen Wirtschaftsliberalismus zum Opfer fallen, erfordert häufig eine zusätzliche **Verwirrungstaktik**: Diese besteht darin, das Gehabe eines „gewöhnlichen Mannes“ an den Tag zu legen. Ronald Reagan und George Bush, selbst Millionäre und Leute, die sich vornehmlich in reichen Kreisen bewegen, setzten immer wieder auf die Karte der Volksnähe und geben vor, „aus dem Volk“ zu sein: Wenn das mit ihrem Vermögen schon nicht zusammen- geht, so geben sie es zumindest vor, was ihren Geschmack angeht (h). So kommt es nicht von ungefähr, dass sie ihre Verach- tung gegen die „Intellektuellen“ und Ex-

perten herauskehren, die fortan mit der Elite, dem Medienapparat und der alten Aristokratie gleichgesetzt werden (i). Nico- las Sarkozy ist seinerseits ehemaliger Bür- germeister einer der wohlhabendsten Ge- meinden des Landes (Neuilly) und zugleich mit mehreren Milliardären eng befreundet. Ja, aber er sieht sich gern die beliebteste Talkshow im Sonntagnachmittagspro- gramm an, fährt gerne Rad und schwärmt für Johnny Hallyday. Und so konterte der Vorsitzende der UMP auf den Vorschlag von François Bayrou, die französische Elitehochschule ENA (*École nationale d'administration*) abzuschaffen: „*Was mich angeht, habe ich weder an der ENA stu- diert, noch besitze ich einen Professoren- titel. So kann ich ohne Demagogie auskom- men.*“

Ist es in Frankreich möglich, ohne Dema- gogie ein Mann der Rechten zu sein, der von den Chefs der größten börsennotierten Unternehmen berechtigterweise verehrt wird, und zugleich der Anwalt der kleinen Leute, der von den „politisch Korrekten“ verunglimpft wird?

Mittwoch, 18. April 2007

(1) Nicolas Sarkozy, Ensemble, XO, Paris, 2007, S. 7.

(2) Interview in *Capital*, Paris, April 2007.

(3) Nicolas Sarkozy, Libre, Robert Laffont, 2001. Cit. in: Éric Dupin, *À droite toute*, Fayard, 2007, S. 56.

(4) Vor drei Jahren fügte er hinzu: „Es ist weitaus besser, wenn Jugendliche auf spiritu- eller Ebene hoffen können und ihre einzige Religion nicht Gewalt, Drogen oder Geld ist.“ (Nicolas Sarkozy, *La République, les reli- gions, l'espérance*, Éd. du Cerf, 2004. Cit. in Éric Dupin, op. cit.)

(5) Phil Gramm, Senator des US- Bundesstaates Texas, beim republikanischen Konvent in Dallas im August 1984.

(6) Vgl. zu diesem Thema: *Le Grand bond en arrière*, Fayard, 2006.

(7) *Le Point*, 12. April 2007. /29.06.2006.

Vgl. dazu den Artikel von Renaud Lambert auf der Website von Acrimed, «*Les 'tricheurs' du Point*», 6. Juli 2006.

<http://www.acrimed.org/article2405.html>

(8) Nicolas Sarkozy, «*Pour la France du travail*». Rede in Agen am 22.06.2006.

(9) Cit. in: Grégory Marin, «*Démagogie en terre de souffrance*», *L'Humanité*, 20. 12.06.

(10) Interview erschienen in: *Les Échos*, 9. November 2006.

(11) Rede vom 22.06.2006, op. cit.

Übersetzer: Bernhard Sallegger,  
cooridtrad@attac.org

Originaltext: <http://www.monde-diplomatique.fr/carnet/2007-04-18-Identite-nationale> (Langfassung in *Monde Diplomatique Fr.* 6/07)

(a) «*Petit conte de Noël*» <http://www.monde-diplomatique.fr/2006/11/A/14129>,

(b) «*Als die amerikanische Rechte das Udenkbare dachte*» <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2002/01/11/a0054.text.name.asky47x5T.n.0>

(c) «*Le petit peuple de George W. Bush*», <http://www.monde-diplomatique.fr/2004/10/HALIMI/11549>

(d) «*La droite américaine manipule le sentiment national*»; <http://www.monde-diplomatique.fr/1995/11/GITLIN/1981>

(e) «*Sur quelques contes sécuritaires venus d'Amérique*», <http://www.monde-diplomatique.fr/2002/05/WACQUANT/16519>

(f) «*Aux sources puritaines des Etats-Unis*», <http://www.monde-diplomatique.fr/1995/05/TOINET/1435>

(g) «*Économistes en guerre contre les chômeurs*», <http://www.monde-diplomatique.fr/2006/12/CORDONNIER/14220>

(h) «*Cette Amérique qui vote George W. Bush*» <http://www.monde-diplomatique.fr/2004/02/FRANK/11021>

(i) «*Stratagème de la droite américaine, mobiliser le peuple contre les intellectuels*», <http://www.monde-diplomatique.fr/2006/05/HALIMI/134>

# Sarkozy:

## Demagoge, Rechter Globalisierungskritiker, Befürworter des Kapitalismus, Freund von Bush

*Vorbemerkung der Redaktion: Wie hat es Sarkozy geschafft, die Mehrheit der Wähler für sich zu gewinnen? Die Beantwortung dieser Frage ist nicht nur für die Franzosen von Bedeutung. Durch diese Zitate möchten wir die Beispiele von Serge Halimi ergänzen. Bemerkenswert erscheint uns insbesondere das Aufgreifen von Losungen, die in der globalisierungskritischen Bewegung öfter anzutreffen sind (Primat der Politik – Kritik an den riesigen Einkommen der Finanzbosse, Kritik an Standortverlagerungen, am Zustand Europas usw...)*

### Aus dem Wahlprogramm von Sarkozy:

„Seit 25 Jahren leben wir in der Resignation. Jahr für Jahr erzählt man Ihnen, dass man gegen Arbeitslosigkeit, Ausschluss, Ungerechtigkeit, Schulversagen und jetzt gegen die Prekarität, Standortverlagerungen, Umweltverschmutzung nichts tun könnte.

Man erklärt Ihnen, dass die Politik nicht mehr handeln kann, weil an ihrer Stelle Europa handelt. Man will Sie glauben lassen, dass der Staat nicht mehr intervenieren kann, weil die Globalisierung die Macht der Staaten vernichtet hat. Man behauptet Ihnen gegenüber, dass es nur eine Wahl zwischen Untergehen oder Sich-Anpassen gibt, d. h. dass wir unsere Werte, unsere Kultur, uns selbst aufgeben müssen. Ich schlage Ihnen vor, mit diesem Fatalismus, dieser Selbstaufgabe, dieser Resignation Schluss zu machen.

Ich glaube daran, dass die Staatsmacht noch existiert. Ich bin überzeugt, dass es keine Fatalität gibt. Ich weiß, dass die Politik noch viel leisten kann.“

(...)

„Ich glaube an die Ethik des Kapitalismus. Zusammen mit Tausenden von Unternehmern nehme ich es nicht hin, dass die Lohnarbeit und das Unternehmertum durch die Zahlungen an eine kleine Minderheit von Unternehmenschefs und durch deren übertriebenen Privilegien verächtlich gemacht werden. Ich nehme es nicht hin, dass aus Gründen des puren Profits weltweit mit den Lohnabhängigen und den Betrieben gespielt wird, als ob sie Figuren eines Brettspiels wären. Ich werde unseren Partnern in der Europäischen Union Regelungen vorschlagen, damit diejenigen, die in Europa investieren, willkommen sind aber sich dabei menschlich verhalten müssen: Sie sollen die Arbeit, die Männer und Frauen respektieren, gemäß unserer Kultur, die die Menschen an erste Stelle setzt. Ich werde den Familienkapitalismus stärken.“

### Ansprache von Sarkozy am Wahlabend:

(...)“Das Französische Volk hat sich für den Wandel entschieden. (...) Ich werde diesen Wandel vollziehen, ohne dass jemand das Gefühl hat, ausgeschlossen oder vergessen zu sein. Ich werde dabei die Absicht verfolgen, dass jeder seinen Platz in unserer Republik finden kann, dass jeder sich anerkannt und in seiner Würde als Bürger und als Mensch respektiert fühlt. All diejenigen, die das Leben verletzt hat, die das Leben missbraucht hat, sollen wissen, dass sie nicht aufgegeben werden, dass ihnen geholfen wird. (...)

(...) Ich will einen Aufruf an unsere europäischen Partner richten, mit denen unser Schicksal tief verbunden ist, und ihnen sagen, dass ich mein ganzes Leben lang Europäer war, dass ich von ganzem Herzen an das europäische Aufbauwerk glaube und dass Frankreich heute Abend zurück in Europa ist. Ich beschwöre unsere europäischen Partner, die Stimme der Völker zu vernehmen, die beschützt werden wollen. Ich beschwöre sie, nicht taub zu sein für den Zorn der Völker, die die Europäische Union nicht als Schutz, sondern als trojanisches Pferd wahrnehmen, das alle Gefahren in sich birgt, die die Veränderungen der Welt mit sich bringen.

Ich will einen Aufruf an unsere amerikanischen Freunde richten und ihnen sagen, dass sie auf unsere Freundschaft zählen können, die aus den Tragödien der Geschichte entstanden ist, die wir gemeinsam durchgemacht haben. Ich will ihnen auch sagen, dass Frankreich immer an ihrer Seite steht, wenn sie es brauchen, aber ich will ihnen sagen, dass Freundschaft auch bedeutet, anzunehmen, dass Freunde anders denken können. Und dass eine große Nation wie die Vereinigten Staaten die Pflicht hat, der Bekämpfung der Klimaerwärmung nicht im Weg zu stehen, sondern im Gegenteil diesen Kampf anzuführen, denn was auf

dem Spiel steht, ist das Schicksal der gesamten Menschheit. Frankreich wird diesen Kampf zu seinem Hauptanliegen machen.

Ich will einen Aufruf an alle Völker des Mittelmeerraums richten und ihnen sagen, dass dem Mittelmeerraum eine ganz entscheidende Bedeutung zukommt, dass wir jegliche Hassgefühle überwinden müssen, um einen großen Traum von Frieden und Zivilisation wahr werden zu lassen. Ich will ihnen sagen, dass die Zeit gekommen ist, gemeinsam eine Mittelmeerunion aufzubauen, die als Verbindung zwischen Europa und Afrika fungieren wird. Was für die Einigung Europas vor 60 Jahren getan wurde, werden wir heute für die Einigung des Mittelmeerraums tun.

Ich will einen Aufruf an alle Afrikaner richten, einen brüderlichen Aufruf, um Afrika zu sagen, dass wir dabei helfen wollen, Krankheit, Hungersnot und Armut zu bekämpfen und in Frieden zu leben. Ich will ihnen sagen, dass wir gemeinsam über eine regulierte Einwanderungspolitik und über eine ehrgeizige Entwicklungspolitik entscheiden müssen.

Ich will einen Aufruf an alle richten, die weltweit an die Werte der Toleranz, der Freiheit, der Demokratie und des Humanismus glauben; an alle, die von Tyrannei und Diktatur verfolgt werden. (...) Frankreich wird den Unterdrückten der Welt zur Seite stehen. Das ist die Botschaft Frankreichs, das ist die Identität und die Geschichte Frankreichs.

Meine lieben Mitbürger, wir werden gemeinsam eine neue Seite unserer Geschichte schreiben. Diese Seite unserer Geschichte wird, da bin ich mir sicher, eine bedeutende, eine schöne Seite sein. Aus tiefstem Herzen und voller Überzeugung will ich Ihnen sagen: Es lebe die Republik, es lebe Frankreich!“

[http://www.botschaft-frankreich.de/article.php3?id\\_article=2491](http://www.botschaft-frankreich.de/article.php3?id_article=2491)

## Die «Volksbildung» bei attac neu definieren

*Für eine Vereinigung wie Attac weisen diese Wahlergebnisse auf ein Scheitern hin. Meiner Einsicht nach hat Attac bei Bürg erInnen, die sich von vornherein mit Politik oder gesellschaftlichen Fragen befassen, zu neuen Denkweisen und einer grundlegenden intellektuellen Erneuerung beigetragen. Aber eine echte Volksbildung hat Attac nicht durchgeführt. Das hat es nicht getan, weil seine Auffassung der Volksbildung mit der herkömmlichen, institutionellen Auffassung der Volksbildung nicht gebrochen hat, sondern jene weiter einzig und allein als Ausbildung zum Bürger auffasste.*

Noch kann Attac vieles nützliches bringen, wenn es sich die Mittel zur Volksbildung und gesellschaftlichen Umgestaltung gibt, wenn es Kontakt sucht zu den einfachen Bevölkerungsschichten, anstatt die Teilnahme der Mittelschicht an ihren Veranstaltungen abzuwarten. Zentral ist also die **Frage nach unseren Ansprechpartnern** und nach den Mitteln, zu denen wir zur Verbreitung unserer Analysen unter die Bevölkerung greifen wollen. Dort, wo die Menschen arbeiten und leben, müssen wir sie aufsuchen.

### **Neue, auf gesellschaftliche Umgestaltung ausgerichtete Zielsetzungen der Volksbildung.**

(...) In ihren Veröffentlichungen muss Attac klar und deutlich für eine auf individueller und kollektiver Emanzipation basierende Gesellschaftsform eintreten, was nur durch Denkfreiheit und freien Zugang zu allen Mitteln, welche unsere Gesellschaft dem Menschen zur eigenen Entfaltung bietet, gewährleistet werden kann; also gerade das Gegenteil der heututage zur Unternehmens- und Konsumfreiheit verborgenen individuellen Freiheit. Attac muss die Forderung nach einem auf Solidarität basierenden Gesellschaftsform erheben - eine Solidarität, die die ganze Menschheit umfasst und nicht eine, die sich auf eine bestimmte Gruppe beschränkt.

### **Mittel zur Volkserziehung entwickeln**

Unsere Veröffentlichungen und Analysen sind nicht jedem zugänglich! Nicht, dass die Qualität unserer Überlegungen in Frage gestellt werden sollte. Ganz im Gegenteil: Attac hat zur Erneuerung des intellektuellen und politischen Denkens maßgeblich beigetragen. Jetzt sollten sich alle Menschen unsere Veröffentlichungen zu Eigen machen können. Hier sollte Attac besser eine Agitatorenrolle wahr nehmen. Intellektuelles und künstlerisches Schaffen müssen auf gleicher Ebene gestellt werden. Einen wissenschaftlichen Beirat hat Attac schon, es müsste auch noch einen „Kunstbeirat“ oder „Volksbeirat“ geben, dessen Aufgabe darin bestünde, den geistigen

Inhalt unserer Analysen in künstlerischer oder unterhaltender Form zu verbreiten, und auch ganz konkrete Inhalte darzubieten, die Alltagserfahrungen zum Ausgangspunkt nehmen. AktivistInnen aus der Künstlerwelt und bewährte PädagogInnen könnten dann bei Attac ihren vollen Platz finden.

### **Mit der Bevölkerung vor Ort Kontakt suchen**

Bedenkt man, was vor Ort passiert, so haben gewisse Kollektive (wie z.B. AC/LE/FEU: *Stoppt die Brandstiftungen*) eben mit der Bevölkerung Kontakt gesucht. So haben die Mitglieder von AC/LE/FEU einen Vorgang eingeleitet, bei welchem sie die Erwartungen und Forderungen der StadtbewohnerInnen in Beschwerdesammlungen aufgenommen haben, um sie dann an die Verwaltungsbehörden auf nationaler Ebene weiterzureichen. Diese Initiative hat es den am härtesten vom Ausschluss betroffenen Bevölkerungsgruppen und jungen Menschen ermöglicht, sich auszudrücken und sich auf friedfertigem Wege Gehör zu verschaffen. Hiermit konnten sie nach den Aufständen im November 2005 ein positiveres Bild von sich selbst vermitteln. Solche Vorgänge können allerdings auch als Ventil fungieren, indem sie die Forderungen der Bevölkerung kanalisieren und bei ihr die Illusion wecken, dass einige Beschwerden von den politischen VertreterInnen berücksichtigt werden. Nichtsdestoweniger stehen aber unsere MitbürgerInnen bei Wahlgängen als auch im lokalen Alltag weiter schutz- und wehrlos da.

Wollen wir sie zur Emanzipation verhelfen, so heißt es, ihnen durch Volksbildung die Mittel zu geben, in allen Entscheidungsstrukturen (Verwaltungsräte, Stadtviertelkomitees, Gewerkschaften, Gemeinde- und regionale Räte, nationale Wahlgänge) Druck auszuüben und neue Kräfteverhältnisse herzustellen.

### **Mit den LohnempfängerInnen Kontakt suchen**

Die LohnempfängerInnen, die Arbeitslosigkeit befürchten, entpolitisiert und immer

weniger gewerkschaftlich organisiert sind, werden einer entfremdenden Beziehung der Unterwerfung unter dem Willen der Arbeitgeber ausgeliefert. Über 15 Millionen Menschen erfahren täglich die effektive Umsetzung der neoliberalen Politik bei Privatunternehmen.

Trotzdem zeigen die LohnempfängerInnen keine Begeisterung für gewerkschaftliches Engagement. Vielmehr wenden sie sich an die Gewerkschaften, wenn der Dialog mit dem Arbeitgeber völlig festgefahren ist. Schlimmer noch. (...) Letztere haben im ersten Wahlgang zu 52% Kandidaten gewählt, deren Programme eine starke neoliberale Prägung trugen. Sarkozy haben sie zu 21%, Bayrou zu 18%, Le Pen zu 10% und Villiers zu 3% gewählt. Die Frage nach dem ideologischen Kampf in den Unternehmen ist also von höchster Dringlichkeit.

*Wie könnten unter solchen Bedingungen die auf dem Arbeitsmarkt neu Angekommenen begreifen, dass ihre persönlichen Erfahrungen durch ein Wirtschaftssystem bedingt sind, das dazu bestimmt ist, sie zu benachteiligen?*

Folglich muss Attac zusammen mit den gewerkschaftlichen Gründungsorganisationen in aller Transparenz überlegen, wie der ideologische Kampf am Arbeitsplatz erneut geführt werden kann. Eine solche Entwicklung wird nur dann möglich sein, wenn gemeinsame Aktionen geführt werden, die die Erfahrungen aller TeilnehmerInnen mit einbeziehen. Eine ganze Menge Initiativen könnten in Betracht kommen. Sie sollten alle um die Bildung der LohnempfängerInnen und GewerkschafterInnen artikuliert werden, und das wäre **eine andere Auffassung der Volksbildung**. Deswegen sollte dieser Vorgang unsere Verbindungen mit den Betriebs- und Gemeinderäten verstärken.

3. Mai 2007 (gekürzter Text, SiG-Redaktion)

Für diesen Text zeichnet nur die Autorin verantwortlich. Audrey Barral ist Mitglied des Verwaltungsrats von attac.

<http://www.avenirattac.net/spip.php?article276>

Soeben erschienen: Französische Juni-Ausgabe von Le Monde Diplomatique  
„Französischer Populismus“, <http://www.monde-diplomatique.fr/2007/06/RAMONET/14842>  
„Les recettes idéologiques de Monsieur Sarkozy“: <http://www.monde-diplomatique.fr/2007/06/HALIMI/14838>

# Was blüht den Franzosen unter Sarkozy?

Aus Flugblättern, (1) [http://france.attac.org/IMG/pdf/attac\\_argumentaire\\_7\\_piliers.pdf](http://france.attac.org/IMG/pdf/attac_argumentaire_7_piliers.pdf) und (2) [www.avenirdattac.net](http://www.avenirdattac.net)

## Sarkozy will den permanenten KRIEG. Er mobilisiert Ängste und verschärft die Unterdrückung

Er weigert sich, die Kriegspolitik von George Bush zu kritisieren, der für ihn ein politischer Verbündeter ist. Er hat sich gegen den Einsatz des Vetorechts durch Frankreich beim Ausbruch des Irak-Krieges ausgesprochen.

Er will

- die Angst aller Bürger gegenüber den „Ausländern“ verstärken, indem er nationale Identität mit der Einwanderungsfrage verbindet und Ausländer mit Verbrechern gleichsetzt.
- eine sehr repressive Politik durchführen, wie er es schon als Innenminister getan hat. Das hat dazu geführt, dass erheblich mehr Menschen inhaftiert worden sind – davon hatten schätzungsweise ein Drittel keine Straftat begangen.
- Eine allgemeine Überwachung der Bevölkerung.

## Für Sarkozy ist die NATUR eine Müllhalde und ein unendliches Reservoir.

Er lehnt es ab, sich gegen die Genmodifizierten Organismen (GMO) und gegen die Förderung der Atomenergie einzusetzen. Er weigert sich, sich gegen die Industrien und Agrarbetriebe einzusetzen, die die Umwelt belasten.

Er will weitere Autobahnen bauen lassen.

## ARBEITSRECHT

Sarkozy möchte die Arbeitslosen dazu zwingen, den ersten besten Job anzunehmen, auch wenn er weder seiner Qualifikation oder seinem bisherigen Lohn entspricht. Falls man zwei Angebote ablehnt hat, würde man nämlich bei Verlust der Arbeitslosenunterstützung den erstbesten Job annehmen müssen.

Inwiefern bedeutet der CNE (*Contrat nouvelle embauche, Vertrag für Neuestellte*) einen Fortschritt? Laut CNE darf der/die LohnempfängerIn zwei Jahre lang ohne Angabe eines Grundes gekündigt werden. Sarkozy behauptet, der CNE habe zur Schaffung von 700000 Arbeitsplätzen geführt. Das stimmt aber nicht: die eingestellten Arbeitnehmer hätten sowieso Arbeit gefunden, in Form eines CDD (*Contrat à durée déterminée, befristeter Arbeitsplatz*) oder CDI (*Contrat à durée indéterminée, unbefristeter Arbeitsplatz*).

Sarkozys Vorschlag bedeutet ganz einfach die Abschaffung des Kündigungsrechtes: der Arbeitgeber darf einen Arbeitsvertrag einseitig und ohne Angabe eines Grundes kündigen, und das nicht nur für junge Menschen unter 26, wie es bei dem CPE der Fall war, und auch nicht für die LohnempfängerInnen von Unternehmen mit einer Belegschaft unter 20 Angestellten, wie bei CNE. Nicht nur binnen einer Frist von zwei Jahren, wie bei CNE und CPE. Nein; im Laufe seines ganzen Berufslebens kann ein Arbeitnehmer jederzeit ohne Grund gekündigt werden.

## DEMOKRATIE

Nicolas Sarkozy hat den Entschluss gefasst, das „NEIN“ beim Referendum vom 29. Mai 2005 über den Europäischen Verfassungsvertrag und die massive Ablehnung eines neoliberalen Europas durch die französischen WählerInnen nicht zu berücksichtigen. Dass das „NEIN“ am 29. Mai gesiegt hat, schert ihn einen Dreck... Er ist übrigens entschlossen, diesen Wahlgang als null und nichtig zu betrachten; er will kein neues Referendum über einen eventuellen neuen Europäischen Verfassungsvertrag organisieren. Den Willen des Volkes kann er gerne entbehren; ein neuer, „vereinfachter“ Vertrag soll vom Parlament verabschiedet werden.

## MIT SARKOZY WERDEN DIE FRANZOSINNEN WENIGER STEUERN ZAHLEN- ABER NUR DIE REICHEN. NICHT ARME UND EINFACHE LEUTE.

Die Mehrwertsteuer soll um 3 bzw. 5 Punkte von 19,6% auf 23 bzw. 25% erhöht werden. 5 Punkte, das würde für einen Haushalt mit einem monatlichen Einkommen von 2000 Euro, die völlig ausgegeben werden, eine monatliche Erhöhung des Lebenshaltungskosten im Wert von 100€ bedeuten.

Wie alle Neoliberalen will er die - einzig gerechte, weil progressive- Einkommenssteuer senken; jetzt kommt die Steuer mit einheitlichem Zinssatz, dem bei Bush, Thatcher und Berlusconi so beliebten „flat tax“.

Die ISF (Impôt de solidarité sur la fortune, Solidarische Vermögenssteuer) wagt er nicht frontal anzugreifen: lieber verstärkt er die „Schutzmassnahme, die das „Steuerschild“ davor bietet, was zur effektiven Senkung der ISF führt (Maximal dürfen alle Steuern nur noch 50% des Einkom-

mens ausmachen, satt bisher 60%). Und die Erbschaftssteuer soll abgeschafft werden.

## ABBAU DER KRANKENVERSICHERUNG

Er hat vor, einen Grundbetrag der Gesundheitskosten von der Erstattung auszunehmen. Das bedeutet, dass die ersten 50 bzw. 100 Euro, die eine Person im Jahr für ärztliche Behandlung, Medikamente oder Laboruntersuchungen ausgibt, nicht zurückerstattet werden. Dabei geben 27% der Versicherten weniger als 100€ dafür aus. Dazu kommt, dass immer weniger Medikamente erstattet werden (wobei deren Preise steigen) und das ärztliche Honorar dauernd wächst (von 21 auf 23€). Es ist mit einer brutalen Senkung der von der Sozialversicherung abgedeckten Pflegeleistungen zu rechnen.

## ALTERSRENTEN

Das Fillon-Gesetz über Altersrenten hat durch Umverteilung diese nach unten gezogen, indem er von den Staatsbeamten verlangte, 40 Jahre Altersrentenversicherungsbeiträge zu leisten. Das hatte das Balladur-Gesetz bereits 1993 den LohnempfängerInnen von Privatunternehmen auferlegt hatte. Dieses Gesetz, von Sarkozy und seiner Partei, der UMP, einstimmig verabschiedet, sollte die Renten nicht kürzen. Schon wieder ein Betrug. Die ArbeitnehmerInnen über 50 werden immer noch massiv gekündigt. Die Regierung, der Sarkozy angehörte, hat ihnen diese Aufgabe erleichtert, indem sie den so genannten Delalande-Beitrag abschaffte: ein Unternehmen, das einen Arbeitnehmer über 50 kündigte, musste an die Arbeitslosenversicherung ein ganzes Lohnjahr auszahlen. Heutzutage beträgt die Dauer des Berufslebens bei Privatunternehmen durchschnittlich 37 Jahre und von drei ArbeitnehmerInnen, die das Rentenalter erreichen, sind zwei nicht mehr berufstätig, sondern arbeitslos, krank oder arbeitsunfähig. Was wird aus diesem Verhältnis, wenn sie 42 Jahre Beitrag leisten müssen, wie im Fillon-Gesetz geplant? Sarkozy könnte sogar auf das Fillon Gesetz, Artikel 5, zurückgreifen, laut welchem die Dauer der Beitragleistung jedes Jahr um ein Vierteljahr erhöht werden darf. Dann stehen die 45 Jahre Beitragleistung vor der Tür. Die Erhöhung der erforderlichen Beitragsjahre bedeutet in Wirklichkeit eine erhebliche Absenkung der Rentenhöhe.

## Leseempfehlungen:

**Berlusconi à la française** <http://www.jungewelt.de/2007/04-20/031.php?sstr=sarkozy%7Cmedien>

**Sarkozy heuert Journalisten an** <http://www.netzeitung.de/medien/648711.html>

**Porträt von Sarkozy:** <http://www.tagesspiegel.de/fragen-des-tages/archiv/13.05.2007/3259617.asp>

**Programm der anti-neoliberalen Linken** : <http://votexbove.org/site.php/arguments/125-propositions/les-125-propositions>

## Ein rechtes Frankreich ?

Die Verteilung der Wählerstimmen je nach Berufsgruppe zeigt, dass die Linke bei den unteren Schichten der Bevölkerung immer noch - zwar ganz knapp - die Oberhand behält, wenn sie auch nicht ihr volles Vertrauen genießt.

### Prozentzahl Sarkozy / Royal je nach Berufsgruppe

Landwirte	67% / 33%
Handwerker/Händler	82% / 18%
Freiberufler/ obere Führungskräfte	52% / 48%
Angestellte	49% / 51%
Arbeiter	46% / 54%

Wird die Rechte erfahrungsgemäß von den Handwerkern, Händlern, Freiberuflern und leitenden Kräften mehrheitlich gewählt, so hat sie es gegen ihre eigenen herausposaunten Erklärungen doch nicht fertig gebracht, die unteren Bevölkerungsschichten zu überzeugen.

Nimmt man dagegen den Beschäftigungsstatus unter die Lupe, verzeichnet man bei der Verteilung der Wählerstimmen ein signifikantes Defizit

ein signifikantes Defizit bei den LohnempfängerInnen von Privatunternehmen

### Prozentzahl Sarkozy/Royal je nach Anstellungszustand

LohnempfängerInnen bei Privatunternehmen	53% / 47%
LohnempfängerInnen im öffentlichen Dienst/Staatsunternehmen	43% / 57%
Freiberufler	77% / 23%
Arbeitslose	42% / 58%
Rentner	65% / 35%

Stellt man fest, dass die Freiberufler - wie zu erwarten war - von der im Sarkozy-Wahlprogramm versprochenen Steuersenkung massiv verlockt wurden, so bestätigt der Misserfolg von Royal bei den Rentnern die schon oft erwähnte Tatsache: die beeindruckende Zahl der Sarkozy-Wähler bei den Senioren.

Frankreich bekommt allmählich infolge seiner alternden Bevölkerung ein anderes soziologisches Gesicht und augenscheinlich hat die Linke diese neue Realität noch nicht in Betracht gezogen. Bei ihrer Debatte mit Sarkozy hat z.B. Royal keine spezi-

fische Maßnahme angekündigt zu Gunsten der 10 Millionen WählerInnen über 65, die immerhin fast ein Viertel der Wählerschaft ausmachen.

### Die Verteilung der Wählerstimmen je nach Altersgruppe bestätigt diesen Trend:

18-24 Jahre :	42% / 56%
25-34 Jahre:	57% / 43%
35-44 Jahre :	50% / 50%
45-59 Jahre :	45% / 55%
60-69 Jahre:	61% / 39%
über 70 :	68% / 32%

Jedoch weist das signifikante "Loch" bei den jungen Berufstätigen auf ein gravierendes Problem hin: Die Aufrufe zur „Befreiung der Arbeit“ haben ein bedeutendes Echo gefunden bei der Altersgruppe, die zurzeit bei ihrer Eingliederung in die Berufswelt auf die größten Schwierigkeiten stößt.

Aus [www.contreinfo.info](http://www.contreinfo.info) „Royal: les raisons de la défaite »

## Wien, 25.-30. Juni 2007 ab Sonnenuntergang um 21:00 Uhr Open Air - freie Spende

**Normale 07  
bei Strandbar Herrmann**

Festung Europa:  
Ein- und Ausreise

Dokumentarfilmfest am Wiener Donaukanal  
25.-30. Juni 2007  
Strandbar Herrmann am Wiener Donaukanal unterhalb der Urania

www.normale.at

### Tourismus und Migration – Menschen in Bewegung.

Die Spaß- und Luxusgesellschaft auf der einen Seite, die Suche nach Arbeit und Perspektiven auf der anderen.

Ist der Gegensatz so klar? Es scheint so, betrachtet man die Bilder der vielen Armutsflüchtlinge aus Afrika, die an jenen Stränden Südspaniens und Italiens landen, an denen sich sonst nur braungebrannte Urlauber/innen aalen.

Der Zusammenprall zweier Welten ist nicht oft derart drastisch, doch fast immer gibt es Zusammenhänge: Die Sehnsucht nach einem besseren, freieren Leben teilen Tourist/innen (die oft schon zu „Aussteigern“ geworden sind) und Migrant/innen, die

auch gerade oft im Tourismus Arbeit finden.

Die Reise als Zwang oder als Freiheit, als Anstrengung oder Erholung. Und die Rückkehr? Pauschal inkludiert, oder aber pauschal ungewiss.

### Für Tourist/innen billiger.

Ein/e Migrant/in nimmt durchschnittlich 5000 Euro in die Hand um one-way zu reisen, ein/e Tourist/in bucht die günstige Pauschalreise tour-retour um unter 1000 Euro, Reiseversicherung inkludiert.

*'Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen'*  
Max Frisch 1965

Im Namen der Grenzsicherung Europas wird das Recht auf menschenwürdige Behandlung von Frauen und Männern verletzt. Seit Mitte 2006 ist Frontex für Abfangmaßnahmen weit vor den Toren Europas zuständig. Die „externe Dimension“ bedeutet aus Sicht der EU-Innenminister/innen die „Externalisierung des Flüchtlingsschutzes“.

**Passend zur Reisezeit** wünschen wir aufschlussreiche, filmische Eindrücke.

Barbara Waschmann, normale.at und Karin Chladek, **respect** Institut für integrativen Tourismus

### Programm:

**25. Juni:** Can't do it in Europe von Anna Klara Åhrén, Anna Weitz und Charlotta Copcutt / Reclaim Power von <http://www.cinerebelde.org>

**26. Juni:** Call of the Elephant, A glimpse of my feelings Sundaban von Ajoy Roy / Disney-Land bei den Inka? von Peter Puhmann / Die Rückkehr der Sextouristen – Der Tsunami, die Armut und die Prostitution von Wolfgang Luck

**27. Juni** Der 36. Breitengrad von José Luis Tirado / Dienstleistung: Fluchthilfe von Oliver Ressler, Martin Krenn / Invisible - Illegal in Europa von Andreas Voigt

**28. Juni** Der Test – Eine satirische Geschichte über's Einbürgern von

Güclü Yaman / Zwischen Asyl und Abschiebung von <http://www.cinerebelde.org> / Dinge von größter Leichtigkeit von Markus Mörth / Chance Migration von <http://www.interculturexpress.at>

**29. Juni:** Die Roma-Schauer von Peter Wagner / Eine lästige Gesellschaft von Marika Schmiedt / Artikel 7 – Unser Recht von Thomas Korschil, Eva Simmler

**30. Juni:** Livingstones Erben von Steffen Schüle, Martina Backes, Thomas Cernay / Cannibal Tours von Dennis O'Rourke / When I grow up I want to be a tourist von Magdalena Plotrowski, Eva Kondzielnik

# Aufruf aus der deutschen Friedensbewegung zur Demonstration am 2. Juni 2007 gegen den G 8 Gipfel in Heiligendamm

## *Kriege beenden statt Kriege vorbereiten* Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Die Welt steht am Abgrund eskalierender Kriege und Kriegsvorbereitungen. Seit der US-Invasion in den Irak wurden Zigtausend Menschen getötet, Millionen sind auf der Flucht, das Land versinkt im Chaos. In Afghanistan entwickelt sich unter US-Führung wieder ein offener Krieg - und die Bundeswehr ist dabei. Ein Krieg gegen den Iran wird von der US-Regierung vorbereitet, sogar der Einsatz atomarer Waffen wird dabei nicht ausgeschlossen.

„Antiterrorkrieg“ und „humanitäre“ Intervention dienen vor allem als Vorwand zur Sicherung von Rohstoffen und Energieressourcen. Ein verfassungswidriger Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee wird per „Weißbuch“ festgeschrieben.

Anlässlich des G 8 – Gipfels fordern wir:

- die sofortige Beendigung des US geführten Krieges im Irak
- keine logistische Unterstützung für den Krieg von deutschem Boden.
- den Abzug aller deutschen Truppen aus Auslandseinsätzen – keine Tornados für Kriegseinsätze in Afghanistan.
- Verhandlungen ohne Vorbedingungen im Nahen und Mittleren Osten – keine Kriegsdrohungen gegen den Iran
- Stopp aller neuen Rüstungsprogramme und Kriegsplanungen in Deutschland.

Wir fordern von der Bundesregierung entschiedene Schritte zur Abrüstung, friedlichen Lösung politischer Krisen und zum Aufbau einer gerechten und solidarischen Welt. Und wir verlangen:

### *Spart endlich an der Rüstung !*

Friedens- und Zukunftswerkstatt, u.a. <http://www.friedenskooperative.de/>

